

Nr. 1.25 · JUL. 2025 · 64. Jhg

FRANKFURTER

Frankfurter Student_innenzeitschrift · Bis OF gratis, auswärts 4 Euro



EINBILDUNG

INHALT

INTRO	2
AG ARBEITSUNSINN IN DER LINKEN ALLES EHER SO MITTEL KLASSE	11
INTERVIEW ABSEITS DER ARBEIT Ein Gespräch mit der Gruppe Krisis	18
IDA HUNGER UNTER DEM PRESSLUFTHAMMER Heinz-Joachim Heydorns Kritische Bildungstheorie	23
FINJA FILZINGER ZWISCHEN GESTERN UND MORGEN Wie sich mit einem politischen Utopie-Begriff kritisch in die Gegenwart und offen in die Zukunft blicken lässt	29
HOLGER WÜST IDEOLOGIEKRITISCHE STUDIEN Fotomontage	34
INTERVIEW BILDUNG UND SOZIALISTISCHE ORGANISIERUNG Ein Mailaustausch mit der Lernhilfe	48
KLEINE ANFRAGE WAS SUCHEN LINKE AN DER UNI?	52
DAVID WINTERHAGEN GRAND HOTEL AUFBRUCH Das Freiheitsproblem privat finanzierter Forschung	65
OUTRO	70

◦_◦ Liebe *diskus*, wir brauchen ja noch ein Editorial fürs Heft. Wie siehts aus: Habt ihr irgendwelche Ideen?

◦_◦ Also mir fällt das ehrlicherweise schwer. Wir haben uns für dieses Heft zwar lange damit beschäftigt, wie linke Politik und höhere Bildung zusammenhängen, was los ist an den Universitäten und was sich ändern soll. Doch bis jetzt habe ich ehrlich gesagt immer noch keine Antworten auf diese Fragen, ja nicht einmal Annäherungen an Antworten. Im Gegenteil, eher bin ich noch verwirrter als vorher. Was mich dabei besonders nervös macht, ist die Frage, ob wir nicht schon mit der Wahl des Themas eine stillschweigende Voraussetzung treffen, die vielleicht gar nicht besteht. Nämlich, dass Bildung und Emanzipation notwendig zusammengehören, dass Theorie schließlich in der Praxis münden soll. Warum eigentlich? Es könnte doch auch sein, dass Theorie entweder vollkommen instrumentell ist und einen gesellschaftlich vorgegebenen Zweck verfolgt, den sie selbst nicht nochmal überdenken kann; oder dass sie, wenn sie diesen Zweck doch reflektiert, gar nicht an ihr Ende kommen kann mit all dem Nachdenken. Wie kann ich mir je sicher sein, dass ich diesen Zweck gefunden habe, oder dass ich ihn auch morgen noch für wahr halten

werde? Verbiestet sich an der Uni nicht genau so eine Sicherheit?

◦_◦ Was meinst du damit? – Was heißt das denn?

◦_◦ Ich spaziere von Seminar zu Seminar und finde immer weitere Gründe immer weitere Theorien abzulehnen oder anzunehmen. Ab und zu verändert sich meine Ansicht völlig – mal bin ich Poststrukturalist, dann Kantianer und dann wieder Marxist – aber so wirklich Auswirkungen auf mein politisches Engagement hat das nicht, im Gegenteil. Entweder ich hänge in der Bib, den Kopf zwischen Büchern, oder ich mache Politik. Beides gleichzeitig funktioniert nicht. Aber warum ist die Uni dann überhaupt ein so besonderer Ort für die politische Praxis?

-_- Ich glaube, was du ansprichst, bringt die Sache nur auf verkehrte Weise auf den Punkt: Die meisten Menschen, die sich heute noch als Linke bezeichnen (zumindest in Westeuropa), stecken im Bannkreis der Universität. Sie haben dort studiert, viele sind dort zum Arbeiten geblieben, andere verdienen ihr Geld mit ähnlichen Formen der Kopfarbeit. Und gleichzeitig wollen sie diesem Bannkreis entgehen: Sie suchen nach den »normalen« Menschen und nach der Praxis, mit der man der eigenen Ohnmacht entkommen soll. Denn auch nach intensiven zwölf Semestern Studium und unzähligen Lesekreisen zu Foucault, Kant und Marx hat sich die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht verändert; die richtige Theorie ist vielleicht gefunden, die falsche Wirklichkeit aber geblieben. In gewisser Weise ist dein Argument also sehr akkurat: Es drückt das in der akademischen Linken zunehmend penetrant werdende schlechte Gewissen aus, das besagt: Weniger nachdenken, mehr machen!

>.> Und das ist falsch, oder wie?

-_- Ich bezweifle, dass dieser Praxisfetisch die Linke in den letzten 30 Jahren weitergebracht hat. Die Bewegungslinke hat ihren Zenit langsam überschritten, wirklich neue Formen der Organisation hat man bisher nur begrenzt gefunden. Will man diese Entwicklung verstehen oder gar ändern, müsste man sich doch viel eher darüber Gedanken machen, wie es zu dieser Situation gekommen ist, sich mit der Geschichte der Linken auseinandersetzen; konkret: danach fragen, wieso die Linke heute eine »akademische« ist. Eine solche ernsthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte sehe ich aktuell nicht. Das blinde Losstürzen in die Praxis ist ja nur die abstrakte Negation der eigenen Situation, sozusagen die andere Seite der Medaille, nicht ihre Aufhebung.

☞ Aber di-

-_- Und noch ein Punkt: Ich glaube schon, dass die theoretischen Auseinandersetzungen in der Linken reale Auswirkungen auf ihre politischen Organisationsformen hatten. Die Verschiebung von Marx zu Foucault hat sich doch auch in die Praxis übersetzt – da hieß es dann: Mikropolitik statt Klassenkampf.

☞ Aber die Frage nach der Entkoppelung von Theorie und Praxis an der Uni heute trifft denke ich trotzdem einen ganz zentralen Punkt. Die Gefühle von Ohnmacht und Beliebigkeit, die aus dieser Anmerkung sprechen, spiegeln doch gerade einen objektiven Moment, und zwar jenen, dass Geistes- und Sozialwissenschaften zu studieren, heute zumindest im Westen eine private Angelegenheit derjenigen geworden ist, die aus irgendwelchen wiederum oft selbst recht privaten Gründen ein Interesse an Gesellschaftskritik ausgebildet haben und es sich obendrein leisten können. Marx lesen ist im Angesicht des Niedergangs der Linken also notwendig privat geworden – es folgt keinerlei Praxis mehr daraus. Auch Kant lesen bietet im Angesicht der globalen Gegenaufklärung kaum Anknüpfungspunkte an eine reale Praxis. Selbst Foucault lesen wird nur von der Gegenaufklärung mit wirksamer politischer Praxis verbunden. Die Praxis, die politische Initiative, liegt gerade so gut wie überall rechts. Dem privaten, von der eigenen Lebenswelt und der politischen Weltlage völlig entkoppelten Residuum radikaler emanzipatorischer Gesellschaftskritik steht deshalb oft ein Bedürfnis nach Praxis entgegen. Praxis lässt sich mit radikaler emanzipatorischer Gesellschaftskritik kaum mehr machen, dazu fehlt zunehmend die materielle, reale Grundlage in den Verhältnissen.

8-) Aber versuchen wir selbst als »linke« Zeitschrift nicht auch irgendwie, Praxis zu machen?

☞ Die *diskus* ist doch das beste Beispiel. Wir sitzen hier am alten Campus Bockenheimer und versuchen irgendeine Frankfurter Tradition wachzuhalten, deren historische Wirkmächtigkeit längst den Zenit überschritten hat. Die Uni ist ins Westend weitergezogen. Wer hat früher wohl alles *diskus* gelesen und wer tut das heute noch? Wir versuchen doch bloß zu retten, was zu retten ist und sind dabei selbst Teil der Verfallsform. Sorry, das ist jetzt sehr negativ gesprochen.

>> Wenn ich das so höre, sträubt sich irgendwie was in mir. Ich glaube eigentlich nicht, dass »die meisten Menschen, die sich heute als Linke bezeichnen«, wirklich »im Bannkreis der Universität stecken«. Ich glaube das sagt mehr über uns selbst aus, als dass es ein unverzerrter Blick auf »die Linke« wäre, wer auch immer damit gemeint sein soll. Wer von uns geht denn regelmäßig auf Punk-Konzerte ...

.-. Ich!

>> ... oder zu Plena von linken Gruppen abseits des Unibetriebs? Was ist denn mit Antifa und mit Städten, die nicht Frankfurt sind? Klar, da sitzen dann auch viele Leute mit Campushintergrund, aber das sind deshalb ja keine Uni-Linken. Wir sollten aufpassen, nicht von uns auf den Rest der Welt zu schließen und durch schlaue Worte so klingen zu wollen, als wären wir das Maß aller Dinge. Das ist doch irgendwie auch nur noch Jargon – »Praxisfetisch«, »Nieder-
dergang«, »abstrakte Negation«.

☞ Aber wieso denn, wenn es doch so ist?

>> Man kann auch viel Wahres lesen und trotzdem beim Reden sagen, was man meint. Das ist halt dummerweise ziemlich schwer, denn dann muss man gut verstanden haben, was das eigentlich bedeutet, diese großen Wörter. Und irgendwo an echte Erfahrungen im Alltag anknüpfen können. Wäre das nicht die Aufgabe einer Zeitschrift wie *diskus*? Ich finde, dieses Gespräch fing sehr schön an, persönlich und zweifelnd, statt hier mit Allgemeinplätzen aufzutrumpfen.

.-. Das ist ja fast die Suche nach den einfachen Leuten, die ich anfangs beschrieben habe. Haben analytische Begriffe etwa keine Berechtigung, muss alles direkt leicht verdaulich und verständlich sein?

>> Jede Wissenschaft darf natürlich ihre Fachsprache haben, auch die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Aber das Politische sollte auch mal ohne auskommen dürfen, finde ich. Gegenfrage: Wollten wir mit diesem Heft nicht ursprünglich mal pöbeln und darüber berichten, dass wir den akademischen Betrieb sau lahm und angepasst finden? Also berichte doch mal, (.-.), wie ist es überhaupt jenseits der Uni? Du meinstest doch, dass du regelmäßig auf Punkkonzerte gehst.

... Auch da haben sehr viele Leute irgendeine Verbindung zur Uni, gerade in Antifagruppen. Ich glaube aber auch, dass es gar nicht in erster Linie darum geht, ob Linke auch außerhalb der Uni Sachen machen, das ist ja irgendwie klar... Ist die Frage nicht eher, wo und wie das Bewusstsein der Linken geprägt wird? Und da spielen die akademischen Arbeiterinnen eben doch eine wichtige Rolle. Das führt zu den Anschlussfragen: Was passiert mit der an der Uni ausgedachten Theorie auf ihrem Weg in die Köpfe der Menschen? Wie kommt sie dahin? Was haben die akademischen Arbeiter mit politischer Praxis (und an sich mit der Welt) außerhalb der Uni zu tun? Was macht die akademische Praxis

☞ Aber was folgt denn jetzt aus all deinen Fragen für das Verhältnis von Universität und politischer Praxis?

mit den Texten, die ihr entspringen? Und wieso können sich eigentlich nicht alle Menschen an Universitäten bilden?

... Was an der Uni das Reizvolle ist und gleichzeitig so nervt, ist doch: Der Laden läuft, weil alle etwas werden wollen müssen. Wenn man beim ganzen An-Sich-Selbst-Arbeiten aber mal ein bisschen Spielraum findet, sollte man sich daran erinnern, dass es einmal um mehr ging als um individuelle Selbstverwirklichung. Zum Beispiel darum, das Falsche ins Bewusstsein zu heben, um es abzuschaf-

>.> Jargon!?

...-fen. Nein, aber der Punkt ist doch, dass es dafür natürlich mehr als kluge Texte braucht. Es wäre noch kein Praxisfetisch, wie ... meint, wenn sich das, was man theoretisiert, auch in gewisser Weise im eigenen Tun und in einer Haltung zur Welt widerspiegelt. So wie es umgekehrt kein Theoriefetisch ist, wenn man sich grundlegend darüber Gedanken macht, was zu tun ist. Beides gehört zusammen. Statt im Angesicht der Ohnmacht Zynikerin oder Macherin zu werden, sollte es darum gehen, die Spannung zwischen dem hohen Anspruch und der Begrenztheit der eigenen Möglichkeiten nicht zu verdrängen. Vielleicht ist es doch einen Versuch wert, sich den Bildungsbegriff genauer anzusehen und ihn nicht den Bildungsbürgern zu überlassen. Den Hinweis auf dessen emanzipatives Potenzial und die Spannung, die er beinhaltet, haben wir ja in Idas Text zu Heydorn im Heft. Oder in gewisser Weise auch bei Finja, die die Uni als Ort emanzipativer Praxis nicht aufgeben will.

○○ Danke für den Werbeblock, aber ich habe aufgehört bei »werden wollen müssen«. Das ist doch auch der springende Punkt, wenn man sich heute fragt, wie sich linke Theorie lesen – und danach leben? – und gleichzeitig im akademischen Betrieb arbeiten können – ohne zugrunde zu gehen – vereinbaren lässt. Wenn man die meiste Zeit damit zubringt, sich um das Einwerben von Drittmitteln zu kümmern und Paper zu schreiben und damit die Themen, die einen umtreiben, »verkaufbar« zu machen, geht da nicht etwas Wichtiges verloren? So eine Vorstellung von »Reformuni«, »gegen das Establishment« – das klingt vielleicht aufgesetzt, aber ihr wisst, was ich meine: Das war da doch früher mal radikaler, nicht so eingeehgt in die bestehenden Verhältnisse. Aber klar, die Verhältnisse haben sich auch geändert. Also sowas wie arbeitslos melden und Theoriearbeit machen, wie es bspw. die *Krisis-Leute* mach(t)en, lässt sich ja heute gar nicht mehr umsetzen, vom Bürgergeld kann man zumindest nicht mehr leben.

»DAMIT SIND WIR
DANN JA
EIGENTLICH WIEDER
BEI UNSEREN
AUSGANGSFRAGEN:
WAS WOLLEN WIR
(NOCH) ALS LINKE AN
DER UNI UND
WELCHE BEDEUTUNG
HAT SIE FÜR
DIE LINKE DERZEIT?«

-_- Ach ja, es bleibt uns nur die Lohnarbeit, schon klar...

o_o Naja, wenn es nicht die politische Bildungsarbeit, die soziale Arbeit, das Volontariat im Verlag oder gar der Human Resource Bereich in irgendeinem feschen, progressiven Startup wird, – die PMC lässt grüßen – dann eben akademische Arbeiterin. Und nun? Marx lesen und sich darüber Gedanken machen, wie diese beschissene Welt endlich ein Stück besser werden kann? Naja. Eher die Frage, wie sich der gerade anbahnende kritische Gedanke in einem Paper verarbeiten lässt. Und vor dem Einschlafen dann die Frage, ob die Publikationsliste mittlerweile lang genug ist, um die nächste Stufe auf der akademischen Leiter erklimmen zu können. Hat man da vielleicht auf S. 212 im Kapital eine spannende Verbindung zum Herr-Knecht-Verhältnis (Hegel) gefunden, worauf noch niemand kam und man damit jetzt endlich die originelle Dissertation schreiben kann? Ok, jetzt aber schlafen, um morgen früh auf Seite 213 weiterzulesen. Und am Ende wird mittlerweile eh nach den eingeworbenen Drittmitteln entschieden, wer die Stelle – also Mittelbau oder Professur – bekommt und nicht nach der originellen Verbindung von Marx und Hegel. Also nicht der kritischste Kopf, sondern der beste Drittmittelantragsschreiber. Irgendwie traurig.

8-) Aber immerhin, man kann im akademischen Betrieb noch ein wenig nach eigenem Interesse arbeiten und bekommt sogar Geld dafür.

o_o Klar, noch bestehen immer mal solche Möglichkeiten, sonst hätten wir uns ja alle schon längst davon verabschiedet. Aber so richtig näher kommt man dem guten Leben so ja auch nicht wirklich, oder doch?

8-) Ich möchte nochmal auf o_o's Erzählung vom Anfang eingehen: »Entweder ich hänge in der Bib, den Kopf zwischen Büchern, oder ich mache Politik. Beides gleichzeitig funktioniert nicht«, weil ich den Zwiespalt und die Widersprüche, in die man sich dabei begibt, kenne. Spannend wäre, die Frage zu erkunden, warum das so ist. Wie schaut das Politikmachen aus? Ist das wirklich frei von theoretischer Auseinandersetzung und Reflexion? Oder ist die Zeit und Energie, die in den Zusammenhängen, die wir als »Praxis« labeln, so gering, dass dabei nur wenig rumkommt? Oder sind die Aufgaben, derer die Praxis sich stellen muss, so groß, dass die Ressourcen anders verwendet werden? In vielen politischen Projekten gibt es ja schon den Versuch, Theorie- bzw. Bildungsarbeit ernsthaft zu betreiben und bei Themen auch in die Tiefe zu gehen. Natürlich ist das nicht dasselbe wie wissenschaftliche Arbeit, aber man könnte aus der Praxis-Perspektive fragen, ob die nicht besonders zielgerichtete theoretische Auseinandersetzung an der Uni überhaupt immer so sinnvoll und gewinnbringend für die Emanzipation ist.

o_o Wie bitte?

-_- Aber dieser Praxisfetisch führt doch eben genau zur Aufgabe eines emanzipativen Anspruchs, weil er nicht auf ihre Voraussetzungen reflektiert!

-_- Den Punkt, den du aufwirfst, ob Bildung nicht außerhalb der Uni sogar stringenter, oder besser, oder freier gemacht werden kann, finde ich schon auch wichtig – wie häufig halten Seminare nicht das, was sie versprechen!

8-) Naja, zumindest in der Rolle als Studierende sieht es ja so aus: Seminare wechseln von Semester zu Semester, es ist immer ein bisschen Zufall, ob man sich im Rahmen von Seminaren mit einem Thema länger beschäftigen kann oder gar das nächste Seminar daran anschließt oder sich Inhalte doppeln. Da sehe ich auch Vorzüge außeruniversitärer Bildungsarbeit, die sich im Vorfeld Inhalte und Ziele der Auseinandersetzung überlegt und auch im Nachhinein evaluieren kann, wie gut es lief und was es gebracht hat, wo man noch tiefer hineingehen und in welche anderen Richtungen man schauen will.

°-° Damit sind wir dann ja eigentlich wieder bei unseren Ausgangsfragen: Was wollen wir (noch) als Linke an der Uni und welche Bedeutung hat sie für die Linke derzeit?

8-) Ja. Ich denke, erstmal ist das ein Ort, den viele in ihrer Biografie durchlaufen und an dem wegen größerer Zeitressourcen auch mehr Luft ist, sich politischen Themen zu widmen. Ich erlebe es als Studentin nicht so sehr meinem Willen, sondern mehr zukünftigen Zufällen geschuldet, ob ich nach dem Studium an der Uni bleiben kann. Das heißt: Von linken Studierenden bleiben dann halt ein paar als Lehrende an der Uni und manche wenige schaffen es sogar, daraus längerfristig einen Beruf zu machen. Ohne die Frage, was wir an der Uni wollen, beantwortet zu haben, stellt sich mir deshalb sofort die Frage: Wer ist das denn eigentlich, die Uni-Linke: die Studis oder die Lehrenden? Oder beide gemeinsam?

°-° Ich glaube genau diese Frage danach, wer die Uni-Linke eigentlich ist, trifft bereits die Voraussetzung, die ich eingangs provokant hinterfragen wollte. Nämlich, dass es einen irgendwie gearteten, relevanten Zusammenhang von wissenschaftlicher Theorie und (linker) politischer Praxis geben kann. Auch der Vorwurf des Praxisfetischs, der ja – Frankfurter Denkmustern treu bleibend – direkt als erstes in den Raum gestellt wurde, ergibt nur Sinn, wenn man bereits eine Verbindung der beiden Seiten »einkauft«, bei der dann entweder die Theorie oder die Praxis unnötig viel Oberwasser hat. Aber ich bin mir eben unsicher, ob diese Verbindung überhaupt besteht. Eine Theorie auf ihre Validität zu prüfen, ist erstmal eine andere Tätigkeit, als auf eine Demonstration zu gehen. Natürlich findet beides im Kontext einer bestimmten Gesellschaftsform statt, die etwa die Theoriebildung dahingehend beeinflusst, welche Hypothesen überhaupt kritisiert werden, welche Daten dafür herangezogen werden etc. – eine Gesellschaftsform, gegen die man dann auf der Straße protestieren kann. Aber dieser Protest setzt doch genau diejenige kritische Selbstreflexion mindestens für den Moment aus, die das Kernmerkmal angemessener Theoriebildung ist.

-_- Wie meinst du das?

◦-◦ Ich meine, dass ich in der Praxis – Überraschung – erstmal einfach mache. Sobald ich auf die Gründe reflektiere, die dieses »Machen« motivieren, fange ich an zu zögern, zu theoretisieren. Dann »mache« ich also gerade nichts mehr, zumindest in dem aktionistischen Sinne, den wir hier veranschlagen. Aber wenn sich Praxis und Theoriebildung in dieser Weise widersprechen, sollte man dann nicht die Theorie davor bewahren, voreilig von der Praxis unterbrochen zu werden, genau wie man umgekehrt die Praxis davor retten sollte, bis zum Stillstand über sich selbst zu reflektieren? Damit stoße ich natürlich ins Wespennest der kritischen Kritiker.

◦j◦ Nein, das stimmt natürlich, man handelt, wenn man es psychoanalytisch ausdrücken möchte, immer in gewisser Weise auch aus unbewussten Momenten und Motiven ins Unbekannte hinein – nie völlig aufgeklärt und mit endgültiger Klarheit. Ohne das herrscht Stillstand. Aber es braucht eben auch Zeit, um das dann in der Analyse auf der Couch wiederum einzuholen, um im Bilde zu bleiben.

._ In ◦-◦s Ausdruck »angemessene Theoriebildung« steckt doch das ganze Problem drin. Ich glaube, er zeigt an, dass der emphatische emanzipative Anspruch ziemlich verschwunden ist. Es ging bei Theorie und Praxis nicht um die psychoanalytische Couch, sondern einmal darum, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen, dass niemand mehr hungern muss und den Verein freier Menschen zu machen. Müsste eine Theoriebildung, die diese Ziele nicht verwirft, nicht die Verhältnisse transzendieren, statt sie nur »angemessen« zu erfassen? Um nicht utopistisch zu sein, müsste sie dazu aber in Verbindung stehen mit politischen Bewegungen oder sich eben vorerst pessimistisch auf das Flaschenpostsenden beschränken. Was davon derzeit angesagt ist, bleibt zu diskutieren. Bei unserem Gespräch habe ich jedenfalls den Eindruck, dass wir eine tatsächliche lebendige Verbindung von Theorie und Praxis eigentlich noch nie erlebt haben. Was nicht bedeutet, dass sie nicht möglich ist.

◦_◦ Also warten wir vorerst ab. Jetzt haben wir allerdings immer noch kein Editorial, oder doch?



IN DER LINKEN ALLES EHER SO MITTEL KLASSE

AG ARBEITSUNSINN

Die Mittelschicht ist in der Gesellschaftsanalyse eine vage definierte Struktur. Fast alle bedienen sich ihrer: Linke, Sozialdemokratinnen, Liberale, Konservative, Faschistinnen. Mal ist sie ein Teil des Proletariats, mal wird sie als schwebende Schicht irgendwo zwischen Kapitalistinnen und Arbeiterinnen beschrieben. Gerne wird sie in romantisierenden Vorstellungen von Klassenkämpfen auch ganz unter den Tisch gekehrt. Dass sie auch in linken Kontexten zu wenig analysiert wird, hat einen einfachen Grund: Fast alle Linken sind selbst Teil dessen, was einige Theoretikerinnen des 20. Jahrhunderts mit verschiedenen Begriffen von Mittelklasse definierten. Die Selbstverleugnung und die Aneignung des Arbeiterinnen-Seins durch viele Linke entpuppten sich als Teil des Klassenkampfes von oben. Da diese Erkenntnis schmerzt, wurde sie nicht bloß vergessen, sondern sie wurde verdrängt.

EINE KURZE GESCHICHTE DER PMC

Um den Charakter der Mittelklasse zu verstehen, bedienen wir uns bei Barbara und John Ehrenreichs Begriff der *Professional-Managerial Class (PMC)*¹ und Nicos Poulantzas Konzept *des neuen Kleinbürgertums*². Ehrenreich und Ehrenreich beschreiben die Herausbildung der PMC in den späten 1970er Jahren folgendermaßen: In der Anfangszeit des industriellen Kapitalismus war der Eigentümer einer Fabrik oft gleichzeitig ihr Finanzier, Chefingenieur und Manager. Jedoch verlangten Kapitalkonzentration und wachsende Monopolisierung inklusive komplexerer Arbeitsteilung zum Ende des 19. Jahrhunderts nach einer Differenzierung dieser Aufgaben. Eigentümer stellten Expertinnen für das Management, die Planung und die Rationalisierung des Produktionsprozesses an. Das Ergebnis: die »Funktion des Besitzers und des Managers [fällt auseinander] und [ist] auf eine Vielzahl von Personen übergegangen.« Mit dem Aufkommen des Massenkonsums am Anfang des 20. Jahrhunderts gesellte sich zum Produktionsmanagement auch das Konsum- und Marktmanagement hinzu: Durch Marketing, Design und die Bekämpfung von Konkurrentinnen sollen Bedürfnisse nach den produzierten Waren zum einen geweckt und zum weiteren nicht durch andere befriedigt werden.

Die Abhängigkeit von Staat und Kapital voneinander nahm im imperialistischen Zeitalter deutlich zu: Die Einzelkapitale wollten sich gegenüber der internationalen Konkurrenz stärken, gleichzeitig hing die Macht der staatlichen Akteurinnen immer stärker von der nationalen Wirtschaftskraft ab. Der Staat transformierte zum *ideellen Gesamtkapitalisten*. Die damit verbundene Expansion wurde von der PMC getragen: Im Erziehungswesen nahm sie als Lehrerinnen oder Sozialarbeiterinnen eine erzieherische Rolle ein und sorgte für die Reproduktion kapitalistischer Ideologie. In den bürokratischen, militärischen und juristischen Staatsapparaten überwachte und sicherte sie die gesellschaftliche Ordnung. Sie verwaltete öffentliche Güter, plante Infrastruktur und schützte den Kapitalismus vor seinen eigenen Widersprüchen, z.B. durch Sozialversicherungen (um den Klassenkampf zu befrieden) und Kartellrecht.

Mit den 70er Jahren begann mit der neoliberalen Wende dann, so Ehrenreich und Ehrenreich, die Konteroffensive des Kapitals gegen die PMC: Der Abbau des Wohlfahrtsstaats und die Austeritätspolitik führten zu weniger staatlich geförderten Arbeitsplätzen. Und durch Rationalisierungsmaßnahmen, Produktionsauslagerungen und den Umbau bürokratisch zentralisierter Monopolunternehmen in netzwerkförmige Strukturen standen auch die Stellen der *mid-level professionals* in den Unternehmen zur Disposition. Am Ende dieses Prozesses ist die PMC vermehrt in größeren bürokratischen Organisationen angestellt, wie etwa Krankenhäusern, Kanzleien oder Universitäten und verliert damit einen Zustand relativer Autonomie. Diese Einhegung der PMC bedeutet, dass ihre Mitglieder immer mehr zum Zahnrad in der Maschine werden. Ihre Arbeitsbedingungen gleichen sich dem *managerial* Teil der PMC in den großen Unternehmen an.

DIE PMC ALS KLASSE AN SICH

Etwa zur gleichen Zeit wie die Ehrenreichs spricht Nicos Poulantzas 1976 in seiner Beschreibung der Mittelklasse von der Herausbildung eines »neuen Kleinbürgertums«. Für Poulantzas sind nicht alle lohnabhängig Beschäftigten Proletarierinnen, weil er, zunächst auf *ökonomischer* Ebene, zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit unterscheidet³: »Produktive« Arbeit geschehe nur in der mehrwertschaffenden Warenproduktion (also der materiellen Produktion von Waren) und werde von Proletarierinnen verrichtet. Hier greift das von Marx beschriebene grundlegende kapitalistische Ausbeutungsverhältnis, der Mehrwert wird zur Kapitalakkumulation angeeignet. »Unproduktive« Arbeit hingegen erschaffe keinen Mehrwert, sondern sei dafür zuständig, dass der produzierte Mehrwert in der Zirkulationssphäre realisiert wird (die Produkte also verkauft werden können). Die Arbeit, die sich auf die Mehrwertrealisierung ausrichtet, hat in den letzten Jahrzehnten in den Ländern des globalen Nordens stark zugenommen. Als »unproduktiv« gelten nach Poulantzas auch Angestellte in den unmittelbaren (Behörden, Schulen, Universitäten, Ministerien etc.) und ideologischen

autoren
buchhandlung
marx & co

Grüneburgweg 76 · 60323 Frankfurt am Main
Tel 0 69/72 29 72 · Fax 0 69/71 40 38 70
info@autorenbuchhandlung-marx.de
www.autorenbuchhandlung-marx.de

Marx an der Uni

Geisteswissenschaften

Belletristik

Sozialwissenschaften



KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR. 11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
INFO@KARL-MARX-BUCHHANDLUNG.DE
WWW.KARL-MARX-BUCHHANDLUNG.DE

(Medien, Kirchen etc.) Staatsapparaten – also jene, die die gesellschaftlichen Hintergrundbedingungen des Kapitalverhältnisses reproduzieren. Diejenigen, die Befehle, Vorgaben und Maßnahmen umsetzen und zur Verbreitung der zugehörigen Ideologie beitragen, sind in einer widersprüchlichen Klassenposition und deshalb Teil der PMC. Angestellte auf der untersten ausführenden Ebene dagegen, wie zum Beispiel Hausmeisterinnen, befinden sich in einer proletarischen Position innerhalb der öffentlichen Verwaltung. Sie sind ausgeschlossen von der »creation or execution of state policies and ideologies«⁴.

Das *politische* Kriterium von Poulantzas berücksichtigt die oben beschriebenen Stellungen des neuen Kleinbürgertums in der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung (überwachend, erzieherisch etc.) zwischen dem Kapital und den Arbeiterinnen. Definiert wird die PMC nicht allein durch ihr (Nicht-)Eigentum an den Produktionsmitteln, wie die fundamentalen Klassen des Proletariats und der Kapitalistinnen, sondern durch ihre Funktion im kapitalistischen (Re-)Produktionsprozess. Ihr Status als Mittelklasse resultiert aus ihrer Position zwischen Kapital und Arbeit. Sie sind lohnabhängige Angestellte, die jedoch Herrschaft im weitesten Sinne über die Arbeiterinnen ausüben. Sie planen, überwachen und optimieren zum Beispiel als Vorarbeiterinnen, Ingenieurinnen oder Beraterinnen den Produktionsprozess und bestimmen mal direkter, mal indirekter über die Arbeit der Proletarierinnen. In der staatlichen Bürokratie tritt die PMC zum Beispiel in der Figur der Lehrerin erziehend und in der Sachbearbeiterin sanktionierend gegenüber dem Proletariat auf.

Als drittes Kriterium nennt Poulantzas *ideologische* Faktoren, mit denen er zwischen PMC und Arbeiterinnen unterscheidet. Wir halten es allerdings für plausibler, die materiellen Faktoren den ideologischen voranzustellen. Für die Analyse der Subjektivierung, die sich daraus ergibt, sowie der individuellen und kollektiven Strategien und letztlich der Wechselwirkungen mit anderen Akteurinnen und Strategien, setzen wir also eine Klasse voraus, deren Konstituierung als *Klasse für sich* wir erst im Anschluss nachweisen. Wir hoffen, dass unsere Gedankengänge so nachvollziehbar bleiben.

SUBJEKTIVIERUNG DER PMC

Welche Auswirkungen die Existenz einer Mittelklasse für die Gesellschaft hat, wird in der Perspektive der PMC-Angehörigen auf ihre eigene Arbeit deutlich und in den sich daraus ergebenden subjektiven Verhaltensimperativen, die von denen des Proletariats abweichen.

Die marx'schen Formeln der Mehrwertabschöpfung und der darauf aufbauenden Akkumulation beschreiben diesen Sachverhalt sowohl aus

Sicht des einzelnen Arbeitsverhältnisses als auch aus Sicht der Gesamtbelegschaft adäquat: In einem kleinen Unternehmen, in dem alle dieselbe Tätigkeit ausüben, entspricht die Mehrwertabschöpfung bei jeder einzelnen Arbeiterin der gesamten Mehrwertabschöpfung geteilt durch die Anzahl der Arbeiterinnen. Auch bei komplexeren Produktionsketten gilt, dass sich in der Regel relativ genau planen lässt, wie viele Arbeiterinnen für welche Produktionsschritte zusätzlich oder weniger notwendig sind, um den Output um eine bestimmte Menge zu steigern oder zu senken. Und damit implizit, wie viel Mehrwert von wem abgeschöpft werden kann.

Die hier relevanten Eigenschaften proletarischer Arbeit – Standardisierbarkeit, Quantifizierbarkeit, Skalierbarkeit – können für PMC-Arbeit allerdings schon definitorisch nicht gelten. Dass durch diese Arbeit ein Streik verhindert oder ein Konkurrent vom Markt verdrängt wurde, lässt sich nicht halbieren oder verdoppeln. Und nicht nur das. Das Unternehmen kann ohne das Spezialwissen der PMC selbst nicht einmal wissen, ob und gegebenenfalls welchen Anteil einzelne Angestellte an der Verhinderung des Streiks hatten und ob es überhaupt zu einem Streik gekommen wäre. Oder grundlegender: ob es einen bestimmten Job überhaupt braucht, ob den auch jemand anderes machen könnte und wenn ja, nach welchen Kriterien man diesen besetzen könnte. Ob die Arbeit der PMC für ihr jeweiliges Unternehmen also sinnvoll ist, ist, anders als bei den Proletarierinnen, intransparent. Die dazu nötige Urteilskraft hat, wenn überhaupt jemand, die Beschäftigte selbst.

Die PMC-Angestellte verfügt durch ihren Status als Spezialistin über eine Machtressource und damit verbunden notwendigerweise über einen gewissen Grad an Autonomie gegenüber ihrer Chefin. Vor dem Hintergrund des Interessengegensatzes zwischen beiden impliziert das ein Misstrauen seitens der Chefin, weil diese die Qualität der Angestellten nicht messen kann, ohne angewiesen zu sein auf deren von Eigeninteressen geleiteten Bewertungen. Und es impliziert den Versuch der Angestellten, gegen ein solches Misstrauen anzuarbeiten, weil es die Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft senkt. In der Lohnarbeit der PMC-Angestellten verschiebt sich dadurch das Maximierungsstreben von proletarischen Interessen (möglichst geringe Arbeitszeit, möglichst hoher Lohn) zu einem Streben nach *Prestige*. Prestige meint Anerkennung, Wertschätzung und Vertrauen nicht nur durch die Chefin, sondern auch durch die Kolleginnen. Einerseits wegen der intersubjektiven Funktionsweise (man schätzt auch diejenige eher, die von einer geschätzten Person geschätzt wird) und andererseits, weil die heutige Kollegin morgen die eigene Chefin sein könnte. Das Streben nach Prestige dominiert das unmittelbare Streben nach Lohnmaximierung, weil sich in einer Gesellschaft mit konstituierter Mittelklasse Löhne, Beförderungen, Machtressourcen und Autonomie innerhalb der PMC aus dem Prestige ableiten.

Als *individuelle* Handlungsstrategie ergibt sich aus dem Prestigestreben zunächst die Darstellung des eigenen Arbeitsprozesses: Je weniger die Menge und Qualität der Arbeitsleistung von außen beurteilt werden können, desto leichter ist es, durch demonstratives Handeln das eigene Arbeitsethos besonders protestantisch erscheinen zu lassen. Und auch wenn aufgrund des oben beschriebenen Spezialistinnenwissens und der damit verbundenen relativen Autonomie gegenüber dem Kapital die Konkurrenz zwischen den Angestellten der PMC geringer ist als die zwischen den Arbeiterinnen, ist sie nicht abwesend. Sie sorgt dafür, dass aus der Möglichkeit, eigene Arbeit darzustellen, zu überhöhen und zu simulieren, eine Notwendigkeit wird. »Die Darstellung des Outputs ersetzt den Output«⁵, beobachtet Mark Fisher.

Mit *kooperativen* Strategien lässt sich die aufgrund des Interessengegensatzes zwischen Angestellten und Chefin nicht überbrückbare Intransparenz der Arbeit zumindest verkleinern. Hat die Chefin das Gefühl, dass eine Angestellte ihr oder ihrem gemeinsamen Unternehmen gegenüber loyal ist, muss sie die konkrete Tätigkeit nicht durchschauen, um darauf vertrauen zu können, dass sie in adäquater Qualität verrichtet wird. Umgekehrt profitiert die Angestellte, wie bereits dargestellt, von dem ihr entgegengebrachten Vertrauen. In der Summe ergeben sich Rituale, die Vertrauen und Loyalität herstellen. Oder diese zumindest simulieren, denn es reicht ja bereits, dass die andere Seite von der eigenen Loyalität beziehungsweise des In-Sie-Vertrauens ausgeht. Solche Rituale sind etwa sogenanntes Networking und die Kultivierung eines *Arbeitgeberpatriotismus* als Ausweis der gemeinsamen Loyalität. Wichtig ist, dass die für die Erläuterung herangezogene analytische Trennung zwischen Angestellter und Chefin in der Realität meistens verschwimmt, weil es in größeren Bürokratien sehr viele hierarchische Ebenen gibt, die (weitgehend) der PMC zugerechnet werden müssen – letztendlich stellen Loyalität und Vertrauen Nuancen desselben dar, weshalb wir den Oberbegriff *Prestige* gewählt haben. Ein sehr wesentlicher Bestandteil der Prestigemaximierung ist außerdem das Anhäufen von Untergebenen.

Die PMC ist natürlich nicht die einzige Gruppe, die sich strategisch zu dem konstitutiven Problem der intransparenten Arbeitsleistung verhält: Das Kapital versucht, die Intransparenz zu überwinden oder zumindest zu verkleinern, um die Angestellten der PMC denselben Rationalisierungen zu unterwerfen wie das Proletariat. Das kann die im vorigen Absatz beschriebene Förderung von Loyalität als Ersatz für Transparenz bedeuten, oder die nachträgliche Herstellung von Transparenz durch Vergleichbarkeit (Standardisierung, Evaluierung, Akkreditierung) insbesondere durch

das Bildungswesen mit seinen formalisierten Abschlüssen und standardisierten Notenvergaben.

Hieraus ergeben sich mehrere Probleme: *Ers*tens sind die bürokratischen Konstrukte, die Transparenz schaffen sollen, selbst notwendigerweise auf Arbeit der PMC angewiesen und damit für das Kapital Teil des Problems, das sie eigentlich adressieren sollen – letztlich befördert das Kapital PMCs also zu Gatekeeperinnen. *Zweitens* stößt die Transparenzschaffung schon definitorisch an Grenzen bei dem widersprüchlichen Versuch, Unquantifizierbares quantifizierbar zu machen. So ist die Standardisierung häufig nicht nur aus Sicht des konzeptionellen Zwecks der jeweiligen PMC-Tätigkeit überflüssig oder unmöglich, sondern läuft ihr sogar entgegen. So kommen etwa erziehungswissenschaftliche Studien selbst zu dem Schluss, dass die Staatsbürgerbildung und das ökonomisch verwertbare Wissen objektiv darunter leiden, dass Bildung standardisiert messbar werden soll. *Drittens* würden Tests, Vorgaben, Evaluationen und dergleichen nur dann Transparenz schaffen, wenn sie Teil einer passiven Beobachtung des ›authentischen‹ Arbeitsprozesses wären. In aller Regel beeinflussen sie aber den Arbeitsprozess und die ›beobachtete‹ PMC richtet ihr Handeln strategisch auf sie aus – die bereits oben beschriebene Tendenz zu demonstrativem Arbeiten wird in Richtung eines tatsächlich demonstrativen Arbeitens verstärkt, gemäß den mit der Beobachtung verbundenen Erwartungserwartungen. *Viertens* wird die Beobachtung seitens der PMC als Misstrauen gegenüber der eigenen Arbeit gewertet und reizt damit eine Verschiebung von Loyalität hin zu dargestellter Loyalität an.

Die hier beschriebenen Varianten strategischen Handelns entlang des um die Intransparenz der Arbeit ausgerichteten Interessengegensatzes zwischen Kapital und PMC summieren sich nicht nur auf. Sie überlagern sich, verschwimmen, bringen Gegenstrategien hervor und erzeugen ein Amalgam aus kooperativem und konkurrierendem strategischen Handeln. Der wesentliche gemeinsame Nenner ist, dass sich der Anteil der im marxistischen Sinne unproduktiven, aber zur Reproduktion der gesellschaftlichen Bedingungen notwendigen Arbeit stetig verkleinert gegenüber einer Arbeit, die nur aus der Binnensicht der sie hervorbringenden bürokratischen Strukturen notwendig ist⁶ und sich dadurch tendenziell immer weiter vergrößert. Analog zum marxistischen Begriff des ›automatischen Subjekts‹ als Beschreibung des Kapitals, das quasi wie ein Akteur gemäß dem eigenen Imperativ (Kapitalakkumulation) handelt, könnte man von einem ›automatischen Subjekt‹ als Beschreibung der inhärenten Expansion der Bürokratie sprechen.

IDEOLOGISCHE IMPLIKATIONEN UND DAS KLASSENBEWUSSTSEIN DER PMC

Die Arbeit der PMC und deren Umfeld formt das Bewusstsein derjenigen, die ihr angehören. Dies hat verschiedene ideologische Implikationen. Wir stellen zunächst jene vor, aus denen sich das gemeinsame Klassenbewusstsein der PMC formt. Man muss dabei im Hinterkopf behalten, dass Kapital und Proletariat in dem Zeitraum, in dem sich die PMC herausbildet, als Klassen bereits konstituiert sind. Dabei ist das Proletariat der wichtigere Referenzrahmen, weil die PMC in ihrem Ausdehnungsprozess notwendigerweise aus der Masse der Bevölkerung Nachschub rekrutieren muss.

Die PMC ist in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hierarchisch tendenziell oberhalb des Proletariats angesiedelt, verfügt über einen höheren Grad an Autonomie gegenüber dem Kapital und verdient dadurch besser. Eigentlich müsste sie also ein schlechtes Gewissen gegenüber den Arbeiterinnen haben. Doch dank einer Ideologie der Ungleichheit, die eine intellektuelle Überlegenheit annimmt, bleibt dies aus. Ideengeschichtlich knüpft diese Ideologie an die Abspaltung von Körper und Geist an, die empirisch am höheren Anteil mentaler Arbeit festgemacht wird, die für Verwalten, Managen, Erziehen, Überwachen und vor allem Repräsentieren erforderlich ist, sowie an der Notwendigkeit sogenannter höherer Bildung für diese Tätigkeiten. Auf der anderen Seite affirmiert die PMC die proletarische Haltung gegenüber dem Kapital, weil ihr Interessengegensatz ähnlich gelagert ist. Diese Gleichzeitigkeit eines intellektuellen Überlegenheitsgefühls nach unten und einer Missgunst nach oben erzwingt meritokratische Vorstellungen: Die eigene Privilegierung ist Ausweis von in formalen Bildungsabschlüssen messbarem Fleiß, das Privileg des Kapitalistendaseins aber ist das unverdiente Glück in der Geburtslotterie.

Der Bewertungsmaßstab für die eigene Arbeit wird damit zum Maßstab für die gesamte Gesellschaft, weshalb man sich nur noch mit anderen Angehörigen der PMC umgeben möchten. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass der subjektive Imperativ zur Prestigeakkumulation als Katalysator für eigene habituelle Codes fungiert, die zu Abgrenzungen gegenüber jenen führen, die sie nicht beherrschen. Damit unterminiert die PMC ihren eigenen meritokratischen Anspruch, weil die (habituellen) Abgrenzungen und Ausschlüsse im ebenfalls von der PMC getragenen Bildungswesen reproduziert werden. So wird die PMC zur Gatekeeperin ihrer selbst und die Universität zu ihrem wichtigsten Reproduktionsort. Durch die meritokratische Brille erscheinen Arbeiterinnen als Kinder, die es (noch) nicht geschafft haben in die Ränge der PMC aufzusteigen. Diese paternalistische Sichtweise hängt auch damit zusammen, dass die PMC ihnen als anleitend, erziehend, erklärend und

gegebenenfalls sanktionierend gegenübertritt, oder in der bürokratisierten Arbeiterinnenbewegung als Funktionärin für sie spricht.

Ein weiterer Aspekt des Bewusstseins, das die PMC zu einer Klasse formt, ist die Vorstellung, gesellschaftstragend zu sein. Die Vorstellung ist materiell begründet, weil ein überproportionaler Anteil der PMC in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen angestellt ist, und wird verstärkt durch den Arbeitgeberpatriotismus, den die Prestigeakkumulation hervorbringt. Selbst innerhalb der Privatwirtschaft ist die PMC staatsnäher als ihre proletarischen Kolleginnen – sie sind es, die beispielsweise die staatlichen Vorgaben in Betriebsabläufe übersetzen, an Märkten interagieren oder aus Bildungsinstitutionen und Jobcentern neue Kolleginnen rekrutieren. Historisch speist sich das gesellschaftstragende und -erhaltende Selbstverständnis zudem aus ihrer Rolle der den *Klassenkompromiss* in der fordistischen Ära umsetzenden und garantierenden Klasse.

Zu den weiteren ideologischen Aspekten⁷, die nicht konstitutiv für die PMC als Klasse für sich sind, sondern Folgen ihrer Konstitution, zählt die PMC-spezifische Form politischer Öffentlichkeit. Die Arbeitssubjektivität der PMC, in der das Darstellen relevanter ist als das Dargestellte, wird als Ideologie erweitert auf alle Lebensbereiche, insbesondere auf die Vorstellung, wie gesellschaftliche

»WIR SIND DER AUFFASSUNG, DASS AKTE DES BULLSHITTENS UND DES SCHUMMELNS KOLLEKTIVIERT WERDEN MÜSSEN«

Auseinandersetzungen auszusehen haben. In einer Gesellschaft, in der die PMC erstens alleinig medien-schaffend und zweitens die wesentliche Adressatin der Öffentlichkeitsproduktion ist, bestimmt diese Logik den Diskurs. Damit versuchen wir, die Beobachtung des *Spektakels*⁸ um eine materialistische Fundierung zu ergänzen. Grob zusammengefasst beschreibt Spektakel die Tendenz, dass Bewegungen, Kämpfe und Affekte durch deren symbolische Repräsentation ersetzt werden, die die Einzelnen von Gestalterinnen des gesellschaftlichen Prozesses zu dessen Konsumentinnen degradiert.

LINKE PMCS UND PMCS IN DER LINKEN

Die Versuche des Kapitals, das Spezialwissen der PMC zu entwerten und sie in ihrer Autonomie einzuschränken, wird als vermeintliche Proletarisierung ihrer Angehörigen erlebt und bringt viele von ihnen in linke Organisationen. Das bedeutet aber nicht gleich, dass diese Gruppe automatisch proletarisch wird und sich dem Klassenkampf zuwendet. Vielmehr speist sich ihr Unmut daraus, jetzt Jobs machen oder Tätigkeiten ausüben zu müssen, die sie als unter ihrer Würde wahrnehmen: Ihre Bildung, ihr »Talent« und ihr Erfolg in der (Hoch-)Schule berechtigen sie doch eigentlich zu anderen Tätigkeiten in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wie z.B. Schreiben, Kreativsein, Planen, Entscheiden und Lenken. Der proletarisierte Teil der PMC schaut sich konstant nach besseren Berufen um, während die proletarische Arbeiterin weiß, dass sie ihren aktuellen oder andere Scheiß-Jobs wahrscheinlich ihr Leben lang ausüben muss. Ein Teil dieser absteigenden PMC organisiert sich zunehmend in Gewerkschaften oder Parteien und fordert bessere Arbeitsbedingungen und sozialstaatliche Expansion. Ihre Forderungen beruhen zum Teil darauf, dass sie sich für eine Öffnung der staatlichen und unternehmerischen Bürokratien einsetzen, damit ihre Karrieren weitergehen können und sie eben nicht, wie das Proletariat, für unbestimmte Zeit einen Scheiß-Job ausüben müssen. Dan Evans sieht hier die Gefahr eines »instrumentellen Kollektivismus«, der unter dem Vorwand gemeinsamer Ziele (bessere Löhne, mehr Sozialstaat) die privilegierte Rolle der PMC in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erneuert, statt sie zu überwinden.⁹

Die politisch-strategischen Ableitungen für Linke in der PMC aus der Erkenntnis, dass nicht nur ein Klassenwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch zwischen der PMC und Kapital auf der einen und PMC und Arbeiterinnenklasse auf der anderen bestehe, diskutierten Ehrenreich und Ehrenreich bereits 1977.¹⁰ Im Zentrum steht bei den Ehrenreichs eine Linke, die sich stets auf Seiten aller Subalternen sieht, obwohl sie doch vor allem einer neuen Mittelklasse mit eigenen Interessen entspringt. Sie machten die Beobachtung, dass sich die neue Linke in den USA der 1960er Jahre in einer Bewusstwerdung dieses Widerspruchs befand. Viele Linke begriffen, dass sie gar nicht Teil der Arbeiterinnenklasse waren und beantworteten dies mit etwas, das die Ehrenreichs als *negatives Klassenbewusstsein* fassten. Es folgten daraus zwei politische Strategien: Erstens die *New Communist Movement* Strategie der Selbstproletarisierung der PMC-Linken, die auch in Deutschland von den K-Gruppen praktiziert wurde. Im Stil früherer Revolutionärinnen der 1930er Jahre versuchten sich Linke als Agitatorinnen unter die Arbeiterinnen in der Industrie zu mischen und zu Streiks aufzurufen. Zweitens die *Radicals-In-The-Professions* Strategie, die eine

Umnutzung bestimmter Professionen (Psychologinnen, Lehrerinnen, Anwältinnen, Medizinerinnen, Sozialarbeiterinnen etc.) für radikale Bewegungen wie *Black Power* auf der praktischen Seite und die Entmystifizierung ihrer Berufe auf der ideologischen Seite anstrebte. Ähnliche Strategien waren die Kinderladenbewegung, die kritische Psychologie und andere Formen der Hilfe zur Selbsthilfe. Beide Ansätze, sowohl die Selbstproletarisierung als auch die Transformation bestehender Professionen, scheiterten am Wegbrechen gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Bewegung, der fehlenden Konsequenz der PMC-Linken in ihrer Selbstkritik sowie der neoliberalen Konterrevolution.

Heute, 45 Jahre später, muss in der deutschen Linken zunächst ein Klassenverständnis aktualisiert werden, das sich bis dato auf die Differenzierung der Arbeiterinnenklasse (hochqualifizierte, mittelqualifizierte, prekarierte) beschränkt, oder die Diversifizierung der Arbeitswelt in der Theorie schlicht dogmatisch ausblendet und die spezifische Funktion der PMC mitsamt ihrer eigenen Situiertheit nicht erkennt. Wir meinen, dass die PMC-Analyse zur materialistischen Fundierung vieler Phänomene des heutigen Kapitalismus beitragen kann und daraus neue strategische Ableitungen für die radikale Linke ermöglicht.

Große Teile der (radikalen) Linken gehören heute zur PMC. Sie beanspruchen, die (eigentlichen) Interessen aller zu vertreten. Die reale Basis für diese Repräsentation wird jedoch zunehmend kleiner, da Arbeiterinnen und traditionelles Kleinbürgertum sich der parlamentarischen Politik entweder entziehen, Ressentiments gegen die PMC pflegen oder zunehmend illiberale Tendenzen aufweisen, die mit den Werten der PMC nicht übereinstimmen. Das Resultat ist, dass parallel zur zunehmenden Darstellung ihres ökonomischen Outputs die Darstellung von Politik in (sozialen) Medien für die PMC zur vorherrschenden Praxisform wird und zum Teil auch Grundlage der eigenen politischen Karriere. Das sog. *Virtue-Signaling* (oder *Virtue-Hoarding*, wie Catherine Liu es nennt¹¹) ist für PMC-Linke deshalb das »Brot und Butter« ihrer politischen Arbeit. Eine Karriere in der Linken endet oft in einer Anstellung in Medien, Partei- und Gewerkschaftsbürokratien, Behörden und NGOs und die dafür notwendige Prestigeakkumulation nimmt die Form des Aufbaus einer Aktivistinnen-Identität an:

»[...] for it is only the new petty bourgeoisie, with their fixation on getting ahead, with climbing ladders, that would even think of treating socialism and »activism« as a potential career site, a source of social mobility. [...] the left has been so deeply influenced by the professional-managerial class [...] »left politics« has become another field on which aspirational people compete for status and upward mobility.«¹²

Ähnlich berichteten auch Ex-Aktivistinnen der autonomen antifa [w] in der Reflektion ihrer Organisation:

»Wer die[se] Organisationsform überstanden hat, [ist] für den Arbeitsmarkt perfekt vorbereitet: Angeeignet wurden sich Konkurrenzfähigkeit, Durchsetzungsvermögen, Teamfähigkeit, Organisationskompetenz, Leistungsfähigkeit, projekt-förmiges Arbeiten (Kampagnenarbeit), Kreativität, die Akzeptanz einer nicht vorhandenen Trennung von Arbeit und Freizeit sowie das in Kauf nehmen schlechter (keiner) Bezahlung.«¹³

Andere selbsternannte revolutionäre, antiimperialistische und rote Linke bleiben dagegen scheinbar der Strategie des *New Communist Movement* treu: Um ›authentisch‹ Klassenkampf betreiben zu können, geben sie vor, weitestgehend Teil der Arbeiterselbstorganisation zu sein und betreiben somit Selbstbeweihräucherung in einer Art Proletarierinnen-Rollenspiel.

WAS TUN?

Die Erkenntnis des Spektakelcharakters politischer Praxis und ein daraus resultierendes (negatives) Klassenbewusstsein der PMC-Linken wäre ein notwendiger Ausgangspunkt, um Handlungsfähigkeit zu erlangen. Wie ein Modus jenseits des Spektakels gelingen kann, ist eine offene Frage. Ein erster Schritt wäre die Kritik von Praxisformen, die das Spektakel affirmieren, und die Anerkennung der widersprüchlichen Position der PMC-Linken. Allianzbildung mit dem Proletariat ist durch den doppelten Klassenantagonismus zu Kapital und Arbeiterinnenklasse zugleich objektives Eigeninteresse und Verrat der Klassenposition. Die hegemoniale neoliberale Kultur der PMC und die darin vorherrschende Erzählung der Besserstellung im Produktionsprozess aufgrund höherer Qualifizierung könnten im Sinne der *Radicals-In-The-Professions* gebrochen werden, um Allianzbildung zu ermöglichen. Denn die meritokratische Haltung trägt zur Auflösung der Reste des proletarischen Klassenbewusstseins und zu Ressentimentbildung gegen die PMC-Linken bei.

Bullshit Jobs und deren studentisches Äquivalent, die Praxis sinnloser und bürokratisierter Arbeits- und Studienanforderungen, sind in der PMC so weit verbreitet wie das ihnen entgegengesetzte Schummeln. Viele durchschauen den Bullshit, insofern er sie persönlich betrifft und insoweit sie Arbeitsvermeidung für individuell realisierbar halten. Das ist ein von der radikalen Linken bisher nicht erkanntes Potential. Wir sind der Auffassung, dass Akte des Bullshittens und des Schummelns kollektiviert werden müssen: Erstens auf Ebene der Erkenntnis, dass das keine zufällige individuelle Erfahrung ist, sondern die systematische Folge der

irrationalen Einrichtung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Zweitens auf Ebene der Arbeitsvermeidung, die kollektiv viel effizienter möglich ist. Und drittens auf der Ebene der so freigewordenen Zeit, die für politische Kämpfe erschlossen werden kann.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wie die Ehrenreichs nach dem Scheitern der neuen Linken 1977 antizipierten, geht es nicht um eine Rückkehr zu einer Klassenpolitik, die das Proletariat romantisiert, es im Zentrum der Auseinandersetzung positioniert und sich auf ›Brot-und-Butter-Themen‹ beschränkt. Im Gegenteil: Die PMC ist historisch aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihren Bildungschancen ein Hort radikaler Ideen gewesen. Viele dieser Ideen (zum Beispiel die kritische Psychologie, Technologie-Kritik, Arbeitskritik, Kritik unbezahlter Reproduktionsarbeit) sind komplementär mit den objektiven Interessen der Arbeiterinnen. Dennoch sollten die Antagonismen zwischen Proletariat und PMC nicht ausgeblendet werden.

Auf zum Klassenverrat!

*.notes

- 1 BARBARA EHRENREICH, JOHN EHRENREICH, *Tod eines Yuppie-Traums*, New York 2013.
- 2 NICOS POULANTZAS, *Les Classes sociales dans le capitalisme aujourd'hui*, Paris 1976.
- 3 Die binären Kategorien, anhand derer wir PMC und Proletariat unterscheiden, sind zur analytischen Nachvollziehbarkeit so scharf abgegrenzt. In der Realität treten diese Kategorien eher als Polarisierung auf, bei denen beide Klassen zu unterschiedlichen Polen tendieren. Auch die empirische Klassenzugehörigkeit einzelner Beschäftigter kann dadurch widersprüchlich sein.
- 4 ERIK OLIN WRIGHT, *Class, crises, and the state*, London 1979, S. 96.
- 5 Vgl. MARK FISHER u.a., *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?: eine Flugschrift; mit einem Nachwort zur deutschen Ausgabe*, VSA-Verlag 2013, S. 49ff.
- 6 Teilweise erscheinen die Surplus-Bürokratisierungen nicht mal mehr aus Sicht der sie Ausführenden als sinnvoll. Die eigene Arbeit sinnlos bis verachtenswert zu finden ist ein im modernen Kapitalismus inzwischen verbreiteter Zustand geworden. Vgl. DAVID GRAEBER, *Bullshit jobs: The rise of pointless work, and what we can do about it*, 2019.
- 7 Außerdem zu nennen wären insbesondere, aber nicht ausschließlich der Individualismus, die Bürokratisierung des Alltags, der Idealismus und *Virtue Signalling*.
- 8 GUY DEBORD, JEAN-JACQUES RASPAUD, *Die Gesellschaft des Spektakels*, Berlin: Bittermann, 1996.
- 9 DAN EVANS, *A nation of shopkeepers. The unstoppable rise of the petty bourgeoisie*. London: Repeater, 2023
- 10 BARBARA EHRENREICH, JOHN EHRENREICH, »THE NEW LEFT: A Case Study in Professional-Managerial Class Radicalism« in: *Radical America*, 11 (1977), Nr. 3.
- 11 CATHERINE LIU, *Virtue hoarders: The case against the professional managerial class*, University of Minnesota Press, 2021.
- 12 S.O. EVANS, *A nation of shopkeepers*, S. 287.
- 13 AUTONOME ANTIFA [W], *Ohne Zerstörung kein Aufbau: Zur Auflösung der autonomen antifa in Wien*, <https://www.untergrund-blättele.ch/politik/theorie/zur-aufloesung-der-autonomen-antifa-6780.html> (20.05.2025).

ABSEITS DER ARBEIT

Interview mit Norbert Trenkle und Ernst Lohoff von der Gruppe Krisis zur Vergangenheit und Gegenwart einer arbeitskritischen Theorie- und Bildungsarbeit

diskus Als Teil der Gruppe Krisis macht ihr nun seit Ende der 80er Jahre Theorie- und Bildungsarbeit – und das außerhalb des akademischen Betriebs. In einem Interview habt ihr mal erwähnt, dass ihr euch damals entschieden habt, Arbeitslosengeld zu beziehen oder nur nebenbei zu jobben, um eure Zeit voll und ganz dieser Beschäftigung widmen zu können. Wie kam es dazu?

Ernst Lohoff Das war eigentlich gar keine bewusste Entscheidung. Es war eher so, dass wir uns als Gruppe außerhalb der Uni konstituiert haben. Das war damals gar nicht so unüblich, denn es gab halt noch eine außerakademische Linke mit theoretischem Anspruch, die Ausläufer der sogenannten neuen sozialen Bewegungen. Aber es lag auch an unserer inhaltlichen Ausrichtung, mit der wir uns eigentlich schon von vornherein für den akademischen Betrieb disqualifiziert hätten: Uns ging es ja um die Beschäftigung mit Marx und seiner Werttheorie, was damals an der Uni einfach nicht mehr angesagt war. Nachdem das in den 70er Jahren hoch und runter diskutiert wurde und wir total antizyklisch wieder damit anfangen, hat man nur abgewunken. Die Frage mit der Universität hat sich daher gar nicht gestellt für uns – die wenigen Posten, die es gab, waren vergeben und der große Hype ging in eine ganz andere Richtung. Vor allem dekonstruktivistische Theorien waren damals angesagt.

Norbert Trenkle Daneben gab es noch den lebensweltlichen Aspekt. Viele in unserer Generation waren in linken Bewegungen sozialisiert und wollten den Lebensentwurf unserer Elterngeneration nicht leben – 40 Stunden fordistisch im Betrieb, für immer eingebunden sein im gleichen Job über Jahrzehnte. Das war für uns eine Horravorstellung. Es war also auch eine Entscheidung dafür, etwas zu machen was für dich einen Sinn hat, wo aber nicht dein Lebensunterhalt dranhängt, sondern wo du versuchst, dich anderweitig durchzuschlagen. Das ging damals noch besser, nicht nur wegen dem Arbeitslosengeld, das leichter zu bekommen war als

heute. Du könntest auch von einem Teilzeitjob ganz passabel leben. Natürlich nicht mit einem riesigen Konsum, den haben wir sowieso nicht gewollt, aber du kamst gut über die Runden und das hat gereicht.

diskus Mehr Zeit abseits von der Lohnarbeit für Bildungs- und Theoriearbeit zu gewinnen war also vor allem eine pragmatische Entscheidung. Stand dahinter nicht auch eine inhaltliche Erwägung, die mit der Arbeitskritik von Krisis zusammenhängt?

Ernst Lohoff Die explizite, theoretisch begründete Arbeitskritik haben wir erst später, Anfang der 1990er Jahre entwickelt. Aber sie lag von Anfang an in der Luft. Allerdings war eine arbeitskritische Haltung damals auch kein Alleinstellungsmerkmal unserer Gruppe, sondern relativ weit verbreitet in der Linken. Und ein bisschen war es auch der Zeitgeist, zumindest in einem bestimmten sozialen Segment, wo die sogenannte Krise der Arbeitsgesellschaft auch breit diskutiert wurde.

diskus Würdet ihr sagen, dass es in der Linken damals noch selbstverständlicher war, sich außerhalb der Universität (im erweiterten Sinne) zu organisieren als heute?

Norbert Trenkle Auf jeden Fall! Da gab es ein ganzes Spektrum von linken Zeitschriften, die durchaus einen hohen theoretischen Anspruch hatten, darunter auch solche, die zumindest teilweise versuchten über die traditionelle Linke hinauszugehen. Zum Beispiel die »Kritik und Krise« der Initiative Sozialistisches Forum (ISF) aus Freiburg, die Zeitschrift »links« des Sozialistischen Büros oder »Autonomie« und »Wildcat« aus dem operaistischen Spektrum.

diskus Ist das denn ein Anspruch, der sich heute noch so einlösen lässt? Ihr habt ja schon gesagt, dass sich die Bedingungen für eine halbwegs fundierte Theoriearbeit abseits der Lohnarbeit verändert haben. Inwiefern ist es heute noch realistisch, die Arbeitslosigkeit für bessere Theoriearbeit zu nutzen?

Ernst Lohoff Da ich noch immer mit dem Sozialstaat zu tun habe, kann ich auch aus eigener Erfahrung sagen, dass sich die Bedingungen endlos verschärft haben. Die Spielräume damals waren sehr viel größer, denn da stand der große neoliberale Schub noch bevor. Außerdem ist das nicht nur eine objektive Frage, sondern hängt auch damit zusammen, in welchem Kontext du dich selbst bewegst, also wieder die lebensweltliche Komponente.

Norbert Trenkle Gerade in den 80er Jahren war es wirklich ein verbreiteter Lebensentwurf, zu sagen: »Ich schaue, wie ich mich durchschlage, versuche es über Sozialknete und mache ansonsten, was mich interessiert«. Das konnten auch kulturelle oder soziale Projekte sein oder irgendwelche individuellen Interessen. Jedenfalls gab es einen bestimmten sozialen Kontext, in den man eingebunden war.

Ernst Lohoff Zum 30. Geburtstag hat man in unseren Kreisen normalerweise ein Buch gekriegt, ich habe den Autor vergessen, das hatte die schöne Überschrift »Über die Nutzlosigkeit, erwachsen zu werden«. Da ging es darum, irgendwie herum zu jobben ohne sich mit der Arbeit zu identifizieren und sonst die Sachen zu machen, die einem wichtig sind. Die Einstellung gegen das Leistungskonzept war schon sehr präsent und hat eine gewisse Stimmung wiedergegeben in diesem Gesellschaftssegment.

diskus Hat dann die Art und Weise, so Theoriearbeit zu machen, auch mit vorgegeben, was euch inhaltlich beschäftigt?

Ernst Lohoff Negativ gesprochen hat es uns Freiheitsspielräume gegeben, die wir sonst nicht gehabt hätten. Wenn wir im akademischen Betrieb gewesen wären, hätten wir nicht so grundsätzlich Marx neu durchkauen können. Da sind alle gerade ganz woanders hingegangen und die übrig gebliebenen Marxisten hielten es fast durchgängig für Blödsinn, was wir machten. Was wir da angefangen haben, war also zunächst einmal ein völliges Minderheitenprogramm, etwas, das uns völlig isoliert hat. Das wäre im akademischen Betrieb vollkommen resonanzfrei geblieben.

Norbert Trenkle Im Gegenteil sogar! Nicht nur resonanzfrei, sondern es gab auch eine sehr starke Abwehr im akademischen Betrieb. Unsere Texte waren schon bekannt und zirkulierten auch dort. Es gab so bestimmte Bücher, insbesondere Robert Kurz' *Der Kollaps der Modernisierung*, das wurde quasi notgedrungen auch breit diskutiert im akademischen Apparat. Aber alle anderen Sachen, das meiste, das wir sonst so publiziert haben, wurde aktiv abgewehrt. Das passte einfach nicht in die Zeit. Denn der eine Trend war der Poststrukturalismus und das andere waren die übrig gebliebenen Linken, die versuchten, den traditionellen marxistischen Ansatz mit Gramsci, Poulantzas oder

postmodernen Elementen aufzupeppen und wieder salonfähig zu machen. Da passten wir überhaupt nicht ins Konzept. Und was natürlich auch durchgängig abgewehrt wurde, war unsere Krisentheorie, also unsere Diagnose, dass der Kapitalismus an seine absoluten Grenzen stößt. In den 90er Jahren erschien das zunächst völlig unplausibel, weil es da gerade losging mit dem weltwirtschaftlichen Boom, der durch die Akkumulation des fiktiven Kapitals getragen wurde.

diskus Hat sich an dieser Abwehr bis heute etwas geändert? Zumindest oberflächlich betrachtet gab es ja an den Universitäten ein Stück weit ein Revival von Marx. Zumindest in Form von soziologischen Ungleichheitsanalysen, in denen sich wieder häufiger auf Marx bezogen wird. Habt ihr das Gefühl, dass es mittlerweile eine stärkere inhaltliche Offenheit gibt?

Ernst Lohoff Es ist teilweise eine Generationsfrage. Die alten marxistischen Knochen haben den Abwehrreflex verinnerlicht. Bei den jüngeren Leuten sieht es aber anders aus. Übrigens hat Krisis selbst auch eine gewisse Akademisierung durchgemacht, denn die jungen Leute, die in den letzten Jahren dazugekommen sind, bewegen sich vorwiegend im universitären Rahmen. Daran merkt man schon, dass unsere Theorie jetzt nicht mehr so antizyklisch ist, sondern der aktuellen historischen Situation entgegenkommt, in der man Orientierung sucht. Das gilt erst recht im nichtdeutschen Raum: Da wurden wir sowieso immer schon eher im akademischen Bereich wahrgenommen, weil es so ein breites Spektrum von außerakademischen Theorieprojekten in den meisten anderen Ländern nie gegeben hat. In Lateinamerika zum Beispiel waren sie immer völlig baff, dass wir nicht an der Uni sind und dort lehren. Das wurde dort stillschweigend vorausgesetzt.

diskus Eben ist die Akademisierung von Krisis schon angeklungen. Diese Entwicklung betrifft vermutlich die Linke insgesamt. Wie verändert sie konkret eure Arbeit? Welche Gefahren seht ihr? Es liegt ja nahe, dass die Akademisierung auch etwas am Charakter der Theorie verändert.

Norbert Trenkle Gefahren gibt es sicher. Es ist aber einfach so, dass der außerakademische Theorieraum doch sehr prekär geworden ist und sehr ausgedünnt wurde. Daher ist es verständlich, dass theorieaffine Leute versuchen, sich im akademischen Betrieb einzurichten. Aber auch da sind die Zwänge ja nicht weniger geworden. Es gibt einen Anpassungsdruck, eine Publikationskonkurrenz und allerlei formale Verpflichtungen. Aber sicher gibt es auch gewisse Freiräume die man nutzen kann. In den letzten 15 bis 20 Jahren, war sogar Kapitalismuskritik wieder in einem gewissen Rahmen an den Unis möglich,

anders als in den 1990er Jahren. Ich glaube aber, dass wir gerade an einem Wendepunkt sind, wo sich durch den rechten Vormarsch die Bedingungen wieder deutlich verschlechtern werden. Man sieht es in den USA gerade ganz akut, aber zeitverzögert wird das auch hier ankommen.

diskus Meine persönliche Beobachtung ist, dass sich mit der Akademisierung auch die Haltbarkeit von linken Organisationen und Zusammenhängen verkürzt hat: Häufig ist es so, dass Arbeitskreise, Zeitschriften, oder politische Gruppen zwischen Studierenden entstehen und dann, sobald diese Leute keine Studierenden mehr sind, auch wieder zerbrechen. Das war vermutlich in Zusammenhängen die nicht so eng an die Lebenswelt der Universität gekoppelt waren nicht so. Was macht man mit dieser Analyse? Braucht es eine »De-Akademisierung« der Linken? Oder ist das eher ein Schritt zurück als nach vorne?

Ernst Lohoff Na ja, also ich sehe die Akademisierung erst einmal als Reflex auf die Schwäche der sozialen Bewegungen: Es gibt diesen außerakademischen Raum der theoretischen Arbeit eben nicht mehr. Nun haben wir eigentlich ein Doppelproblem: Dieser staatsgeschützte Raum der Universität birgt bereits Widersprüche für linke Theoriearbeit, aber jetzt bricht selbst der zunehmend weg. Das liegt neben dem Aufschwung der Rechten auch an den Sparmaßnahmen der letzten Jahrzehnte. Die Rahmenbedingungen für linke Theoriearbeit können sich nur durch die Entstehung einer neuen sozialen Bewegung wieder verbessern. Dann könnte das Erkämpfen von Freiräumen selbst eine politische Forderung sein. Aber diese soziale Bewegung gibt es im Moment eben nicht. Insofern fällt mir jetzt nichts Optimistisches zu dem Thema ein. Vielmehr habe ich die Befürchtung, dass sich die Frage nach der Akademisierung linker Theoriearbeit in einigen Jahren gar nicht mehr stellen wird. In den USA wird der Wissenschaftsbetrieb bereits abgewickelt.

diskus Ich glaube aber, dass die Notwendigkeit einer außerakademischen Bildungsarbeit in der radikalen Linken heute wieder vermehrt gesehen wird. Beispielsweise orientieren sich manche wieder an klassisch-sozialistischen Theoriebeständen der zweiten und dritten Internationale. Das zeigt sich auch an den Organisationsformen: Entweder man geht direkt zum Parteaufbau über oder es wird mittels zivilgesellschaftlicher Projekte versucht die Grundlage einer neuen Klassenpolitik zu schaffen. Ihr hingegen spricht ja dauernd von einer »sozialen Bewegung«, innerhalb der Bildungsarbeit stattfinden müsste, aber ich nehme stark an, dass ihr damit etwas anderes als Klassenkampf und Parteaufbau meint?

Norbert Trenkle Natürlich denke ich, dass die außerakademische Bildungsarbeit, im Sinne einer Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, ein wichtiger Bestandteil jeder sozialen Bewegung ist, die mehr sein will als nur eine Einpunktbewegung. So allgemein gesagt, ist das natürlich richtig, allerdings besteht die Frage, in welcher Form man diese Bildungsarbeit macht und mit welcher Orientierung. Den Parteaufbau halte ich für einen völlig verfehlten Ansatz, weil das ganze Konzept der Partei überhaupt nicht mehr in die heutige gesellschaftliche Situation passt. Außerdem werden ja in der Regel nicht nur die alten Organisationsformen aufgegriffen, sondern eben auch die Inhalte der traditionellen Linken. Das halte ich für eine Sackgasse.

Ernst Lohoff Ja, mein Problem ist diese historische Analogisierung. Du hast in jeder größeren Bewegung verschiedene Elemente: Du hast ein Element sozialer Selbstorganisation und ein Element von allgemeinen gesellschaftlichen Forderungen. Beispielsweise hatte der Kampf um den Acht-Stunden-Tag in der alten Arbeiterbewegung, über Jahrzehnte und länderübergreifend eine synthetisierende Funktion. Und du hattest eben auch eine alternative Welterklärung, also auch eine eigene Theorie. Nun gibt es heutzutage mit der Frage, wie diese beiden Dinge zusammenkommen können, ein massives Problem. Die alte Arbeiterbewegung stützte sich auf ein Sozialmilieu von Menschen mit ähnlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, die in der bürgerlichen Gesellschaft nicht vollwertig anerkannt waren. Das verband sie und war Grundlage für gemeinsame Kämpfe und eine gemeinsame Weltdeutung. Anders als damals ist der Ausgangspunkt heute aber eine extreme Individualisierung. Das Verbindende ist also nicht schon gegeben, sondern muss erst geschaffen werden. Mir fehlt im Augenblick auch noch ein bisschen Fantasie, wie das funktionieren kann, aber ich denke, es wird ein Stück weit von den politischen Forderungen ausgehen müssen: Die synthetisierende Wirkung muss durch politische Forderungen erzeugt werden. Diese Forderungen müssen auf einen polarisierenden gesellschaftlichen Konflikt im Rahmen der kapitalistischen Krisenentwicklung zielen.

diskus Ihr meint also linke Organisation sollte nicht von einem gemeinsamen sozialen Milieu oder einer gemeinsamen Alltagserfahrung ausgehen, sondern von politischen Forderungen oder Interpretationsmustern die an ein bereits bestehendes Krisenbewusstsein ansetzen können?

Norbert Trenkle Natürlich muss jede soziale Bewegung auch an Alltagserfahrungen anknüpfen. Nur macht es eben einen Unterschied, wenn die Alltagserfahrung aus Individualisierung und allgemeiner Konkurrenz besteht. Dann muss die Anstrengung erstmal darauf gerichtet werden, überhaupt

wieder solidarische Zusammenhänge zu schaffen – das ist dann selber schon Inhalt der Politik. Es geht letztlich um die Entwicklung neuer Beziehungsweisen. Das ist etwas anderes als die Alltagserfahrung in einem gemeinsamen Milieu, die durch die Massenarbeit geprägt ist. Das ist aber nicht nur eine organisatorische Frage, sondern es ergeben sich auch andere Forderungen und Zielsetzungen daraus.

diskus Nochmal zurück zu Krisis: Wie kann dann kollektive Theoriearbeit heute noch funktionieren?

Norbert Trenkle Das ist eine schwierige Frage. So wie wir uns konstituiert haben und wie wir Theorie entwickelt haben, funktioniert es heute zumindest nicht mehr. Wir versuchen deshalb eine Kontinuität herzustellen, indem wir auch viel Bildungsarbeit, in Form von Online-Formaten, Sommercamps und Seminaren machen. Dieses Bildungsangebot richtet sich momentan vor allem an ein theorieaffines Publikum. Aber wie sich das Projekt Krisis weiterführen lässt ist wirklich eine schwierige Frage, auf die ich jetzt keine Antwort habe. Ich denke, es wird nur im Rahmen einer hoffentlich sich formierenden neuen sozialen Bewegung überleben.

Ernst Lohoff Wobei wir natürlich auch mit der Theorie ein Stück weit dazu mitwirken sollen und müssen, dass sich so eine Bewegung formiert. Theorie darf nicht nur so eine *L'art pour l'art*-Veranstaltung sein, sondern muss in letzter Instanz ein Veränderungsprogramm darstellen. Wie sich das konkret übersetzt, ist schwierig, weil all die Probleme, über die wir geredet haben, die stellen sich natürlich auch jetzt intern. Die Lebensentwürfe, die Norbert oder ich da hingelegt haben, die sind biografisch für die meisten, die heute dabei sind, nicht realistisch. Heute wechselt die Besetzung der Gruppe schneller als früher und es gibt nicht mehr den starken Verbindlichkeitsgrad. Das hat Vor- und Nachteile.

diskus Das klingt nicht sehr optimistisch...

Norbert Trenkle Es gibt leider auch viel Rückentwicklung, Regression in der Linken selber, die ich in der Weise nicht erwartet hätte. Vor allem die Reorientierung am traditionellen Klassenkampf-Marxismus bis hin zum stumpfen Stalinismus. Da fragen wir uns schon, was haben wir eigentlich erreicht? Man kommt sich ein bisschen vor wie in so einer Schleife: Wir haben uns damals abgearbeitet an den traditionellen Marxisten. Für uns, die aus den neuen sozialen Bewegungen kamen, waren die aus der Steinzeit, wir haben mit Genuss gegen die angekämpft. So hat sich unsere Gruppe damals konstituiert und jetzt, 40 Jahre später, kommt das wieder. Das ist schon etwas frustrierend.

Ernst Lohoff Vor allem die Renaissance des Klassenkampfdenkens finde ich extrem ernüchternd. Ich habe 1989 mit Robert Kurz zusammen einen Text geschrieben, mit dem Titel »Der Klassenkampf-Fetisch«. Heute wird das wieder ganz selbstverständlich vertreten, als hätte es die Kritik nie gegeben.

diskus Ich bin mir aber unsicher, ob die Dominanz postmoderner Weltanschauungen, die es vor der Rückkehr des traditionellen Marxismus in der radikalen Linken gab, so viel progressiver war. Aber natürlich ist es fragwürdig, wie progressiv ein Marxismus sein kann, der nur daraus besteht, alte Glaubenssätze aufzuwärmen. Spontan fällt mir dazu ein Beispiel ein: Bei der *Kommunistischen Organisation* (KO) – eine der wiederbelebten K-Gruppen – kann man jetzt den »Studiengang Kommunismus« studieren. Es gibt sogar verschiedene Module, in denen man dann lernt den Marxismus-Leninismus richtig »anzuwenden«. Davon abgesehen, dass sich die Akademisierung der Linken hier ironischerweise schon in der Begrifflichkeit zeigt, klingt das nach einem sehr instrumentellen Theorieverständnis: Wirklichkeit erkennt man, indem man sich die überlieferten Glaubenssätze nur genug reinprügelt.

Norbert Trenkle Ein zentraler Kritikpunkt von uns in den 80er Jahren, sowohl am traditionellen Marxismus als auch an den neuen sozialen Bewegungen, war auch dieser instrumentelle Theoriebezug. Man nimmt nicht die Theorie selbst ernst als eine Sphäre der Reflexion über die Gesellschaft. Sondern man greift einfach nur Denkguren aus dem Theoriekorpus heraus und wendet sie plump an, so wie du das gerade beschrieben hast. Das war schon unsere Kritik damals in den 80er Jahren, sowohl an der Linken als auch an den sozialen Bewegungen. So gesehen hat unsere Position nicht an Aktualität eingebüßt.





UNTER DEM PRESSLUFTHAMMER

Heinz J. Heydorns
Kritische Bildungstheorie

IDA HUNGER

NACH DER VERÖFFENTLICHUNG DER ERGEBNISSE DER NEUESTEN PISA-STUDIE WAR IN DEN MEDIEN DIE REDE VON EINEM PISA-SCHOCK UND PROMPT WURDE DAZU EINE BILDUNGSKATASTROPHE ATTESTIERT- DIE BRD SCHNITT SO SCHLECHT AB WIE NIE ZUVOR. VERANTWORTLICHE WURDEN GESUCHT ODER DIE SCHULD DIREKT TIKTOK ZUGESCHOBEN. AM ENDE BLIEB DER STETS HILFLOSE SCHREI NACH EINER REFORMIERUNG DER BILDUNG, UM ALLES WIEDER AUF DEN RICHTIGEN KURS ZU BRINGEN. DOCH WAS BEDEUTET DAS EIGENTLICH, BILDUNG?

Drehen wir die Uhr um ungefähr ein halbes Jahrhundert zurück. Georg Picht, Pädagoge und Mitglied im Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, hatte bereits 1964, unter anderem in Folge des Sputnikschocks¹ und der im internationalen Vergleich relativ geringen Bildungsausgaben des Staats, die bundesrepublikanische Bildungskatastrophe ausgerufen. Der Westen hatte Nachholbedarf. Große Hoffnungen lagen auf der sozial-liberalen Koalition ab 1969: Unter Modernisierungsdruck auf dem Bildungssektor und in genereller bildungspolitischer Aufbruchsstimmung sollte das Schulwesen flächendeckend reformiert werden – bis die Gelder im Zuge der Ölkrise 1973 knapp wurden. Ein wichtiger Aspekt dieser Reform, die Gesamtschule, wurde aber noch eingeführt und ist bis heute erhalten geblieben.

Im Ringen um die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die die Studierendenbewegung um 1968 forderte, wurde, auch seitens der Linken, Hoffnung auf diese Einführung der Gesamtschule gesetzt: gemeinsames Lernen, Erleichterung von sozialem Aufstieg und Abschied von elitärem Bildungsbürgertum, das sich im humanistischen Gymnasium reproduziere. Während das dreigliedrige

Schulsystem die Klassenstruktur der Gesellschaft perpetuiere, solle die neue Schulform Gleichheit für Alle schaffen. Doch es gab auch skeptische Stimmen: War die Gesamtschule nicht nur der neueste Trick des Monopolkapitalismus, Arbeitskräfte für den Fordismus zu dressieren? Bildungsreformen wie die Einführung der Gesamtschule wurden innerhalb der Linken also gemischt aufgenommen: Obwohl die Reformen emanzipatorische Ideen einbezogen, zielten sie stets auf ökonomische Funktionalität. Darin wurde der Widerspruch zwischen Bildung und Herrschaft, Affirmation und Emanzipation deutlich.

Bildung wurde und wird in Mainstream-Diskussionen gern dargestellt, als sei sie von Erkenntnisinteresse und Mündigkeitsbestreben geleitet. In einem funktionalistischen Verständnis soll sie Lernende während der Schulzeit jedoch primär auf den Arbeitsmarkt vorbereiten und ihnen die Grundlagen geben, produktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden. In einem solchen, verkürzten Begriff von Bildung liegt der Fokus auf Verwertbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Lernende sollen an die bestehende Gesellschaft angepasst werden, statt Machtstrukturen und Ungleichheiten zu hinterfragen. Eine kritische Theorie der Bildung befragt den Bildungsbegriff und –prozess hingegen als Mittel von individueller und kollektiver Emanzipation. Sie untersucht, inwiefern Bildung Herrschaftsstrukturen reproduziert und wie diese überwunden werden können. Ziel von Bildung soll hier gerade nicht

sein, Inhalte passiv zu übernehmen, sondern sich aktiv mit diesen auseinanderzusetzen. Bildung stellt somit einen politischen Akt dar – sie ist mit gesellschaftlichem Wandel verknüpft, kann herrschaftsstabilisierend oder transformativ wirken.

KRITISCHE BILDUNGSTHEORIE IN FRANKFURT

Auch in Frankfurt wurde unter diesen Vorzeichen über Bildungsfragen gestritten. Theodor W. Adornos Vortrag »Theorie der Halbbildung« oder sein Billigen des Polizeieinsatzes in Reaktion auf die studentische Institutsbesetzung² haben dabei einen Platz in der kollektiven Wahrnehmung des Frankfurter Campus zur Zeit der 68er-Bewegung eingenommen. Adornos anderweitig solidarisches Handeln wird heute bei weitem nicht so stark erinnert. Neben ihm gab es weitere, mittlerweile in Vergessenheit geratene Lehrende, die sich rege für studentische Anliegen einsetzten und sich an deren Kämpfen beteiligten. So auch der damalige Professor für Erziehungs- und Bildungswesen an der Goethe-Universität, Heinz-Joachim Heydorn, Begründer der Kritischen Bildungstheorie. Er ließ häufig der linken Bewegung seine Stimme: auf Ostermärschen, Vietnam-Protesten, gegen eine Amnestie der NS-VerbrecherInnen oder als Mitbegründer des SDS mischte er in emanzipatorischen Bewegungen mit – fundierte diese mit seinen Texten aber auch theoretisch. Während Adorno heute international bekannt ist, findet Heydorn als Schlüsselfigur der Tradition kritischer Pädagogik vielleicht noch in Vorlesungen zur Einführung in die Bildungswissenschaften Erwähnung, ist ansonsten aber in der Versenkung verschwunden. Dabei bietet die Kritische Bildungstheorie Heydorns einen reichhaltigen, im historischen Materialismus fundierten Bildungsbegriff, verbunden mit einem festen Glauben an die Möglichkeit einer befreiten Gesellschaft.

Die Bezeichnung »Kritische Bildungstheorie« suggeriert einen Arbeitszusammenhang und engen Austausch mit den Vertreter_innen der Kritischen Theorie, eine Nähe war aber vor allem geografisch gegeben. Heydorn und Horkheimer tauschten zwar gelegentlich Urlaubsgrüße und Neujahrswünsche aus und vereinbarten Treffen,³ allerdings gibt es über eine Radiodiskussion zu Adornos Vortrag »Tabus über dem Lehrerberuf«⁴ hinaus keine Zeugnisse von Zusammenarbeit. Und das, obwohl sich Heydorns Bildungstheorie und die Kritische Theorie auch systematisch nahestehen: Sein Ansatz stellt eine bildungstheoretische Erweiterung der Sozialphilosophie der Kritischen Theorie dar.

Heinz-Joachim Heydorn wurde 1916 in Altona geboren und wuchs in einer großbürgerlichen Familie auf. Er studierte Philosophie, Sinologie und Anglistik, leistete NS-Arbeits- und Wehrdienst, desertierte schließlich 1944 und wurde in Abwesenheit durch ein Kriegsgericht zum Tode verurteilt.

	Verlag der Kritik www.ca-ira.net
Pólemos Heft 10 2025, 40 Seiten, ISBN 978-3-86259-805-2	
Theodor Bergmann dann fangen wir von vorne an Ein Film über Theodor Bergmann (Über)Leben eines kritischen Kommunisten im 20. Jahrhundert Film, 80 Min., ISBN 978-3-86259-194-7	
Dirk Braunstein Adornos Kritik der politischen Ökonomie 2025, 464 Seiten, ISBN 978-3-86259-189-3	
Vladimir Jankélévitch Der Geist des Widerstands Politische Interventionen. 1943–1983 2025, 256 Seiten, ISBN 978-3-86259-191-6	
Alain Finkielkraut Revisionismus von links Überlegungen zur Frage des Genozids 2024, 204 Seiten, ISBN 978-3-86259-151-0	
Aus der Vorschau	
sans phrase Heft 25 2025, 240 Seiten, ISBN 978-3-86259-925-7	
Gerhard Scheit Für Israel 2025, 496 Seiten, ISBN 978-3-86259-196-1	

Nach Kriegsende kehrte er zurück und setzte sich für einen demokratischen Aufbau der BRD ein, engagierte sich in der Lehrerbildung und in sozialen Bewegungen.

Sowohl Adorno als auch Heydorn widmeten sich in Teilen ihrer Arbeiten der Analyse und Kritik von Geschichte und Gegenwart der Bildung. Während es Adorno um die Ohnmacht ging, stellte Heydorn die Macht der Bildung heraus: Adorno wies auf das Affirmative hin, das selbst in Kritik und Widerstand enthalten ist, Heydorn auf die Risse und Brüche in den scheinbar so festgefügteten Gesellschaftsverhältnissen.⁵ Adorno fokussierte sich auf die Kulturindustrie, Heydorn auf formelle Bildung an Schulen und Universitäten.

Entsprechend zentral ist in Heydorns Texten der humanistische Bildungsbegriff, den er von darüberegelegten Reformschichten befreien und für die Gegenwart neu fassen wollte. Das war alles andere als selbstverständlich, denn dieser war in der pädagogischen Diskussion der 1960er und 1970er Jahre stark umstritten: Er galt einerseits als veraltet und sollte durch Empirie-taugliche Begriffe wie Lernen oder Sozialisation ersetzt werden. Andererseits wurde kritisiert, dass er die bestehenden Verhältnisse affirmiere – Begriffe wie Kommunikation, Interaktion und Qualifikation seien angemessener. Und hatte nicht die humanistische Bildung zwei Weltkriege und den Faschismus zugelassen?⁶

DEN BILDUNGSBEGRIFF RETTEN

Humanistische Bildung orientiert sich stark an Wilhelm von Humboldt, der im Zuge der Bewegung des Neuhumanismus im 18. Jahrhundert seine Bildungstheorie aufstellte. Im Neuhumanismus wurde die antike Philosophie des Humanismus aufgegriffen und damit die Frage nach idealer Subjektwerdung. Dabei spielte Bildung eine zentrale Rolle. Im humboldtschen Bildungsbegriff steht die Entfaltung der individuellen menschlichen Persönlichkeit in Wechselwirkung mit der Welt im Zentrum der Überlegungen: In diesem Spannungsfeld von Individuum und Außenwelt entstehe Bildung. Erstmals wird hier Emanzipation kollektiv angelegt – daran galt es für Heydorn festzuhalten, während die Aspekte des neuhumanistischen Bildungsbegriffs, die diesen in der bürgerlichen Klassengesellschaft situierten, zu überwinden waren.

Heydorn kritisierte die konservative Pädagogik des 20. Jahrhunderts, die Humboldts humanistischen Bildungsbegriff als individualistisch, entpolitisiert und von der ökonomischen Sphäre abgelöst rezipierte, aber auch allzu naive, antiautoritäre Konzepte. Diese erliegen ihm zufolge einer Illusion von Selbstbefreiung jenseits gesellschaftlicher Reproduktionszwänge und ohne Auseinandersetzung mit ihrem geschichtlichen Erbe. Denn wie auch Adorno⁷ ging Heydorn davon aus, dass eine gewisse Anpassung innerhalb eines Systems notwendig ist. Eine

kritische Position bedeutete für ihn daher nicht, bloß unangepasst zu sein, sondern die gegebene Anpassungsnotwendigkeit und die sozialen Strukturen, in denen die Einzelnen sich bewegen, zu reflektieren.

In diesem Sinne war der von Humboldt entfaltete humanistische Bildungsbegriff für Heydorn unersetzbar. Heydorns Projekt war daher die Rettung des Bildungsbegriffs im doppelten Sinne: Einerseits vor der bildungsbürgerlich-verschulerten deutschen Bildungsdebatte, die die emanzipatorischen Ansätze des Neuhumanismus zu einer kulturverschurbelten, irrational-esoterischen Schulmeistertheorie korrumpiert hatte. Die Bildung im Faschismus war für ihn nur die »letzte Konsequenz«⁸ aus dem vorherrschenden Bildungsverständnis, welches im »brüchigen, elitären Neuhumanismus« seinen Anfang nahm und auf das auch die Reformbewegung nur ein »Reflex des gesellschaftlichen Irrationalismus« darstelle. Das Moment der Faschisierung sei gerade erkennbar in der Zerstörung der humanistischen Bildungsidee und ihrer Ersetzung durch einen Bildungsfunktionalismus, der hörige Individuen produzieren soll. Andererseits rettete Heydorn das humanistische Ideal auch vor der Vereinfachung des Bildungsbegriffs von links. Es galt vielmehr, dessen emanzipatorisches Potenzial freizulegen: frei von verkürzten Vorstellungen davon, was Humanismus gewesen war und entgegen einer Verabschiedung der humanistischen Tradition zugunsten von Verwertbarkeit.

BILDUNGSREFORMEN – UNGLEICHHEIT FÜR ALLE

Heydorn bezog somit Stellung gegen die technokratische Bildungsreform der sozialdemokratischen Bildungspolitik, die auf Effizienz, Standardisierung und Anpassung an wirtschaftliche und technologische Erfordernisse ausgerichtet war und in ihrer verstärkten Orientierung an naturwissenschaftlichen und technischen Fächern Schüler_innen für die Bedürfnisse einer modernen Wirtschaft qualifizieren sollte – und sprach sich ebenso gegen die Begrüßung dieser Reformen durch die linke Bildungsexpansionsbewegung aus. Er war von Beginn an ein scharfer Kritiker der Gesamtschule. So argumentierte er in seinem Text *Ungleichheit für Alle*, dass die Gesamtschule Gleichheit verspricht, dieses Versprechen jedoch nicht einlöst – und so lediglich Ungleichheit für alle organisiert. Heydorns Diagnose: Die Idee der Gesamtschule mag zwar emanzipatorische Ursprünge gehabt haben. Eingeführt wurde sie aber nicht, weil die linke Bewegung ihre Forderungen durchsetzen konnte, sondern aufgrund ökonomischer Faktoren. Doch nicht nur deswegen: Da im bisherigen, dreigliedrigen System die immanenten Widersprüche im Spannungsfeld von Bildung und Herrschaft immer deutlicher wurden, musste Abhilfe geschaffen werden: »Es ist offenbar, daß die herrschenden Kräfte bereit sind, einschneidende

Veränderungen im Bereich der Bildungsinstitutionen zuzulassen; auf diesem Gebiet, aber nur auf diesem, soll die Revolution stattfinden.«⁹ Dabei war der Auftrag, in Hessen die Gesamtschule einzuführen, dem ehemaligen Direktor des Instituts für Sozialforschung, nun hessischen Kultusminister, Ludwig von Friedeburg, gegeben worden. Nachdem die hessische SPD jedoch 1970 ihre absolute Mehrheit verlor, konnte die Schulreform von seinem Nachfolger nur in abgeschwächter Form umgesetzt werden, von der nun keine starke demokratisierende Wirkung mehr zu erwarten war.¹⁰ Aus einer angespannten, sozial bewegten Stimmung sollte der Druck genommen und das System stabilisiert werden – mit Bildungsreformen sollte die 68er Bewegung befriedet werden. Heydorn beobachtete dies und schloss: Die Linke sollte sich hiermit nicht abspesen lassen!

EMANZIPATORISCHE FUNKENSCHLÄGE

Bildung ist gesellschaftlich bedingt. Sie hat damit zunächst eine affirmative Funktion und bringt reale und ideologische Bedürfnisse der Gesellschaft zur Wirkung¹¹, denn die Reproduktion von Gesellschaft erfordert die über Bildung vermittelte Weitergabe von Rationalität.¹²

Doch gerade in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit lag für Heydorn das emanzipatorische Potenzial von Bildung: Die affirmative Reproduktion der bestehenden Verhältnisse durch die Bildungseinrichtungen ist nicht bruchlos umzusetzen, da für die Selbsterhaltung der Verhältnisse die Förderung des freien Denkens und der Kreativität der Menschen notwendig ist. Kapitalismus ist auf Innovation angewiesen – Produkte sind zu vermarkten, Problemlagen zu meistern. Das System muss also immer auch seine Kritiker_innen nähren: »Ist Schule Unterwerfung, so ist sie zugleich Teil einer notwendigen Unterwerfung, die Voraussetzung aller Befreiung ist.«¹³ Heydorn schrieb Bildung die Macht zu, die Hermetik der Verhältnisse aufzubrechen – egal, wie festgefahren die Situation auch scheinen mag. Bildung birgt stets ein Potenzial der Überschreitung der ursprünglichen Intention, sie kann Momente der Reflexivität freisetzen, die sich nicht mehr einhegen lassen.

Dies ist der Widerspruch von Bildung und Herrschaft: Freiheit kann Bildung nicht ausgetrieben werden – sie ist deren Bedingung. So liegt dem bestehenden System als fester Bestandteil das Potenzial seiner Auflösung inne: »Im Unterworfenen liegt die Möglichkeit seiner Aufhebung: die Geschichte verschenkt nichts.«¹⁴ Bildung muss sich ihrer eigenen Widersprüchlichkeit bewusstwerden und als »Unruhe des Geistes«¹⁵ manifest werden, um zur Grundlage für produktiven Widerstand werden zu können.

Das Ziel von kritischer Bildung war für Heydorn Bewusstseinsbildung und das Aufbrechen gesellschaftskonformer Verdinglichung.¹⁶ Bildungstheorie wurde mit Heydorn so zu einem Instrument des Widerstands und ermöglicht uns, Bildung über ihre affirmative Funktionsbestimmung hinaus zu denken. Bildungseinrichtungen sind damit stets potenzielle Keimzellen von kritischer Haltung und Auflehnung gegen die Verhältnisse – dass sie dies in der Vergangenheit nicht unbedingt waren, determiniert nicht ihre Zukunft, verleugnet nicht ihre unutilgbaren Möglichkeiten.

Die Kapazitäten des Systems, Menschen und deren Bewusstsein zu integrieren, sind massiv. Heydorn fordert uns dennoch auf, potenzielle Ansatzpunkte zu reflektieren, revolutionäre Impulse zu erkennen und zu nutzen. Mit der Abhängigkeit des Systems von institutionalisierter Bildung wurde diese ab Einführung der Schulpflicht zunehmend auch Arbeiter_innenkindern zugänglich gemacht. Immer mehr Menschen erhalten die Möglichkeit zur Bewusstseinsbildung und damit die Grundausstattung für ein Verändern der Gesellschaft – Bildung bedingt so die Möglichkeit von Revolution. Heydorn warf seinen Blick auf die Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamiken und eröffnete so eine Perspektive auf die Zukunft. Er imaginierte den Menschen als tätiges Wesen, das gestaltend in seine Umwelt eingreift: »Der Mensch ist Werkzeugmacher und Träumer, Arbeiter und Künstler, universeller Gestalter seiner selbst«¹⁷. Dabei gehen Widerstand und Emanzipation nicht auf in Selbstvervollkommnung, sondern sind immer auch kollektiv.

DIE GESCHLOSSENE TÜR EINSCHLAGEN

Doch wie lässt sich ein Bildungssystem, ein Bildungsbegriff entlang der Kritik und nicht der Affirmation und Anpassung begründen? Wenn jede Kritik Affirmation und Anpassung benötigt, wie halten Bildung und Bildungssystem ein Moment des Nicht-darin-Aufgehens und Darüber-Hinausweisens offen? Aus der Analyse der Kritischen Bildungstheorie folgt: Es ist für eine Veränderung der Gesellschaft unerlässlich, bildungspolitisch ein Bewusstsein über die Verhältnisse zu erzeugen. Pädagogik kann bereits heute, im Rahmen des Bestehenden, eine Gegengesellschaft ermöglichen.¹⁸ Diese bildet die Grundlage für revolutionäre Veränderung.



Die Kritische Bildungstheorie erlebte eine kurze Hochphase, wick dann aber rasch einer neo-konservativen und empirischen Wende der Pädagogik in den späten 70er Jahren. Heinz-Joachim Heydorn verstarb 1974 plötzlich, nach Jahren unermüdlichen Engagements und Lehrtätigkeit. Ein halbes Jahrhundert später ist die Bewahrung und Aktualisierung seines Erbes desto notwendiger. Denn wie kein anderer hat Heydorn die marxistische

Heydorn schrieb 1969: »Wo sich das Bewußtsein erfährt, erfährt es sich unter dem Preßlufthammer, oft unter dem Eindruck beispielloser Verein-samung, die Kluft zwischen der intellektuellen Minderheit und den Massen wird abgrundtief«¹⁹. Diese Situation hat sich seitdem weiter verschärft. Es gilt daher nach wie vor, in der verwalteten Welt Freiräume zu schaffen und Widerstand zu ermöglichen – auch und besonders an Schulen und anderen Bildungsstätten.

Grund-einsicht in seinem Bildungsbegriff auf den Punkt gebracht: Auch den kapitalistischen Gesell-schaften der Gegenwart wohnt noch ein dialekti-sches Moment inne, das diese Verhältnisse über sich hinaustreiben kann. Unsere Sorge sollte also nicht irgendwelchen PISA-Ergebnissen gelten, sondern der Tatsache, dass Bildung an ihrem Affirmations-potenzial gemessen wird. Bleiben wir wachsam.

*.notes

- 1 1957 schoss die Sowjetunion, zur großen Überraschung des Westens, erfolgreich den ersten künstlichen Satelliten, Sputnik 1, ins All. Vor allem die USA hatten nicht damit gerechnet, dass die UdSSR technisch bereits auf diesem Stand war und investierten nun unter anderem verstärkt in Bildung und Wissenschaft.
- 2 Im genannten Vortrag bespricht Adorno Halb-bildung als gesellschaftliche Tendenz, Bildung nicht als Streben nach Erkenntnis zu fassen, sondern als Mittel zum Zweck der Anpassung und des Staterhalts zu funktionali-sieren. Er schreibt von einer »Allgegenwart des entfremdeten Geistes« (THEODOR W. ADORNO, »Theorie der Halb-bildung«, in: Ders., Soziologische Schriften I. Gesammelte Schriften, Band 8, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main 2003, S. 93–121, hier: S. 93): Als am 31. Januar 1969 Studierende einen Seminarraum des Instituts für Sozialforschung besetzten und der Aufforderung, diesen zu verlassen, nicht Folge leisteten, verständigten die Direktoren Von Friedeburg und Adorno die Polizei. Infolge der Räumung kam es zur Klage gegen Adornos Doktoranden und SDS-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Krahl. Adorno setzte sich allerdings häufig für Studierendeninteressen ein, besonders bezüglich der Auf-arbeitung des Nationalsozialismus.
- 3 Nachzulesen in: Na 1 Nachlass Max Horkheimer, 291 – Korrespondenzen unter anderem mit Heinz Joachim Heydorn (p. V 82, 119–246), hier: S. 208–233. Online unter: <https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/horkheimer/content/titleinfo/3931759> [08.04.2025].
- 4 THEODOR W. ADORNO, HEINZ-JOACHIM HEYDORN, HELLMUT BECKER, »Diskussion über Adornos ›Tabus über dem Lehrerberuf‹« in: Pädagogische Korrespondenz, Stuttgart 2001, S. 32–44.
- 5 Vgl. WERNER SESINK, »Heydorn versus Adorno: Macht und/oder Ohnmacht der Bildung. Eine fiktive Kontroverse zwischen Kritischer Bildungstheorie und Kritischer Theorie«, in: Frank Ragutt, Franz Kaiser (Hrsg.), Menschlichkeit der Bildung, Paderborn 2016, S. 87–106, hier: S. 98.
- 6 Humanistischer Bildung als bisher vorherrschendem Bildungsideal wurde vorgeworfen, die Bildung der Generationen bestimmt zu haben, die später den National-sozialismus zu verantworten hatten.
- 7 THEODOR W. ADORNO, »Erziehung – wozu«, in: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main 1972, S. 105–199, hier: S. 108–109.
- 8 HEINZ-JOACHIM HEYDORN, »Ungleichheit für Alle«, in: Das Argument, 10 (1969), S. 361–388, hier: S. 361.
- 9 s.o. HEYDORN, »Ungleichheit für Alle«, S. 363.
- 10 MICHAEL SCHWANDT, Kritische Theorie. Eine Einführung, Stuttgart 2009, S. 228–229.
- 11 s.o. ADORNO, HEYDORN, BECKER, »Diskussion«, S. 171.
- 12 Vgl. EVA BORST, »Über die kritische Bildungstheorie Heinz-Joachim Heydorns«, in: Pädagogische Korrespondenz, 55 (2017), S. 17–29, hier: S. 25.
- 13 s.o. HEYDORN, »Zum Widerspruch im Bildungsprozess«, S. 153.
- 14 Ebd., S. 153.
- 15 HEINZ-JOACHIM HEYDORN, »Humanoira und Naturwissenschaften« (1968), in: Irmgard Heydorn, Hartmut Kappner, Gernot Koneffke, Edgar Weick (Hrsg.): Werke. Bd. 2, Wetzlar 2004, S. 106–108, hier: S. 106.
- 16 s.o. SESINK, »Heydorn versus Adorno«, S. 91.
- 17 HEINZ-JOACHIM HEYDORN, »Überleben durch Bildung. Umriss einer Aussicht« (1974), in: Irmgard Heydorn, Hartmut Kappner, Gernot Koneffke, Edgar Weick (Hrsg.): Werke Bd. 4, Wetzlar 2004, S. 254–273, hier: S. 263.
- 18 Vgl. s.o. HEYDORN, »Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs«, S. 144.
- 19 s.o. HEYDORN, »Ungleichheit für Alle«, S. 377.



ZWISCHEN GESTERN UND MORGEN

Wie sich mit einem politischen Utopie-Begriff kritisch in die Gegenwart und offen in die Zukunft blicken lässt.

FINJA FILZINGER

Wie kann man die neoliberale Gegenwart kritisieren, ohne dabei die Vergangenheit zu verklären und damit die Zukunft aufzugeben? Die Spannung zwischen der Realität der gegenwärtigen neoliberalen Hochschule und dem Ideal der Universität als politisch bildendem Raum kann zu einem sehnsüchtigen Blick in die Vergangenheit verleiten. Hat Horkheimer nicht schon alles gesagt? War das Ideal der Freiheit und des selbstbestimmten Lernens nicht früher einmal Wirklichkeit? War vor »Bologna« alles besser?

»Gebt Studihaus!« So fordern das gleichnamige Kollektiv und die studentische Selbstverwaltung der Frankfurter Universität die Errichtung des seit Jahren geplanten Studierendenhauses auf dem IG-Farben Campus. Dabei wird immer wieder prominent auf Max Horkheimer Bezug genommen, der zur Eröffnung des bestehenden Studierendenhauses den Anspruch formulierte, dieses solle der Erziehung einer mündigen, demokratischen und antifaschistischen Studierendenschaft dienen.¹ Mit der Rückbesinnung auf dieses Ideal soll die Hochschule heute als politischer Raum wiederbelebt beziehungsweise gegen das neoliberale Verständnis einer unternehmerischen Universität verteidigt werden. Politisch verhandelt der Protest für das Studierendenhaus das Verhältnis von Bildung, Emanzipation und Universität. Sprachlich setzt er Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Beziehung zueinander. Das Beispiel des Protests nehme ich als Ausgangspunkt, um im Folgenden über beide diese Verhältnisse allgemeiner nachzudenken.

NEOLIBERALE HALBBILDUNG

Das Verhältnis von Bildung und Emanzipation scheint keineswegs einfach kausal zu sein – zumindest in ihrer institutionalisierten Form führt Bildung weder zwangsläufig zu reflektierten Überzeugungen noch zu klugen Entscheidungen. Zugleich kann Bildung aber (und das wusste schon Horkheimer) mehr bedeuten als die Aneignung »wissenschaftlicher Verfahrensweisen«² und eine Anpassung an die Erfordernisse einer ungerechten Gesellschaft. Sie kann »das Glück des unabhängigen Denkens und das Bedürfnis nach Freiheit«³ sein, zu deren Erlernen gemeinschaftliche, kreative wie politische Betätigungen notwendig sind. Eine solche Bildung wiederum mag Emanzipation ermöglichen. Die dafür offenbar notwendige spezifische Arbeit braucht eine materielle Grundlage wie einen Ort. Und ein solcher Ort könnte die Universität sein. Neben diesem räumlichen Aspekt haben Bildung und Emanzipation auch eine zeitliche Dimension: Aus der Vergangenheit sollen Lehren gezogen werden; Bildung gilt als Investition in die Zukunft und Emanzipation als Befreiung aus der Enge der Gegenwart und von den Zwängen der Vergangenheit. Insgesamt lässt sich so folgern, dass die heutige neoliberalisierte Universität maßgeblich eine Bildung im ersten Sinne, und damit eine nur halbe Bildung, ermöglicht.

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen verweist der Begriff der Neoliberalisierung der Hochschulen auf verschiedene Dynamiken. Zu diesen gehören sowohl die Unterordnung unter die Logik der Wirtschaft und Finanzen, was eine neue Wissensordnung etabliert, als auch das Hervorbringen eines spezifischen, individualisierten Subjekts. In der neoliberalen Wissensordnung werden berufspraktische, arbeitsmarktaugliche Fähigkeiten und damit Konformität geschätzt. Es gilt das Recht auf abhängige Lohnarbeit, der Abschluss hat Marktwert, die eigene Freiheit ist die, den lukrativsten Studiengang zu wählen. Das neoliberale Individuum ist auf sich allein gestellt und eigens verantwortlich für seinen Erfolg und sein Scheitern an der gesetzten gesellschaftlichen Normalität. Paradoxe Weise wird, zum einen, eine wirtschaftslogische Normalität gesetzt und dabei die sozialen Ungleichheiten, die Individuen verschieden positionieren, nicht in den Blick genommen. Zum anderen richtet sich der Konformitätsdruck, die angestrebte Normierung, auf jede Einzelne, deren Lebenslage so zum persönlichen Schicksal wird.⁴

GUTE ALTE ZEIT

Wer seine Ideale so in der Vergangenheit verwirklicht sieht, mag diese als goldene Zeit begreifen und sich in sie zurücksehnen. Der Bezug auf Vergangenes erscheint dann wehmütig, die Gegenwart ist von Verlust geprägt und die Zukunft soll sich der

Vergangenheit annähern – man spricht von Nostalgie. Der Begriff, der diesen individuellen oder kollektiven Zustand erst zu einem Gegenstand der Betrachtung macht, ist ein neuzeitlicher.⁵ Und erst das 21. Jahrhundert beschreibt der Soziologe und Philosoph Zygmunt Baumann als »Zeitalter der Nostalgie«⁶.

Während das 20. Jahrhundert die Fortschritts-erzählung der Moderne als unhaltbar entlarvte, büßt spätestens mit der breiten Anerkennung des menschengemachten Klimawandels im 21. Jahrhundert die Zukunft generell an Anziehungskraft ein: Zugunsten einer Vergangenheit, in der Versprechen noch einlösbar zu sein schienen, wird sie ausgeblendet. So lässt sich Nostalgie als eine Reaktion auf die Ohnmachtserfahrung angesichts der Zukunft verstehen. Die Soziologin Alexandra Schauer etwa spricht von einem spätmodernen Verlust von Gestaltungsfantasien und Gestaltungsbe-wusstsein.⁷ Dieser Verlust schränkt die Handlungsmöglichkeiten ein: Wer keine Alternativen mehr sucht, macht Entscheidungen als solche unsichtbar. Sie erscheinen als Notwendigkeiten, die Anpassung zur einzigen Form der Selbsterhaltung werden lassen. Der nostalgische Blick verabschiedet diesen Handlungs- und Gestaltungsspielraum als vergangen und schließt das eigentlich Gewünschte damit ab. Praktisch geht es nie zurück – und nostalgisch nicht nach vorn.



Alberto Toscano
Spätfaschismus
 Rassismus, Kapitalismus
 und autoritäre Krisenpolitik

aus dem Englischen übersetzt
 von Jonathan Rößler

216 Seiten | 19,80 €
 ISBN 978-3-89771-636-5

Der Faschismus als ständiges Potenzial des rassistisch-patriarchalen Kapitalismus

Spätfaschismus ist das Nach- und Fortleben von Kolonialismus und Sklaverei, die autoritäre Freiheit des Siedlers und Soldaten. Er ist die antisemitische Scheinrevolte gegen die abstrakte Macht des Kapitals und die nostalgische Fantasie geschichtslos gewordener Gesellschaften. Er ist Genderpanik und Transfeindlichkeit. Er ist neoliberal und reaktionär. *Spätfaschismus* folgt keiner Anleitung und keiner historischen Analogie. Nur wenn er in seinen Widersprüchen und Wandlungen erkannt wird, kann er bekämpft und können ihm solidarische Lebensweisen entgegengesetzt werden.

Aus den Archiven antifaschistischen Denkens, von der Frankfurter Schule bis zum Schwarzen Abolitionismus (und vielen mehr) bringt Toscano die Elemente einer Faschismustheorie zutage, die diesen als gesellschaftliche Dynamik greifbar macht, die als ständiges Potenzial im Kapitalismus, bis heute überlebt.



NOSTALGIE REVISITED

So verstanden eröffnet Nostalgie zwar den Markt für Retro-Produkte, bleibt selbst aber unproduktiv. Sie idealisiert die Vergangenheit und kappt durch ihre selektive und vereinfachte Betrachtung zugleich deren tatsächliche Verbindung zur Gegenwart als historische Kontinuität. Die Kulturwissenschaftlerin und Künstlerin Svetlana Boym argumentiert dagegen, Nostalgie nicht nur retrospektiv zu verstehen, sondern auch ihren prospektiven Charakter anzuerkennen: Vorstellungen der Vergangenheit, die gegenwärtigen Bedürfnissen entspringen, hätten einen direkten Einfluss auf die Zukunft.⁸ Sie unterscheidet daher zwischen einer restaurativen Nostalgie, die das Verlorene wiederherzustellen verlangt, und einer reflexiven Nostalgie, die das Gefühl des Sehns selbst zum Ausgangspunkt des Nachdenkens und Gestaltens macht. Mit dieser Form der Nostalgie soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Ideale immer nur Bezugspunkt und nie konkrete Realität sind und so die Gefühle des Verlusts, des Sehns und der Ohnmacht gegenüber der immer fortschreitenden Zeit zur Grunderfahrung der Moderne gehören.

Die Auseinandersetzung mit dieser Grunderfahrung widerspricht der restaurativen Nostalgie, indem die Unwiederbringlichkeit des Vergangenen anerkannt wird. Wird Verlust als Hinweis auf eine stetige Veränderung des Bestehenden gedeutet, kann dieses als zumindest potenziell gestaltbar erkannt werden.⁹ Ideale der Vergangenheit, die fortwirken, können dann kreativ anstatt mit überholten Mitteln bearbeitet werden. Zudem weist das Sehnen selbst auf die Konstruktion der Vergangenheit hin, die wiederum in der Gegenwart stattfindet: Erinnerung gibt keine objektiven Tatsachen wieder, sondern findet aus einer bestimmten Perspektive heraus statt. Anstatt Idealvorstellungen in die Vergangenheit zu projizieren, können sie auch auf mögliche Zukünfte hindeuten. Diese Umstände scheint der Begriff der Nostalgie allerdings nur unzureichend zu fassen.

UTOPIE STATT NOSTALGIE

Statt also die Ideale in der Vergangenheit zu verorten und die Gegenwart als Abweichung von ihnen zu begreifen, lassen sie sich als Wegweiser in die Zukunft verstehen. Nicht die Trauer über ihren noch unverwirklichten Zustand, sondern das Glück an ihren Versprechen steht dann im Fokus. Indem solche Ideale ernstgenommen werden, stehen sie auch dem Credo der Alternativlosigkeit entgegen, das die Gegenwart als bestmögliche Realität vermarktet. So wird eine Ablehnung des Bestehenden möglich, die auf seine Transformation verweist – nicht als Restauration einer vermeintlich besseren Vergangenheit, sondern als Kreation einer schöneren Zukunft. Und damit heißt es: Utopie statt Nostalgie!

Dieser Vorschlag erscheint erklärungsbedürftig. Ist denn die Utopie nicht auch eine Art idealisierte Traumwelt? Wie soll sie aussehen? Und ist die Idee der Utopie nicht total outdated? Um zu erklären, weshalb die Utopie nicht davon abhängt, ob sie ausgemalt werden kann und wo stattdessen nach ihr gesucht werden kann, gehe ich auf drei Aspekte eines politischen Utopiebegriffs ein: ihre Bezugsgröße, ihre Form, und ihren Inhalt.

EIN POLITISCHER UTOPIE-BEGRIFF

Indem er sich nicht auf einen paradiesischen anderen Ort oder eine goldene, dabei womöglich vergangene Zeit bezieht, verwirft ein politischer Utopie-Begriff erstens die klassischen Zeit- und Raum-Utopien. In diesen wird das angestrebte Gute als starr und schon abgeschlossen imaginiert. Dabei bringt die Anerkennung dessen, dass Menschen immer in bestimmten sozialen und historischen Kontexten zu Subjekten werden, eine Unvollkommenheit dieser gesellschaftlichen Subjekte mit sich. Stets von einem bestimmten Standpunkt aus denkend und agierend muss es ihnen verwehrt sein, eine universell gültige Utopie zu entwerfen oder zu erkennen. Statt nur um den Weg zur Utopie geht es also darum, zwischen gegenwärtiger Misere und ungewisser Zukunft einen Gestaltungsraum zu erkennen und zu erkämpfen – die Offenheit des Werdenden und eigene Handlungsmöglichkeiten entschieden anzuerkennen und zu verteidigen, beziehungsweise kreativ auf diese hinzuwirken.

Zweitens geht die politische Utopie nicht in den klassischen Formen der literarischen Utopien, utopischen Bewegungen oder des utopischen Denkens auf. Denn obwohl Utopie als Ablehnung des Bestehenden und bezogen auf eine gestaltbare Zukunft zumindest auf den ersten Blick die Form des utopischen Denkens anzunehmen scheint, ist auch klar: Kritik findet nicht nur auf der Ebene der Theorie statt, sondern maßgeblich in der Praxis. Praktische

Kritik kann das Hinterfragen von Normen und vermeintlicher Normalität, das gemeinsame Erproben von Alternativen meinen. Sie bewegt sich damit zwischen der Entgrenztheit des Denkens und der Begrenztheit der Bewegung. Eine politische Utopie kann dann ein Orientierungspunkt des Handelns sein, zu dem sie motiviert. Entscheidungen, die sich in der alternativlosen Logik als Notwendigkeiten verkleiden, werden als solche aufgedeckt und der – auch in bürokratischen Strukturen – jeder Person zur Verfügung stehende Handlungsspielraum vermessen. Das ist radikal, denn einer Praktik des Verwaltens und der Bürokratie wird damit das Gestalten und Versuchen entgegengesetzt; dem Narrativ der Alternativlosigkeit zuwider ein Gestaltungsspielraum eröffnet.

Doch wie den erkämpften Raum nutzen, welchen Inhalten Gestalt verleihen? Auch wenn der hier vorgeschlagene Utopie-Begriff wie oben beschrieben von einer grundlegenden Offenheit ausgeht, lassen sich dennoch orientierende Normen benennen. Pauschal und gewollt vage gesagt: Utopien richten sich auf das bessere Leben – nur so sind sie von Dystopien abzugrenzen. Der Form der politischen Utopie folgend, kann das bessere Leben dabei nur aus der Praxis heraus entstehen – einer von verschiedenen, jeweils begrenzten Subjekten geteilten Praxis. Drittens lässt sich als Inhalt daher eine noch näher zu bestimmende emanzipatorische Kollektivität festhalten. Damit ist keine Gemeinschaft um ihrer selbst willen gemeint, sondern vielmehr das gemeinsame Suchen, Erproben und Erfahren, das Ringen um das gute Leben für alle, das notwendigerweise nur gemeinsam und nicht von Einzelnen möglich ist.

DAS RICHTIGE IM FALSCHEN

Der so konzipierte politische Utopie-Begriff verweist also auf Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume, auf praktische Kritik und kollektives, am Besseren orientiertes (Zu wider-) Handeln. Was bedeutet eine solche Utopie nun für das Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft? Und wie steht sie zu Bildung, Emanzipation, der Universität?

Um Antwort auf die erste Frage zu finden, lässt sich die umrissene Utopie mit Ernst Blochs Konzept der konkreten Utopie in Verbindung bringen. Auch Bloch geht es nicht um das utopische Bild eines besseren Zustands in einer anderen Zeit oder an einem anderen Ort, sondern eher um das Richtige im Falschen: Subjektives Wollen realisiert sich an objektiv-materiell ermöglichtem Können.¹⁰ Damit dieses subjektive Wollen allerdings nicht in Nostalgie aufgeht, wird das Bestehende – wie eng und starr es auch erscheinen mag – als reich an Alternativen von (noch) unverwirklichten Möglichkeiten aufgefasst. Um diese aufzudecken, lohnt laut Bloch immer wieder der Blick in die Vergangenheit: Welche historische Tendenz, welches Ideal ist heute zwar unverwirklicht, aber noch lebendig und lässt sich aufgreifen als Startpunkt für die Gestaltung der Zukunft?

Zur zweiten Frage lässt sich festhalten, dass Emanzipation und Bildung für die Utopie nicht nur Ideal, sondern zugleich bereits Praxis sind. Die Vergangenheit wird sich auf der Suche nach Handlungsräumen angeeignet, gemeinsam werden Alternativen zum Bestehenden diskutiert und ausprobiert. So steht die emanzipatorische Kollektivität der neoliberalen Normalität der Individualisierung entgegen; der Spaß gemeinsamer Aktivitäten ihren wirtschaftlichen Zwängen.

Schlussendlich geht es darum – und damit kommen wir zu Horkheimer und dem Studierendenhaus zurück – Räume offen und Zeit freizuhalten. Nur so kann sich zusammengefunden und das gesucht werden, was bei der Utopie eben im Vordergrund steht: das bessere Leben. Und dabei auch: die bessere Bildung. Solche Räume sollen keine utopischen Rückzugsorte in einem kaputten System sein, sie verweisen aber auf dessen Brüchigkeit und Kontingenz. Sie als konkrete politische Utopien zu deuten, stärkt ihre Position gegen die immer realer werdende Dystopie der unternehmerischen Universität. Aus der hier vorgestellten Perspektive erscheint die Hochschule (wieder) als gesellschaftlicher Raum besonderer politischer Dynamik, für den es sich zu kämpfen lohnt.

*.notes

- 1 Max Horkheimers Rede zur Eröffnung des Studierendenhauses 1953, zitiert nach der Lesung zum 70-jährigen Jubiläum desselben. Audioaufnahme online verfügbar auf dem Soundcloud-Account des Frankfurter ASTA unter dem #70jahrestudihaus.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 S. ULRICH BECK, »Jenseits von Stand und Klasse?«, in: Heike Solga, Justin Powell, Peter A. Berger (Hrsg.), Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Frankfurt, New York 2009, S. 221–237;
S. MICHEL FOUCAULT, »Die Mittel der guten Abrichtung«, in: Ders., Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt 1977, S. 220–250.
- 5 JOHANNES HOFER lenkte 1688 in seiner Dissertation seinen medizinischen Blick auf die kranken Körper schweizerischer Söldner und bezeichnete die spezifische Form des Heimwehs, die er an ihnen erkannte, als »Nostalgia« (Vgl. SVETLANA BOYM, *The Future of Nostalgia*, New York 2001, S. 3f.).
- 6 ZYGMUNT BAUMANN, *Retrotopia*, Berlin 2017, S. 9.
- 7 S. ALEXANDRA SCHAUER, *Mensch ohne Welt: eine Soziologie spätmoderner Vergesellschaftung*, Berlin 2023.
- 8 Vgl. BOYM, *The Future of Nostalgia*, S. XVI.
- 9 Vgl. SCHAUER, *Mensch ohne Welt*, S. 39.
- 10 S. ERNST BLOCH, *Das Prinzip Hoffnung in fünf Teilen*. Kapitel 1–32, 10. Auflage, Frankfurt a.M. 2016.

express

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84



Ausgabe 5/25 u.a.:

- Redaktion express: »Viel Enthusiasmus und einige Leerstellen« – zur Streikkonferenz in Berlin
- Gaston Kirsche: »Kein Lohn bei Krankheit« – Zara verweigert Lohnfortzahlung
- Heiner Dribbusch: »12 Jahre Streikkonferenz« – Ein kursorischer Rückblick
- Sebastian Borkowski: »Angriff auf die Arbeitszeit« – Tarifabschluss im Kfz-Handwerk
- Nadja Rakowitz: »Was glauben Sie denn, wer Sie sind?« – Zur Durchsetzung des KHVG
- Roland Erne: »Sind die Tragödien schon vergessen?« – Deregulierung der EU-Lieferkettenrichtlinie
- Lucas Rudolph: »Hoch die nationale Solidarität« – US-Gewerkschaften unterstützen Trumps Zollpolitik

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per eMail oder Telefon bestellen

ES GEHT VORAN



Ob eine künstliche Superintelligenz den Social Score der Menschheit für unzureichend befinden und sie ersetzen würde, wissen wir nicht. Aber wir bieten Ihnen jede Woche eine Zeitung, die Fehler in der Matrix aufspürt.



jungle.world



GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS
und jede Antisemitin!

Radiata

TRIMMERFUTTER SCHLEI ★

Genossen, Ideen
Mit
ZUR TAT



Fare Astor?

ARMIT

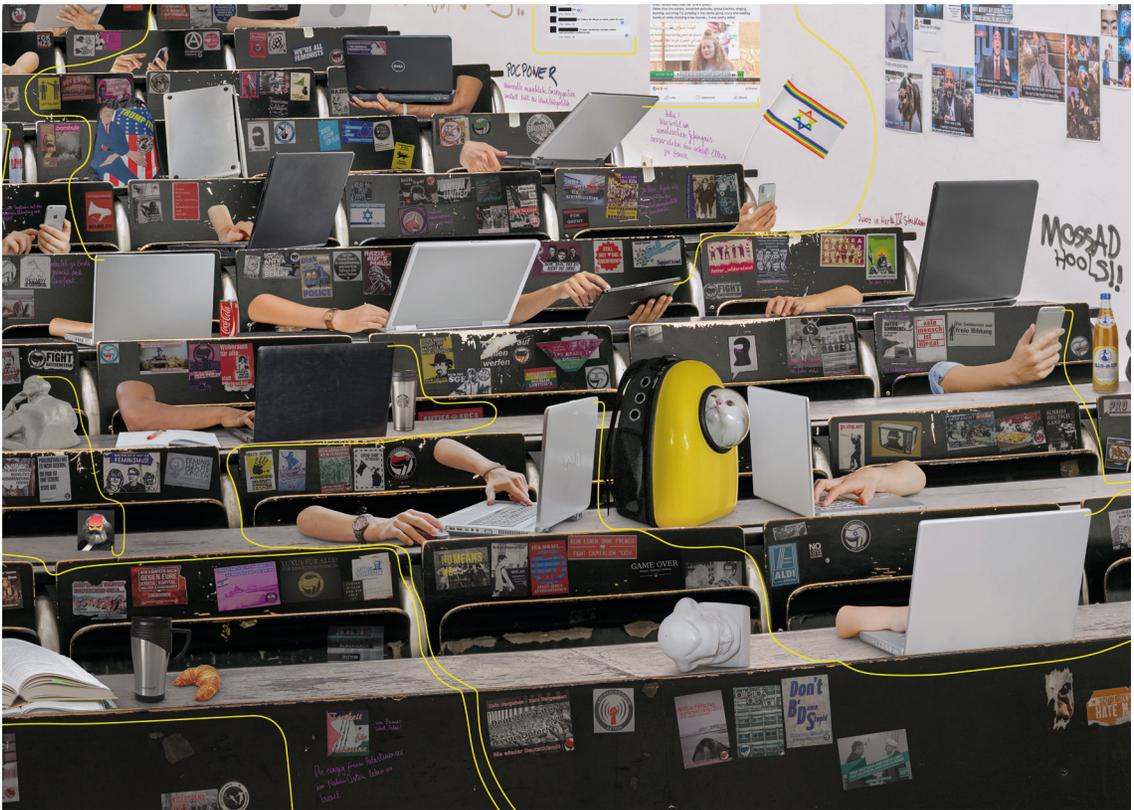
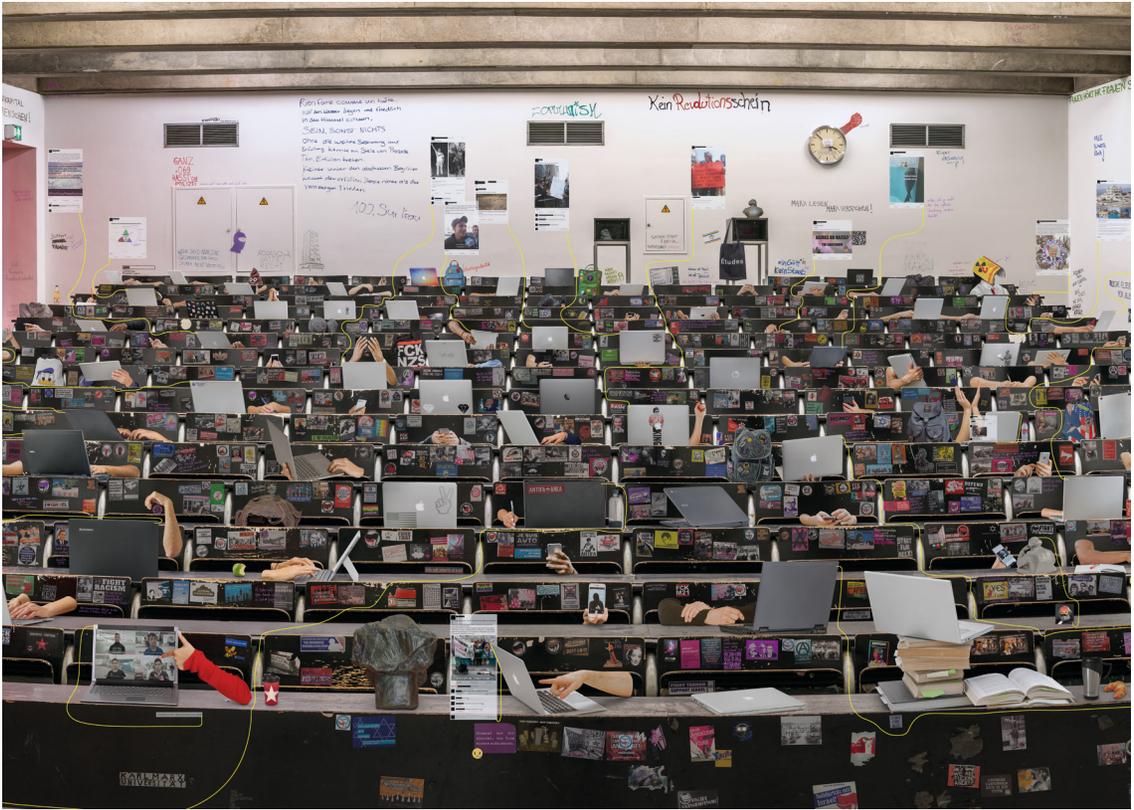


kritisches denken
braucht *und nimmt sich*
zeit & raum



RECHEN
LERNEN





IDEOLOGIEKRITISCHE STUDIEN

»Herr Professor, vor zwei Wochen schien die Welt
noch in Ordnung... A.: Mir nicht.«

920 x 500cm, 2018, Fotomontage

HOLGER WÜST

diskus Was ist Deine Verbindung zur Universität?
Und speziell zum alten Uni-Campus in Bockenheim –
hast Du da studiert?

Holger Wüst Ja, nach meinem Studium an der Städelschule habe ich von 2003 bis 2006 an der Goethe-Universität studiert – sowohl am Westend-Campus als auch in Bockenheim. Dann wurden für 2007 kurzzeitig allgemeine Studiengebühren in Hessen eingeführt, die ich mir damals nicht leisten konnte und wollte. Nachdem diese im darauffolgenden Jahr wieder abgeschafft wurden, erklärte man jedoch das Studium an der Städelschule zum Erststudium, was das weitere Einschreiben an der Goethe-Universität für mich noch teurer gemacht hätte. Somit war mein Sachzwang wieder Kunst zu machen, obwohl ich das eigentlich gar nicht mehr vorhatte.

Dann, 2013, plante ich zusammen mit Flo Maak eine Abschieds-Gruppenausstellung im AfE-Turm, in dem wir auch studiert hatten. Trotz großzügiger Förderungen kam diese leider nie zustande, da der nachfolgende Besitzer, die ABG Holding, uns unerfüllbare Auflagen stellte, die exakt den uns zugesicherten Betrag aufgefressen hätten.

diskus Was fällt Dir ein zum Thema »Linke an der Uni«? Auch in Bezug auf den alten Campus in Bockenheim: Findet im Austausch darüber eher eine nostalgische Verklärung des Gewesenen statt oder hat das doch einen wirklich utopischen Gehalt?

Holger Wüst Naja, ich habe da mittlerweile eher einen desillusionierten Blick drauf. Im Prinzip ist eine selbst nur negativ bestimmbare Utopie schon zu Zeiten einer vielleicht noch hoffnungsvollen »Neuen Linken« gestorben – trotz der immer impliziten Enttäuschbarkeit bei gleichzeitiger Machbarkeit eines

Utopiegedankens. Man denke nur an die Ereignisse von 1969 im Hörsaal VI gegen den israelischen Botschafter Asher Ben-Natan. Mit dem grassierenden Antisemitismus unter den damaligen Linken war schon zu jener Zeit die Hoffnung mehr als unsicher, dass für die kategorischen Imperative von Marx und Adorno eine Möglichkeit bestünde, sich jemals auch nur annähernd zu erfüllen.

Selbst bei einem nostalgischen Blick lassen sich die Risse und Abgründe der damaligen Studentenproteste kaum verklären – sollte man eigentlich denken. Aber seit dem 7. Oktober, seit revolutions-larpende Bürgerkinder an den (außer für Juden) Safe-Space-Elite-Unis auf der ganzen Welt Hamas und Hisbollah glorifizieren, weiß man, dass es immer noch schlimmer und absurder kommen kann.

Angeregt durch ihre hochdotierten und vielverlegten Professoren der postmodernen und postkolonialen Fächer bauen sie ihre von NGOs geförderten Campus-Protestcamps. Und wenn sie nicht für die palästinensische Sache gerade ausdrucks-tanzen, dann posten sie für ihre »Internet-Intifada« Insta-Info-Slides oder TikTok-Kurzvideos – mit gar keinem oder verfälschtem historischem Hintergrund. Alles gerne in verklausuliertem Diversitäts- und Menschenrechtsjargon. Sekundiert werden sie dabei – für ein bisschen mehr Street-Credibility – von ihren »etwas direkter« agierenden Muslimbrüder-Freunden von der Straße zur Unterstützung des gemeinsamen palästinensischen Blut-und-Boden-Volkstumskampfes.

Und das wird dann die zukünftige Professional-Managerial-Class-Elite an den Schalthebeln der staatlichen oder vorstaatlichen Institutionen. Der Jargon hat sich vielleicht verändert, der antisemitische Gehalt bleibt derselbe.

Die Aussichten sind nicht gut.

diskus Ist die Universität überhaupt der Ort, an dem eine Kritik am Ganzen formuliert werden kann? Oder fabriziert sie vor allem Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen und Distinktionsbedürfnissen – früher wie am Fließband und heute durch individuelles Schlüsselkompetenztraining?

Holger Wüst Wo, wenn nicht da, kann und sollte man auch über das ganz Andere nachdenken? Aber ohne mich aktuell besonders gut auszukennen, scheinen mir die Räume dafür seit dem Bologna-Prozess immer enger zu werden.

Gleichzeitig würde ich aber auch anmerken, dass man sich dabei nicht komplett von den Alltags-sorgen der Menschen außerhalb der Uni abkoppeln sollte – also auch immer die materielle Sichtweise mit einbezieht.

Mir kommt es manchmal so vor, dass man sich vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften oft mit selbst konstruierten Problemen befasst, die außerhalb der Uni eher für Kopfschütteln sorgen. Das mag das Resultat sein, dass man in seiner steuermittelfinanzierten und mit Zielvorgaben ausgestatteten Forschung die Konkurrenz an den Universitäten mit immer weitreichenderen Ideen im Kampf um Aufmerksamkeit übertrumpfen muss. Dies steht natürlich oft im Widerspruch zu den Interessen einer arbeitenden und steuerbelasteten Bevölkerung, deren Blick eher auf den Geldbeutel gerichtet ist als auf die Erfüllung neuester »sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse«.

Da man sein Auskommen ebenfalls sichern muss, aber keine wirklich benötigten Gebrauchsgegenstände produziert, versucht man, die unzureichende ökonomische Macht durch sein kulturelles Kapital auszugleichen. Und drängt dann in die Einflussbereiche von Kultur und Medien, um seine moralischen Vorgaben auch in Gesellschaft und Wirtschaft zu verankern. Das wird dort häufig – mangels Innovationskraft – gerne in Form von bewusstem Konsumieren und Produzieren aufgenommen, um sich besser und kritischer gegenüber seinen Mitmenschen oder seiner Konkurrenz zu gerieren.

Weltweit mag das mittlerweile wieder auf dem Rückzug sein – für Europa und Deutschland habe ich da aber meine Zweifel.

Ob ich die Frage jetzt wirklich beantwortet habe, weiß ich gar nicht.

diskus Wie kamst Du zu Deinen Motiven?

Holger Wüst Formal praktisch kombiniere ich selbst aufgenommene Fotos mit Bildern, die ich aus dem Internet klaue. In meinen letzten Arbeiten habe ich den Ort – einmal ein Hörsaal und zuletzt das Siemens-Areal in Offenbach – komplett selbst fotografiert und alles, was sonst im Bild ist, aus dem Netz zusammengesucht. Aber eigentlich habe ich da keine Vorgaben – es muss für meine Idee passen.

Inhaltlich geht es mir vor allem darum, gesellschaftliche Konfliktsituationen darzustellen, also wie sich die verschiedenen Vertreter zueinander verhalten oder eben auch nicht verhalten.

Dabei bin ich aber kein aktivistischer Künstler, der augenfällig seine Einstellung vermitteln will – obwohl man sicher einige Punkte erkennen kann –, sondern ich mache Kunst über Aktivismus und politische Positionskämpfe. Wichtig ist mir, Uneindeutigkeiten und Ambivalenzen mit einzubauen. Also thematisch die Bruchstellen zwischen dem Einfügen in Klischees, den Unstimmigkeiten in der eigenen Selbstbehauptung und den Widersprüchen lieb gewonnener Gewissheiten zu behandeln. Und die Auseinandersetzungen mit sich und seiner Umwelt dabei so in Szene zu setzen, wie sie ja häufig auch sind: mal unterstrichen mit peinlichem Revolutionspathos, mal mit spitzer Kritik und dazwischen hoffentlich auch mit nüchterner Analyse.

Politische Kunst oder Kunst, die ihr Themenfeld im Bereich des Politischen verortet, war und ist mir zu oft nur symbolisch-aktivistisch. Wenn man sich die Biennalen und Großausstellungen der letzten Jahre anschaut, waren da zu viele Arbeiten zu wenig ausgearbeitet und zu häufig rein bekenntnisorientiert.

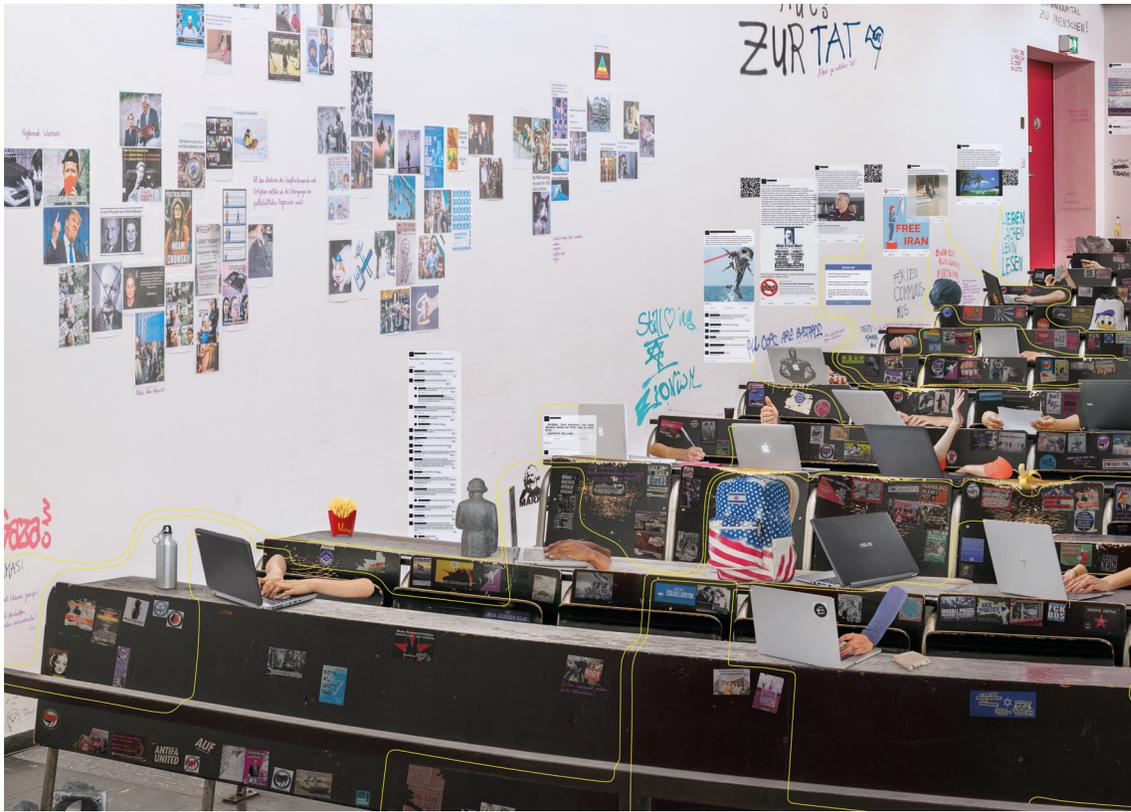
Ein zunehmend wichtiger Teilaspekt für mich ist, dass sich die jeweiligen Auseinandersetzungen immer stärker ins Netz verlagern. Daher beschäftigt mich die Frage, wie man das Internet als allgegenwärtigen und immer schon mitgedachten Teil unseres Lebens visuell gestalten kann – ohne dabei auf die stereotype Darstellung gelangweilt dazitzender, aufs Smartphone starrer Personen zurückzugreifen, die kaum über die Ästhetik von Stockfotos hinausgeht.

Zu der Arbeit hier im Heft: Es gibt ein Foto von Barbara Klemm an der U-Bahn-Haltestelle Bockenheimer Warte (kennen die Leser hier ja sicherlich), das einen aufgebrauchten Stimmungsmoment eines Kongresses in einem Vorlesungssaal zeigt, der in den 1970er-Jahren gebaut wurde. Ich wollte diesen historischen Raum mit aktueller Praxis verknüpfen – ein fiktiver Ort als eine Art Enzyklopädie von Kommunikationsformen, die zunehmend online abgewickelt werden.

Dem Titel der Arbeit ist ein Zitat aus Adornos letztem SPIEGEL-Interview »Keine Angst vor dem Elfenbeinturm« (1969) beigefügt: »Herr Professor, vor zwei Wochen schien die Welt noch in Ordnung...« – Adorno: »Mir nicht.«

Der Screenshot des ersten Satzes des Interviews ist dann zu einer Art Meme geworden – heute schon fast ein Klassiker.







Ich war die letzten 30 Tage gepopt. Habe ich was verpasst?



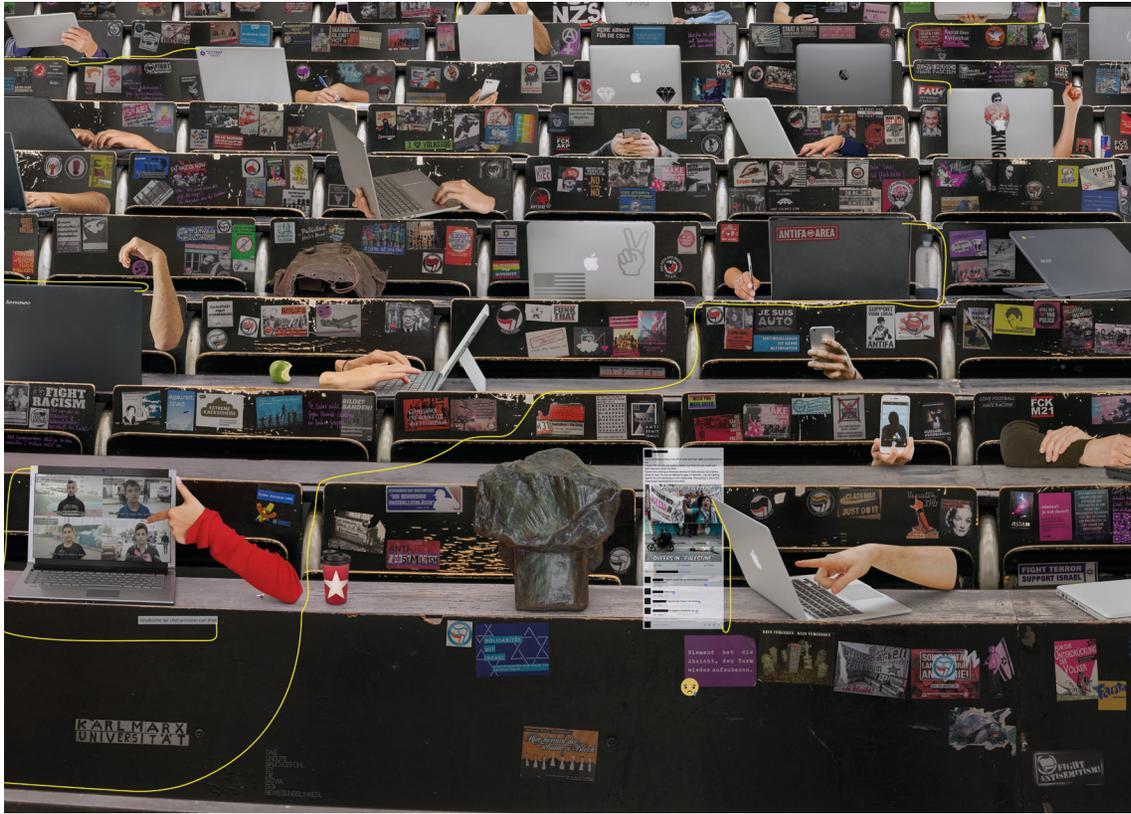
kritisches denken
braucht *und nimmt sich*
zeit & raum

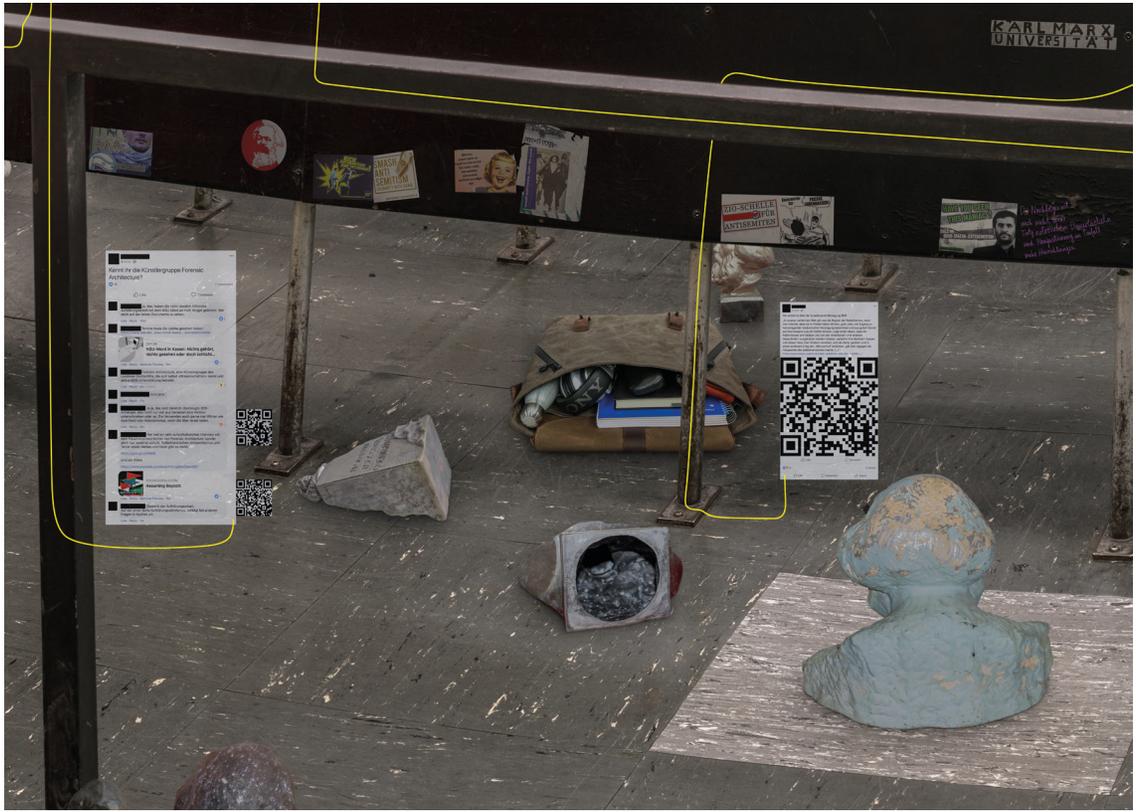


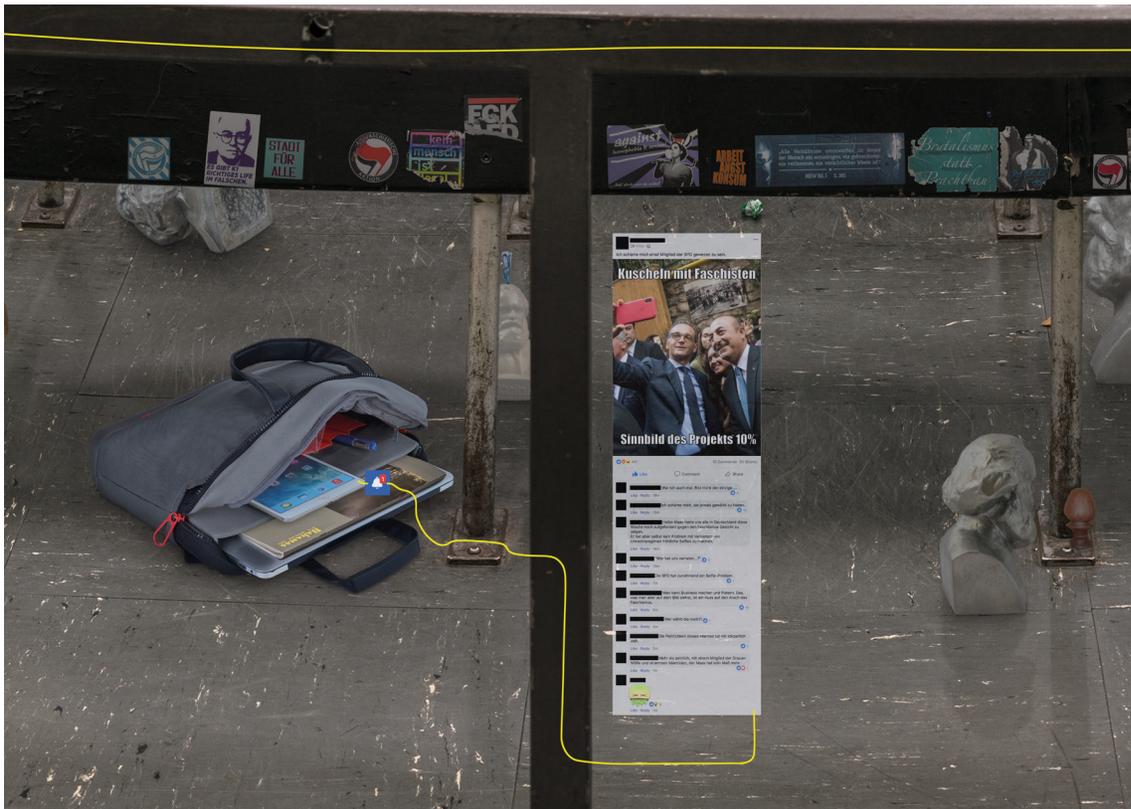
Strike
back

FRAUEN HÖR IHR FRAUEN SCHREIN, LAUFT DIE ANDRE NICHT ALLEIN, SCHLAGT DEM TYP DIE PRESSE EIN!









BILDUNG UND SOZIALISTISCHE ORGANISIERUNG

Ein Mailaustausch mit Christina Engelmann und
Alexander Kern von der Lernhilfe

diskus Sagt doch erstmal etwas zur Lernhilfe: Seit wann gibt es dieses Projekt? Wie viele Schüler_innen kommen vorbei? Wer organisiert das?

Lernhilfe Den ersten Standort unserer freien Lernhilfe in Frankfurt gibt es jetzt seit zwei Jahren. Wir haben ihn im Mai 2023 gemeinsam mit den *Falken SDJ*, einer sozialistischen Jugendorganisation, im Stadtviertel Riederwald eröffnet. Dort findet seitdem immer donnerstagnachmittags eine offene Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe statt, zu der in erster Linie die Schulkinder der nahegelegenen Grundschule kommen, aber auch Jugendliche aus höheren Jahrgangsstufen. Seit vergangenem Herbst kooperieren wir außerdem mit einer Mädchenwohngruppe im Riederwald. Die Schülerinnen, die von dort zu uns kommen, sind zwischen 14 und 18 Jahre alt und besuchen die Haupt- und Realschule. Hier gestaltet sich unsere Lernunterstützung nochmal anders als im klassischen Sinne von Nachhilfe. Im Vordergrund steht dann mehr, die Lust am gemeinsamen Lernen zu fördern und über den Alltag ins Gespräch zu kommen; das hilft einerseits, Orientierung und Struktur in den Alltag zu bringen und andererseits diejenigen sprachlich zu unterstützen, die nur geringe Deutschkenntnisse mitbringen. Im Riederwald sind es vier bis elf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die jede Woche in die Lernhilfe kommen. Das Betreuungsteam besteht aus acht ehrenamtlich Mitwirkenden. Zu Beginn waren es vor allem Sozialist_innen von den *Falken* oder der Kampagne für eine sozialistische Partei (*KSP*), mittlerweile sind mehrheitlich Ehrenamtliche und Personen aus dem Viertel dabei, die von unserem Angebot erfahren haben und sich vor Ort engagieren möchten. Inzwischen haben sich in einigen weiteren Städten wie Leipzig und Darmstadt Lernhilfen gegründet.

diskus Kommt ihr dort mit den Leuten auch über andere Themen als das Lernen ins Gespräch?

Lernhilfe Über politische Fragen und die *KSP* kommen wir indirekt ins Gespräch, etwa, wenn im Austausch in unserem Betreuungsteam und in Gesprächen mit Eltern Schwierigkeiten und Alltagsprobleme zur Sprache kommen, die sich über die Lernhilfe nur unzulänglich bewältigen lassen. In solchen Diskussionen können wir dann auf die Bedeutung aber auch die Grenzen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus im Kleinen verweisen: Denn eine umfassende Bildung, die eine Entfaltung der Fertigkeiten der Einzelnen und deren selbstbestimmte Lebensgestaltung bezweckt, ist unter den Bedingungen einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft nicht möglich. Unsere gesellschaftliche Aufbauarbeit zielt daher über die gegenwärtige Organisation der Gesellschaft hinaus auf eine sozialistische Politik, mit der wir grundlegend etwas an unseren Lebensverhältnissen ändern können. Die Lernhilfe ist Teil der Praxis, mit der wir uns zu Akteuren dieser gesellschaftlichen Veränderung ausbilden. Das kann aus unserer Sicht nur gelingen, wenn wir nicht allein mit Personen aus unserer Orga und Akademiker_innen von außen ein Angebot ins Viertel bringen, sondern wenn wir im Stadtteil selbst Personen gewinnen, die mitarbeiten. Und hier haben wir an unseren laufenden Standorten auch schon sehr positive Erfahrungen machen können.

diskus Könnt ihr uns zu dem ersten Punkt ein konkretes Beispiel aus eurer Praxis geben? In welche Richtung entwickelt sich das Gespräch mit Eltern, Betreuer_innen und Schüler_innen, wenn man im Rahmen der Lernhilfe auf individuell nicht zu lösende, politische Widersprüche stößt?

Lernhilfe An einem Nachmittag im Riederwald betreuten wir ein Grundschulkind, das sehr frustriert mit ihren Hausaufgaben zu uns kam und zunächst keine einzige Aufgabe davon richtig bearbeiten konnte. Als wir uns mit ihr hinsetzten und die Aufgaben durchgingen, merkten wir schnell, dass im Unterricht offensichtlich nur die Zeit gefehlt hatte, der Schülerin eine Regel zu erklären, durch die sie Aufgaben mit Leichtigkeit eigenständig und korrekt beantworten konnte. Wir unterhielten uns danach in unserem Team: Eine Betreuerin, pensionierte Grundschullehrerin, hatte dieser Fall sichtbar mitgenommen, weil er für sie exemplarisch dafür war, wie die Schule dazu beiträgt, die Freude am Lernen zu behindern, anstatt sie zu fördern. Sie berichtete von der Zeit als sie die Leitung ihrer Grundschule übernommen hatte und täglich mitbekam, wie Lehrer_innen aufgrund zu großer Klassen und dem streng nach Fächern aufgegliederten Stundenplan überfordert waren, und wie solche Hürden im Unterrichtsalltag dazu führten, dass nicht auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Schüler_innen Rücksicht genommen werden konnte. Über solche Missstände wurde im Kollegium aber kaum als etwas gesprochen, das auf tiefliegende Probleme in unserem Bildungssystem verweist und wogegen man gemeinsam eintreten könnte. In unserem Betreuungskreis waren wir uns einig, dass wir mit der Lernhilfe, wenn überhaupt, nur vereinzelt gegen solche Defizite angehen können und dass es einer grundlegenden Umgestaltung der Bildung bedürfte, um bessere Lernbedingungen im Interesse der Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Bei solchen Gelegenheiten ergibt es sich also wie von selbst, über strukturelle Ungleichheiten und Ausschlüsse zu sprechen.

diskus Die Lernhilfe will also ein soziales Projekt sein, aber doch auch ein politisches. Welches Potential seht ihr darin?

Lernhilfe Einerseits ist vielen von uns natürlich auch das soziale Moment von Bildungsarbeit ein zentrales Anliegen: Uns geht es an den konkreten Lernorten immer auch darum, den Menschen vor Ort zu helfen und mit ihnen gegen den Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse anzugehen, den viele spüren, gerade wenn sie aus migrantisierten und sogenannten bildungsfernen Schichten kommen. Unser Anliegen ist es dabei, Jugend- und Bildungsarbeit solidarisch und von unten zu organisieren. Andererseits ist uns auch die Herausforderung bewusst, nicht einfach bei Nachbarschaftshilfe stehenzubleiben, sondern über den Kontakt zu Initiativen, politischen Akteuren und Menschen vor Ort Räume aufzubauen, die unabhängig von staatlichen und kommerziellen Angeboten funktionieren und in denen wir uns gegenseitig beibringen, unsere Bildung, unser Lernen und Zusammenleben selbst in die Hand zu nehmen.

Wir knüpfen mit der Lernhilfe an das historische Vorbild der Arbeiterbildungsvereine an, die Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1920er Jahre ein wichtiger Bestandteil der Arbeiter_innenbewegung und ihrer Verankerung in der proletarischen Bevölkerung waren. Dabei wird vielleicht nicht auf den ersten Blick klar, was solche nicht-kommerziellen Bildungsangebote mit dem Ermöglichen sozialistischer Politik zu tun haben: Im Vordergrund steht hier erst einmal nicht wie bei Miet- und Arbeitskämpfen, kollektive Macht aufzubauen, um gemeinsam Interessen durchzusetzen und für eine Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu kämpfen. Jedoch kann es durch die Projekte gelingen, im Kleinen solidarische Gemeinschaften des Miteinander-Lernens zu stiften, was gerade in unserer atomisierten Gesellschaft wichtig ist, um überhaupt wieder Räume für eine gemeinsame politische Praxis zu schaffen. Und gerade solche Momente, in denen die Grenzen dieser Arbeit im Kleinen konkret erfahrbar werden, können dabei mobilisierende Wirkung entfalten und dazu beitragen, dass auch Personen, die zunächst mit dem Anliegen der Nachbarschaftshilfe bei uns eingestiegen sind, sich im Aktivismus mit uns zu Sozialist_innen bilden. Der Aufbau einer sozialistischen Partei erfordert demnach nicht, dass wir »linke Parolen« zu den Leuten tragen. Stattdessen braucht es eine aktive Zivilgesellschaft, die der Nährboden und Rückhalt jeder echten sozialistischen Politik ist.

diskus Und wie lautet euer Zwischenfazit dazu?

Lernhilfe Bis jetzt ist die Lernhilfe ein guter Einstieg in die Viertel. Durch unsere Praxisarbeit dort konnten wir schon viel über die Sozialstruktur, das Leben und die Probleme erfahren, mit denen sich die Bewohner_innen, vor allem die Eltern und Kinder aus der Arbeiter_innenschaft, und insbesondere Personen mit Migrationshintergrund herumschlagen müssen. Wir erhalten viel positive Rückmeldung von Eltern und Bildungseinrichtungen, die Arbeit ist also sehr sichtbar vor Ort und wird von den Menschen und Einrichtungen wertgeschätzt. Die größte Herausforderung sehen wir aktuell darin, genug Mitstreiter_innen zu gewinnen, um unsere Angebote weiter auszubauen und dem vorhandenen Bedarf gerecht zu werden. Im Optimalfall soll die Lernhilfe zu einem Ort werden, an dem Arbeit vergemeinschaftet wird, sodass es den Einzelnen Last von den Schultern nimmt, statt ein Ehrenamt zu sein, für das man sich extra Zeit nehmen muss.

diskus Bis hierhin klingt es beinahe so, als gäbe es – jenseits der Rekrutierung von Mitstreiter_innen – kaum wirkliche Probleme in eurem Projekt. Aber seht ihr nicht beispielsweise die Gefahr einer schrittweisen Entkopplung des (wie ihr es nennt) zivilgesellschaftlichen Aktivismus der Lernhilfe vor Ort von dem übergreifenden politischen Projekt der KSP? Kann es trotz aller Bemühungen nicht schnell passieren, dass die erstere zu einer entpolitisierten sozialen Dienstleistung wird?

Lernhilfe Die Entkopplung von Lernhilfe und KSP ist tatsächlich so gewollt. Am liebsten wäre es uns, wenn sich die Lernhilfen bundesweit zu Orten entwickeln, an denen die Menschen selbstständig zusammenkommen, um gemeinsam zu lernen. Es geht darum, zu ermöglichen, dass sich Menschen das gesellschaftliche Feld der Bildung wieder aneignen. Das wäre zunächst also tatsächlich »entpolitisiert«. Gleichzeitig soll es aber das gerade Gegenteil einer »Dienstleistung« sein. Es stimmt, dass die Lernhilfe momentan noch stark nach dem Modell funktioniert, dass Studierende oder Studierende zu Kindern oder jungen Erwachsenen eines Viertels gehen, um ihnen zu »helfen«. Das soll jedoch nach und nach weniger werden und es gibt hier auch schon vielversprechende Ansätze: Mittelfristig geht es darum, *gemeinsam zu lernen*.

Wir sind der Ansicht, dass es eine solche zivilgesellschaftliche Organisation braucht, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, irgendwann eine sozialistische Partei zu gründen, die dann innerhalb dieser Zivilgesellschaft werben kann. Eine solche Partei könnte dann sagen: »Die Lernhilfen organisieren Bildung besser als die staatlichen Schulen. Wir brauchen eine ganz andere Schule, einen ganz anderen Staat und die Menschen zeigen bereits in ihrer Praxis, dass wir solche veränderten gesellschaftlichen Strukturen aufbauen können!«

»MITTELFRISTIG GEHT ES DARUM, GEMEINSAM ZU LERNEN«

Wir müssen deshalb wegkommen von der Idee, dass die Lernhilfe selbst schon »politisch« in dem Sinne sein soll, dass es dort unmittelbar um linke Inhalte geht. Die Lernhilfe funktioniert dann perfekt, wenn die Leute dort voneinander Lesen, Schreiben, Mathe oder Geschichte lernen.

Aber weil ihr nach weiteren Problemen gefragt habt: Die ergeben sich in der Alltagspraxis natürlich immer. Wir sind beispielsweise auf unsere Kooperationspartner_innen angewiesen, die uns freundlicherweise Räume und Lernmaterial zur Verfügung stellen, da wir dafür keine ausreichenden eigenen Mittel haben. Hier ergeben sich natürlich auch Konfliktpotenziale. Bislang gab es keine größeren Schwierigkeiten, aber die *Falken*, mit denen wir im Riederwald kooperieren, mussten natürlich erst intern diskutieren, wer wir überhaupt sind und ob es Nachteile haben könnte, mit uns zusammenzuarbeiten. Oder ganz basal: Wenn mal jemand verschläft, der oder die den Schlüssel hat, haben wir ein Problem. Diese Abhängigkeit lässt sich aber auch produktiv wenden: Wir haben kein fertiges Hochglanzangebot, sondern wir laden dazu ein, gemeinsam Probleme anzugehen und lernen daraus für die weitere Arbeit, wenn mal etwas schiefgeht. Gerade in solchen Fällen, in denen ein neuer Standort im ersten Anlauf daran scheitert, dass wir keine geeigneten Räume dafür finden, kann so auch die Erfahrung gemacht werden, dass es in unserer Gesellschaft an kollektiv nutzbaren Lernräumen fehlt.

diskus In unserer Ausgabe geht es um die neoliberale Hochschule, aber auch um außeruniversitäre Bildung. Auf der Website der KSP spricht ihr von gesellschaftlichem Aufstieg durch Bildung. Welchen Stellenwert gebt ihr schulischer und universitärer Bildung? Und in welchem Verhältnis seht ihr Bildung und gesellschaftliche Emanzipation?

Lernhilfe Schon Wilhelm Liebknecht hat 1872 in einer Rede vor dem Dresdner Arbeiterbildungsverein *Wissen ist Macht – Macht ist Wissen* hervorgehoben, dass Bildungsprozesse immer eingebettet sind in die jeweiligen materiellen Bedingungen einer Gesellschaft und dass sie entsprechend auch vielfach den Machtinteressen der Herrschenden dienen. Wenn wir also Verhältnisse herstellen wollen, in denen es die Spaltung zwischen Herrschenden und Beherrschten nicht mehr gibt, ist es aus unserer Sicht zentral, die materiellen und intellektuellen Bedingungen zu schaffen, damit die Menschen selbst über die Organisation ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse bestimmen können.

Die bildungspolitischen Reformen der vergangenen Jahrzehnte bewirken jedoch ganz im Gegenteil immer größere Ungleichheiten in den Bildungsmöglichkeiten und darüber hinaus auch eine einseitige Ausrichtung von Bildung auf Kompetenzerwerb, um gegen den viel beklagten »Fachkräftemangel« anzugehen und die neue Generation auf ihre Rolle als Arbeitskräfte fürs Kapital vorzubereiten. Die Aufgabe von Bildung wird damit auf ihre Allokations- und Selektionsfunktion reduziert, der Zuweisung eines bestimmten Ortes in der Gesell-

schaft und damit der Sicherung von Klassenverhältnissen. Dadurch werden bestehende soziale Ungleichheiten reproduziert und Bildungsprozesse auf eine Weise strukturiert, die eigenständigem und kritischem Denken kaum noch Raum lässt. Die zu befürchtenden Kürzungen im Bildungsbe- reich infolge der sogenannten »Zeitenwende« und der schwarz-rote Koalitionsvertrag weisen in die selbe Richtung.

Wenn wir uns mit dieser Entwicklung nicht ein- fach abfinden wollen, uns gleichzeitig aber bewusst ist, keinen Einfluss auf die politischen Entsch- edungen der Bundesrepublik zu haben, gilt es aus unserer Sicht, Orte zu schaffen, an denen wir eine andere Bildungspraxis erproben können. Mit der Lernhilfe möchten wir dabei auch gegen die Verei- zelung und praktische Entmachtung der Menschen an- gehen, die durch die neoliberale Umstrukturie- rung aller Lebensbereiche und den von Social Media dominierten Alltag befördert werden. Wir wollen von- und miteinander lernen und Bildung nicht nur (im Sinne des »unternehmerischen Selbst«) als Bedingung des individuellen Fortkommens verste- hen, sondern als Medium, um für unsere gemein- samen Anliegen zu kämpfen. In Zeiten sich zuspit- zender Krisen, die die Existenzgrundlage von uns allen in rasanter Geschwindigkeit zu unterminie- ren drohen, wird gerade auch für junge Menschen erfahrbar, dass wir uns gegen die gesellschaftlichen Widersprüche nicht durch individuelle Bildungs- erfolge absichern können, sondern dass es einer grundlegenden Transformation unseres sozialen Zusammenlebens bedarf.

diskus Und zu guter Letzt: Seht ihr in diesem Ziel einer »grundlegenden Transformation« auch den fundamentalen Unterschied zur herkömmlichen organisierter linker Bildungsarbeit wie man sie etwa von Gewerkschaften und Stiftungen kennt? Oder gibt es noch andere Aspekte, die euch demgegen- über auszeichnen?

Lernhilfe In einem Wort: Ja. Manchmal klingen Linke heute so, als ließen sich die Versprechen gesellschaftlicher Emanzipation innerhalb des Kapi- talismus erkämpfen. Das glauben wir nicht. Aller- dings haben wir ansonsten gar kein starkes Abgren- zungsbedürfnis: Wir versuchen, in der Praxis mit möglichst vielen bestehenden Projekten linker Bil- dungsarbeit zusammenkommen.

Alles für alle!



Indigo Drau / Jonna Klick
Alles für alle
 Revolution als Commonisierung
 BLACK BOOKS, 248 S., 17,80 EUR,
 ISBN 3-89657-029-3

Das Buch sucht nach neuen Wegen in eine solidarische Gesellschaft. Bei Commons, in denen bereits heute selbst-organisiert jenseits von Markt und Staat Bedürfnisse verhandelt und befriedigt werden. Bei sozialen Bewegungen, die das Bestehende in Frage stellen und solidarische Beziehungen aufbauen.

«... ein schön geschriebenes, inspirierendes, hochspannendes und vor allem praktisches Buch über die Revolution...»
 Simon Sutterlütti in »analyse und kritik«, 17.9.2024

www.schmetterling-verlag.de

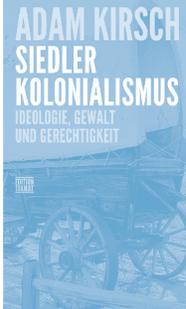
Ein Reader zum 80. Geburtstag Wolfgang Pohrts



512 Seiten, 26,- Euro

Dieses Buch ruft noch einmal in Erinnerung, dass es einmal jeman- den gab, dessen Gesellschafts- kritik auf der Höhe seiner Zeit war, und immer noch gelesen werden sollte, wenn man die noch junge Vergangenheit begreifen will, um einschätzen zu können, was noch alles auf einen zukommt.

Seit 10/7 macht ein neues Schlagwort die Runde: Siedler- kolonialismus. Es bezieht sich keineswegs nur auf jüdische Siedlungen außerhalb Israels, sondern auf den Staat selbst. Menschen europäischer Herkunft – denn als solche gelten Israelis in diesem Konzept – hätten kein Recht, irgendein Land anderswo in der Welt auf Kosten der dort lebenden Bevölkerung zu besiedeln.



200 Seiten, 24,- Euro

EDITION TIAMAT

www.edition-tiamat.de

KLEINE ANFRAGE

Liebe/r X,

die Frankfurter Studierendenzeitschrift *diskus* beschäftigt sich seit über 70 Jahren mit Debatten in der politischen Linken. Für unsere nächste Ausgabe haben wir uns das Thema Bildung vorgenommen. Unter anderem wollen wir uns die Frage stellen, was die Linke eigentlich fordert, wenn sie die Bildungsinstitution Universität kritisiert – beziehungsweise, was die Linke selbst überhaupt dort sucht. Dabei drängen sich uns verschiedene Gedanken auf:

Ist seit den Bologna-Prozessen für linke Akademiker_innen wirklich alles schlechter geworden oder läuft es nicht eigentlich ganz gut unter dem Label »kritisch«? Ist die Forderung nach mehr bezahlten Hochschulstellen ein bequemer Rückzug linker Politik aus der Praxis? Ist die Universität überhaupt der Ort, an dem eine Kritik am Ganzen formuliert werden kann, oder fabriziert sie vor allem Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen und Distinktionsbedürfnissen – früher wie am Fließband und heute durch individuelles Schlüsselkompetenztraining? Wozu fordern wir als Linke mehr Hochschulbildung für Alle?

Uns interessiert, was Du zu diesen Fragen denkst, der/die Du einen wichtigen Teil Deines Lebens an diesem eigenartigen Ort verbracht hast oder immer noch verbringst. Vielleicht fallen Dir ein paar Zeilen dazu ein: über enttäuschte oder erfüllte Erwartungen, über den Unterschied von damals und heute, über Alternativen, über eine andere Zukunft und welche Rolle die Uni beim Streit um diese spielen könnte. Kurzum, was bedeutet die Uni für Dich? Warum bist Du dortgeblieben – oder gegangen?

Wir würden uns über eine Antwort per Mail freuen, die wir in der Rubrik »Kleine Anfrage« unter Deinem Namen oder auf Wunsch anonym veröffentlichen würden.

Mit schönen Grüßen

diskus

Meine Beziehung zur Universität war durch Missverständnisse geprägt und sie hat auch nicht gehalten. Als ich 1961 bei der Abiturfeier gefragt wurde, was ich studieren wolle, antwortete ich: Geisteswissenschaften. Hätte man sich nach dem von mir ins Auge gefassten Abschluss erkundigt, hätte ich wie das durchgeknallte junge Mädchen in Ionescos Stück »Die Unterrichtsstunde« vor Begeisterung errötend geantwortet: das doctorat total. Unter der Universität stellte ich mir einen Ort vor, wo mit Blick auf das Ganze geforscht wurde. Jede Spezifikation, also jedes eigentliche Forschen, wäre ein Abstrich an dieser Absicht gewesen. Nachdenken war das richtige Programm und so kam ich, lange bevor ich das merkte – ich hielt es immer noch für Forschen –, in ein permanentes Nachdenken, schließlich über das Denken. Nicht mit der Uni, die mich sehr bald als sonderbar ausschied, habe ich eine Forschungseinheit gebildet, sondern mit dem zu entziffernden Text und dem Schreiben. Sehr viel später konnte ich ausgerechnet im Schulunterricht an meine ursprünglichen Vorstellungen vom Studium generale anknüpfen, vielleicht, weil der Sinn des Lernens und die Nutzlosigkeit des Wissens hier noch so nahe beieinander sind und die sokratische Identität von Kاپieren und Konstruieren mit Händen zu greifen ist. An die Universität denke ich jetzt, wo sich die Frage nach einer politischen Position stellt, gleichwohl mit einer gewissen Sehnsucht als an einen möglichen Ort für gemeinsames Nachdenken, weniger über das, was wir als Linke tun wollen, als vielmehr über das, was links jetzt, in diesem fürchterlichen Augenblick, heißt.

Ilse Bindseil

WUNDEN, VERWUNDERUNGEN, WUNDER – KRITISCHE WISSENSCHAFTEN NACH BOLOGNA

Als ich 2008 mein Studium aufnahm, hatte ich keine Ahnung von Bologna, von der Universität und ihren Strukturen, ich wusste nur, dass ich auf Bachelor studieren sollte, ins Ausland gehen sollte und dass Studiengebühren zwar scheiße waren, aber immerhin noch nicht so hoch wie in anderen Ländern. Auch 2008 lernte ich aber auch sehr schnell, was der Preis des Bachelorabschlusses war – nämlich ein durchgetaktetes Studium, das es kaum erlaubte, nicht in Regelstudienzeit abzuschließen geschweige denn auch noch ein Auslandsstudium zu bewerkstelligen und dass die Einführung der Studiengebühren durch und durch scheiße waren. Nicht alle Universitäten und Fachbereiche haben mit Blick auf die Ausgestaltung des Studienverlaufs so viele Freiräume bewahrt wie die Goethe-Universität. Wobei diese Freiräume inzwischen auch mehr und mehr von herausstechenden Einzelpersonen abhängen und institutionell lange nicht mehr so gewollt sind, wie vielleicht noch 2008. Als ich 2011 nach Frankfurt kam, war aber klar: Hier weht noch ein anderer Wind. Autonome Tutorien, »Kaffee, Kippe, Kommunismus« im Turm, klare Kante gegen Bologna und Vorträge im ivi. Es war wie eine Befreiung. Die Universität als Institution, als Ort zum Leben, Denken und Arbeiten hat mich von Beginn weg angezogen, in Frankfurt hat sie mich überwältigt. Wo sonst hätte ich mich hinwünschen sollen? Ich wollte bleiben. Und ich hatte die Möglichkeit zu bleiben und ich blieb. Bislang.

2025 bedeutet Universität (für mich) etwas ganz Anderes als 2008 oder 2011 und dies nicht nur, weil ich inzwischen promoviert und doch einigermaßen weit entfernt von meinen eigenen Studienzeiten bin und wir längst von Bockenheim ins Westend gezogen sind, sondern auch weil Bologna, Neoliberalisierung und Faschisierung heute ganz anders durchschlagen als noch vor wenigen Jahren. Vor zwei Jahren hätte ich auf die Frage, ob »kritische« Wissenschaft nicht auch ein Label zur Selbstvermarktung sei, vielleicht geantwortet, ja, das stimmt schon und dass mich der Opportunismus mancher Kolleg_innen, die mit dem Label hausieren gehen, ankotzt; heute bin ich von solchen Instrumentalisierungen zwar immer noch genervt, aber ich bin auch viel defensiver. Wenn die AfD und die Unionsparteien anfangen, Felder kritischer Wissensproduktion – wie etwa die Gender Studies – derart offensiv anzugehen, wie dies in den letzten Jahren und Monaten geschehen ist, beginne ich tatsächlich defensiver über etwas wie Wissenschaftsfreiheit und die Universität als progressiven Ort nachzudenken und ich wundere mich: Wundere mich über Kolleg_innen, die solche Anfeindungen immer noch weglächeln und die Reichweite dieser Angriffe nicht begreifen; wundere mich, dass immer nur über die »Verhältnisse in den USA« gesprochen wird und dabei so getan wird, als gäbe es in Europa keine »Cancel Culture« von rechts; wundere mich, dass manche immer noch denken, Wokeism (was ja mehr und mehr zum Synonym für kritische Wissenschaften wird) sei tatsächlich das Problem; wundere mich, dass angesichts der Studienbedingungen noch keine Revolte losgegangen ist; wundere mich auch, wie die systematische Unterfinanzierung der Hochschulen inzwischen normalisiert ist und es sogar akzeptiert wird, weitere finanzielle Einschnitte zugunsten der Aufrüstung in Kauf zu nehmen.

Aber ich sehe auch: Meine Verwunderungen schlagen nicht nur Wunden, irgendwo erinnern sie mich auch an die Wunder, die Universität als Ort vollbringen kann: Momente des Verstehens, die völlig neue Welten öffnen; Momente gemeinsamen Erkennens, Streitens und Diskutierens; Momente der Selbstzweckhaftigkeit. Ja, das ist eine verkitschte Vorstellung von Lernen und Erkenntnis, aber ich wünsche sie mir, diese Erfahrung, für so viele, wie irgend möglich.

Katharina Hoppe

»WO SONST
HÄTTE ICH MICH
HINWÜNSCHEN
SOLLEN?«

Angesichts der vielfältigen Krisen und Bedrohungen scheint die Frage einer linken Studierendenzzeitung recht seltsam, ob es für linke Akademiker_innen nicht eigentlich ganz gut läuft unter dem Label »kritisch«. Ich denke, dass diese Beobachtung etwas trifft, weil wir in einer besonderen historischen Situation sind, die viel mit der Niederlage der Arbeiterbewegung zu tun hat. Aber auch mit den gegenwärtigen multiplen Krisen, die neben autoritären Antworten auch die Möglichkeit von Kritik beinhaltet. Verallgemeinerungen sind schwierig, aber die kritischen, linken Akademiker_innen sind als Sozialcharaktere Produkt der Krise des Marxismus und des Erfolgs der Neuen Sozialen Bewegungen. Ich will an dieser Stelle nicht falsch verstanden werden, denn das heißt ausdrücklich nicht, dass die Fragen »des« Feminismus, »der« queer theory oder auch Ökologiebewegung gegenüber der Produktionsfixiertheit »des« Marxismus sekundär wären. Er ist in diesen Punkten berechtigterweise gescheitert. Vielmehr stellt sich die Frage, was von Kritischer Theorie und Marxismus noch übrig wäre, wenn es nicht diese Bewegungen gegeben hätte?

Vielleicht lässt sich die gegenwärtige Situation durch die seit den 90ern vollzogene Verzivilgesellschaftlichung der Linken und ihrer Hinwendung zu gramscianischen Politikkonzepten begreifen: Es wurde von Hegemonie gesprochen, die in den bürgerlichen Institutionen erlangt werden musste und radikaler Realpolitik. Das kann kritisiert werden, aber man darf nicht unterschätzen, was dank der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in Teilen der Böll- und Böckler-Stiftung als auch der Selbstorganisation linker Wissenschaftler_innen in Karrierenetzwerken wie der »Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung« gelungen ist: eine ansatzweise Etablierung kritischer Theorie(n) an den Universitäten vor dem Hintergrund einer sozialkonstruktivistischen Wende. Damit wurde aber auch etwas möglich, was zuvor Parteien und Gewerkschaften vorbehalten war und den Grundwiderspruch linker Akademiker_innen darstellt: Politisches Engagement, Leiden an und Unzufriedenheit mit der Gesellschaft in Einkommen umzumünzen. Wenngleich um den Preis von Selbstausbeutung und in fragwürdigen Beschäftigungsverhältnissen.

Es entstand eine neue, prekäre Subjektform, die ihr Spiegelbild in der linken akademischen Forschung findet, die um Fragen von Identität entlang der Achsen *class, race and gender* kreist: die des linken Studierenden und späteren kritischen Intellektuellen. Das darin Fragen der Macht zentral sind, ist nicht nur Ausdruck wissenschaftlicher Trends und gesellschaftlicher Widersprüche, sondern ebenso ein Spiegel der eigenen historischen Situation, in der es zu einer Identifikation mit dem kommt, was man eigentlich abzuschaffen versucht: Denn die Existenz hängt von der Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrproduktes in die eigene Forschung ab, also politischer Macht. Folgte z. B.

die ökonomische Grundausstattung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung noch recht klassisch dem Mäzenatentum, nimmt die weitere Instituts-geschichte die mittlerweile vorherrschende konformistische Einwerbung von Fördermitteln vorweg.

Doch auch die Universität als soziale Form änderte sich grundlegend. Viel zu selten wird die Universität als Teil gesellschaftlicher Widersprüche und als Lösungsform für die Krisen kapitalistischer Akkumulationsregime begriffen: In der Sozialform der Universität spiegelt sich spätestens mit der Gründung der Gesamthochschulen und dem Übergang zu den Massenuniversitäten in den 70ern, dass die Universität und die Ausdifferenzierung der Bildungslandschaft einen enormen Teil der Menschen kanalisiert, für die das Kapital keine Verwendung mehr hatte. Sie sind Teil eines neuen Akkumulationsregimes, das um immaterielle Arbeit kreist. In dieser Konstellation ist die Universität selbst ein zentrales Feld politischer Kämpfe und eine soziale Form, in der sich die Widersprüche der kapitalistischen

Gesellschaft spiegeln. Sie ist – theoretisch wie praktisch – Reflexionsraum der Krisen des Neoliberalismus und zugleich ein Ort, an dem diese Krisen verwaltet und kanalisiert werden. Die sich dort einfindenden, hoffnungsvollen Adressat_innen aktivierender Sozialpolitik meinen, durch Bildung der Prekarität zu entgehen. Der Wahrheitskern des Bildungsversprechens materialisierte sich in einer anwachsenden Schicht mittlerer

»IN DIESEM MOMENT
ZEIGT SICH IM
VORSCHIEB DES
LINKEN AKADEMIKERS
EIN VEHIKEL
DER EIGENEN
REPRODUKTION.«

Angestellter, von Fachkräften und Ingenieur_innen. Zunehmend erwies sich das assoziierte Aufstiegsversprechen aber auch als illusorisch, ein Studienabschluss garantiert keinen Arbeitsplatz und hinterlässt im schlimmsten Fall nichts als einen Berg Schulden. Es sind nicht zuletzt diese Studierenden in Verbindung mit den die Universitäten umkreisenden Aktivist_innen der Neuen Sozialen Bewegungen, die seit den 90ern das Überleben kritischer Theorien ermöglichten. Ihnen muss die Relevanz von aufs Ganze zielender Gesellschaftskritik nicht erst von außen klargemacht werden: Sie fühlen sie, denn die Krisen ihrer Existenz brachten und bringen sie an die Hochschulen oder es sind die Erfahrungen an den Hochschulen, die zu Krisen führen. Das liegt nicht nur an den dort vorherrschenden problematischen Bedingungen, sondern auch linker Lehre scheint es wenigstens manchmal zu gelingen, einen Reflexionsprozess auszulösen.

Beizeiten fragt man sich als Dozierender jedoch, wie die komplexesten gesellschaftskritischen Inhalte verstanden, aber spurlos und ohne politische Konsequenzen an den Studierenden vorbeigehen können. Wahrscheinlich liegt das einerseits an dem Erfolg, dass kritische Ansätze Gegenstand der Fachwissenschaft und abstrakte Fachinhalte sind. Aber damit auch zu Prüfungsinhalten wurden. Dies produziert Situationen, die bizarrer nicht sein könnten: Linke Akademiker_innen lassen von Versagens- und Prüfungssängsten gezeichnete, teils den Tränen nahe Studierende die Grundprobleme und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft erläutern, nur um ihnen anschließend mitzuteilen, dass sie leider wieder nicht die Subjektkritik bei Adorno und Butler adäquat entwickeln konnten, also durchgefallen sind. Das eigene schlechte Gewissen lässt sich mittels der karrierebegleitenden sozialen Distinktion bewältigen, wenn man sich mit den kritischen Kolleg_innen darüber austauscht, dass die Studis wahlweise immer inkompetenter oder unverschämter werden. Man wird dabei selbst irre an den institutionellen Anforderungen, entweder immer wieder zwei Augen zuzudrücken, und Menschen einen Abschluss zu ermöglichen, die zu der damit zusammenhängenden Tätigkeit einfach nicht qualifiziert sind oder als Agent der Gesellschaft die notwendige Selektion vorzunehmen und die Studierenden zwar hoffentlich nicht ins Verderben, aber mindestens in die Nachprüfung zu schicken. So ist die Lebensweise linker Akademiker_innen auf bizarre Art und Weise zusammengesetzt.

Für einige wenige bedeutet die Universität aber das, was mit selbstorganisierten Öffentlichkeiten verbunden wird: Revolutionäre Praxis als Umarbeitung der eigenen Selbst- und Weltwahrnehmung. Sie profitieren davon, dass Studierender- und Mitarbeiter_innenstatus anders ineinander übergehen als zu Zeiten, in denen man Leibeigene_r der Professoren war. Am Beispiel autonomer Tutorien und studentischer Ringvorlesungen wird dies deutlich: Weil mit den angebotenen Lehrinhalten die eigenen



Freie Assoziation – Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie

Ziel der Freien Assoziation ist die Förderung eines akademische und disziplinäre Grenzen überwindenden Dialogs, was mit einem dezidierten Debattenformat der Zeitschrift erreicht werden soll: Diskussionen, Kontroversen und gemeinsame Reflexionen zu brennenden gesellschaftlichen Zeitfragen sollen so einen geeigneten Rahmen erhalten. Im Zentrum jedes Schwerpunktheftes stehen jeweils zwei längere Hauptartikel zu einem aktuellen Thema. Diese werden im Anschluss aus möglichst unterschiedlichen Perspektiven kommentiert, hinterfragt und miteinander sowie mit anderen Themen, Fragen und Praxisfeldern in Dialog gebracht.

Jetzt abonnieren und 35% sparen!

Geben Sie den Code **DKFA1** ins Anmerkungsfeld ein und erhalten Sie das Abonnement mit einem Rabatt von 35% im ersten Jahr (d.h. 22,04 € zzgl. 4,50 € Versandkosten im Inland bzw. 7,- € ins Ausland), danach zum regulären Preis des Jahresabonnements von 33,90 €, zzgl. Versandkosten.



<https://psychosozial-verlag.de/abo-fa>

Psychosozial-Verlag

bestellung@psychosozial-verlag.de
www.psychosozial-verlag.de



Fragen nicht angemessen bewältigt, die für die angestrebte wissenschaftliche Karriere oder politische Praxis erforderlichen Inhalte nicht angeeignet werden können, werden Mittel akquiriert, die die ersten Schritte der sich bereits im Larvenstadium befindlichen linken Akademiker_in ermöglichen. Eingeebnet wird damit, was die Personen für zukünftige Arbeitgeber interessant macht: Das in dieser selbstorganisierten Forschung und Lehre erworbene Wissen wird zwar selten formal anerkannt, aber häufig trotzdem verwertet – sei es in kulturellen, journalistischen oder eben akademischen Kontexten; denn der Unterschied zwischen einem Forschungsantrag und QSL-Mitteln ist letztlich nur ein gradueller. In diesem Moment zeigt sich im Vorschein des linken Akademikers ein Vehikel der eigenen Reproduktion.

Diese Institutionalisierung bringt eine paradoxe Situation hervor: Einerseits ermöglicht sie die materielle Existenz einer akademischen Linken, andererseits bindet sie diese an die Logiken des akademischen Betriebs. Sie werden zu Objekten, ganz im Sinne Adornos, dass das, was sich über sie hinweg durchsetzt, sich durchsetzt vermöge ihrer eigenen Interessen. Drittmittelanträge, Forschungsprojekte, Karrierestrategien – all das bringt die intendierte Kritik in dem Maß in institutionelle Bahnen, wie sie sie ermöglicht. Das erklärt neben dem gesellschaftlichen Wandel, warum kritische Forschung seit den 90ern um Identitätskategorien kreist – diese Achsen sind nicht nur analytische Raster, sondern auch strategische Ressourcen, die den Zugang zu Fördergeldern und akademischer Aufmerksamkeit regulieren. Die Form kritischer Theorie, die an den Universitäten seit den 90ern Fuß gefasst hat und das Überleben von Gesellschaftskritik ermöglichte, dient daher oft weniger der praktischen Aufhebung der gesellschaftlichen Widersprüche als vielmehr ihrer Analyse – und auf der Seite der Dozierenden auch der (temporären) Sicherung der eigenen Position innerhalb des akademischen Feldes.

Die Subjekte bleiben davon nicht unbeschadet, denn es bedeutet, auch die destruktiven Seiten dieses Sozialcharakters zu reproduzieren: Existenzängste und Konkurrenzdruck werden zu bestimmenden Triebkräften, die den Alltag kritischer Akademikerinnen durchziehen. Die Skrupellosigkeit, mit der das Leiden an der Gesellschaft – das eigene wie das anderer – in Karriereschritte umgemünzt wird, ist kein Zufall, sondern eine systemische Notwendigkeit. Wer sich im prekären Universitätsbetrieb behaupten will, muss Taktiken der Kollaboration beherrschen, sich Netzwerken anschließen und Allianzen schmieden – aber stets mit der Option, sie aufzulösen, wenn sie nicht mehr nützlich sind. Loyalität ist situativ, Solidarität ein strategisches Mittel, das jederzeit geopfert werden kann, wenn es der eigenen Position nützt. In dieser Konstellation ist die

Machtfrage, die die akademische Linke so intensiv verhandelt, nicht nur eine abstrakte theoretische Debatte, sondern eine ganz praktische Überlebensfrage: Es geht um die Verteilung von Stellen, Fördermitteln, publizistischer Aufmerksamkeit – also um die eigenen Überlebensbedingungen.

Angesichts dessen bleibt als Ziel linker Akademiker_innen nur die Arbeit an der eigenen Abschaffung, was gleichbedeutend ist mit der Aufhebung ihrer gesellschaftlichen Grundlagen. Denn anders als die Arbeiterbewegung, die die Machtfrage in der Kontrolle über Produktionsmittel verortete, ist die akademische Linke gezwungen, ihre Macht über Diskurse zu erkämpfen. Diese Diskurshegemonie ist jedoch immer fragil und stets bedroht in ihrer Verfügungsgewalt über einen Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts. Die sich einstellende Panik angesichts der gegenwärtigen autoritären Wende ist Ausdruck dieses Widerspruchs: Sie hängt ab von selbst geschaffenen und äußeren Veränderungen, institutionellen Förderstrukturen, den widerspruchsvollen Bewegungsformen der kapitalistischen Gesellschaft und der Gunst einer bürgerlichen Öffentlichkeit, die mit dem Begriff »kritisch« häufig nicht mehr als ein Distinktionsmerkmal verbindet.

Anonymer Wissenschaftlicher Mitarbeiter

WIR, ALLE UND ICH

Die Frage, was die hiesige Linke an den Universitäten gegenwärtig tun kann, klingt ein wenig wie die danach, wie sich der deutsche Mittelschichtsnachwuchs eine Zukunft aufbauen kann. Diese Frage ist als interessengeleitete ja durchaus nachvollziehbar, aber keine, um deren Beantwortung sich nun ausgerechnet eine Linke kümmern müsste. Wenn dann noch gefragt wird: »Wozu fordern wir als Linke mehr Hochschulbildung für Alle?«, stellen sich mehr Anschlussfragen, als sich Antworten aufdrängen: Ja, wozu? Und von wem? Wer ist Alle? Und vor allem: Wer ist Wir?

Ich vermutlich nicht. Der Hochschul-Bildungs-Report 2020 vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sagt: »Von 100 Grundschulkindern nehmen nur 21 ein Studium auf, von 100 Akademikerkindern schreiben sich hingegen durchschnittlich 74 an einer Hochschule ein. Im Hochschulsystem setzt sich diese Tendenz fort: Die Quote der Nichtakademikerkinder, die vom Studienanfang bis zum erfolgreichen Bachelorabschluss dabeibleiben, liegt bei 70 Prozent und ist damit um 15 Prozentpunkte geringer als die Quote der Akademikerkinder (mit 85 Prozent). Bis zum Masterabschluss summieren sich die Unterschiede, sodass von anfänglich 100 Nichtakademikerkindern letztlich nur acht den Masterabschluss erwerben. Von den Akademikerkindern sind es aber mit 45 rund sechsmal so viele. Bei der Promotion beträgt das Verhältnis bei den Nichtakademikerkindern schließlich insgesamt 1:100.« Der eine bin ich: Meine Mutter war Hausfrau, mein Vater Fabrikarbeiter in einem, äh!, recht großen Chemiewerk in Leverkusen.

Daher vermag ich kaum als vollwertiges Mitglied zu beantworten, ob die Mittelschichtsinassen von »Distinktionsbedürfnissen« geplagt sind. Die Distinktion zur abgehängten Klasse ist gründlich vollzogen, und den zitierten Quoten zufolge ist man unter sich und seinesgleichen. Es wird wohl darum gehen, den einmal erreichten Stand zu sichern, und das geht nicht ohne »hohe Bildungsabschlüsse« und womöglich gar »Schlüsselkompetenztraining«, wenn schon die Eltern Akademiker waren. Insofern hatte ich es natürlich leichter, denn innerhalb meiner überblickbaren Großfamilie von etwa 60 bis 70 Leuten war ich der Einzige, der überhaupt das Abi gemacht hat. Da aber die akademische Linke lustig in der eigenen Bubble bubblet, darf sie auch Absurditäten wie »Fight Classism!« mit Edding an Universitätswände schreiben. Wer das Privileg genießt, dass ihm die Ordnung der Sachen weniger wichtig sein darf als die des Diskurses, muss keinen Klassenkampf führen, sondern fightet breitbeinig dafür (oder fordert, wieder mal, dazu auf), dass die da unten – die man aber, außer als Dienstleister, an der Uni, im eigenen Viertel und in den Kneipen, in die man selber geht, eh nicht zu Gesicht bekommt, – auch als Menschen angesprochen werden.

Neulich las ich in einem Text über einen jüngeren Hochschulprotest, man habe einen Stuhlkreis aufgestellt, um einen herrschaftsfreien Raum zu schaffen, offen für alle. Wäre die Studierendenschaft auch nur ansatzweise repräsentativ für die Gesellschaft, könnten

jene, die es noch nicht wissen, erfahren, dass es einen substantiellen Unterschied bedeutet, wenn die Eltern von dem einen Studenten in zwei Monaten mehr verdienen als die von der anderen Studentin in einem Jahr. Sowie dass diese Differenz weder mit kreisförmig angeordneten Stühlen noch mit paternalistischen Versprechen auf angebliche Freiräume, in denen habermasianisch-herrschaftsfrei miteinander gesprochen wird, zu nivellieren ist.

Bleibt die Frage, weshalb ich immer noch »einen wichtigen Teil« des Lebens »an diesem eigenartigen Ort« verbringe. Einerseits kann ich nichts Anderes, und nichts zu tun brächte mich an weitaus eigenartigere Orte – und die kenne ich alle schon: sind total scheiße! Andererseits fordere ich auch etwas, nämlich wie einst Herr Rossi ein Stück vom Glück, gerne auch für alle. Ich hoffe halt, dass ich mit dem, was ich so tue, trotz aller Ideologie, die immer in derlei steckt, meinen kleinen Teil dazu beitragen kann, dass irgendwann irgendwie die verdammte Gesellschaft aufhört, zu sein, wie und was sie ist. Dafür gibt es ganz unterschiedliche Orte, meiner ist, biographisch zufällig und seltsamerweise der Wissenschaftsbetrieb geworden.

Dirk Braunstein

AUCH HIER KEINE LINKE MELANCHOLIE

Was wir heute als Universität ansprechen, ist nach der recht leidenschaftslosen Beschreibung Walter Reggs, der im notorischen Jahr 1968 als Rektor in Frankfurt ein prononcierter Antagonist linker Student_innen war, das Objekt einer seit Jahrzehnten unter Einsatz wechselnder Ideologeme im Mittel der »Bürokratisierung« verfolgten Strategie, dem Prinzip »expansive[r] Reform« entsprechend das »wissenschaftliche Potential« des Staates um dessen »Konkurrenzfähigkeit« willen zu steigern (Regg 2010: 30f.). Was wir Bologna-Prozess nennen, ist die vor dem Hintergrund einer Verlagerung des Konkurrenz-Wettbewerbs von der zwischenstaatlichen auf die Ebene globaler Wirtschaftsräume betriebene Reorganisation dieser Bürokratisierungsarbeit gemäß der Imago eines Bildungsmarktes (European Higher Education Area): Student_innen werden in dieser Universität der neoliberalen Sequenz als fleißige Kundschaft für durch ein *European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS)* zertifizierte Bildungswerte mobilisiert; Wissenschaftler_innen werden durch ein institutionenökonomisches Regime, das Kennzahl-Erfüllung in Forschung und Lehre honoriert, auf einen funktionalen Beitrag zur deutschen als Teil der europäischen Eigentumsmarktgesellschaft geeicht; und diejenigen, die alles am Laufen halten, werden dem privaten Inkrement externer Dienstleistungs-Kapitalisten überlassen. Wenn wir linke Politik einfachheitshalber als Ausdruck des Anspruchs der Aufhebung des Privateigentums verstehen, ist sie demnach sicher in der neoliberalen mehr noch als in der keynesianischen Sequenz der politisch-ökonomischen Objektifizierung der Universität, wenn ihre Träger_innen nicht von vornherein auf jeden akademischen »Erfolg« verzichten wollen, nicht ohne Lüge möglich. Also tut, wer heute an Universitäten links zu sein beansprucht, vermutlich gut daran, Platon zu lesen. Denn der leistete bekanntlich gerade keine Apologie der Lüge als politischem Prinzip, wie sie den allfälligen Typus des akademischen Reserveleutnants rechtfertigen würde, sondern ließ in der *Politeia* Sokrates seinen Mitdiskutant_innen das Problem vorlegen, ob nicht um der Einrichtung eines wahrhaft gerechten, offensichtlich genossenschaftlich gedachten Regimes willen eine »einzige ehrenhafte Lüge« unvermeidlich sei (Platon 1972: 414b-c) – wobei der erste Maßstab der Angemessenheit einer Lüge für diesen Zweck neben ihrer Singularität wäre, dass sie keineswegs auf einer »Unwissenheit in der Seele« basieren dürfte (ebd.: 382a-c). So ließe jede an der neoliberalen Universität als links auftretende Praxis auf die Qualität der Lüge hin sich prüfen, die ihre allgemeine Richtung bestimmt: Wie tauglich für ein gerechteres als das Regime des Privateigentums ist z. B. die Vorstellung, dies sei der Ort *to change the system from within?* wie tauglich diejenige, sich hier bloß auf Zeit für die eigentlichen Kämpfe zu ertüchtigen? wie tauglich die der Nische, in der sich überleben lasse, bis es wieder etwas besser geworden ist? Als hilfreich, um beim Nachsinnen solcher und ähnlicher Fragen nicht versehentlich einer Unwissenheit in der Seele sich hinzugeben, könnte ein 1931 in der Zeitschrift *Die Gesellschaft* von einem aufmerksamen Platon-Leser publizierter Text sich erweisen. Um Walter Benjamins

Bestimmung besagter Unwissenheit in Begriffen linker Melancholie, einer »Schwermut [...] aus Routine«, die als »gequälte Stupidität« sich textuell materialisiert (Benjamin 1972: 280 u. 282), auf die wenig ehrenhaften und keineswegs unvermeidlichen Lügen von Universitätsmenschen anzuwenden, wäre seine Kritik allerdings von der an einem lyrischen auf die an einem wissenschaftlichen Gestus umzustellen. Auch dann aber müssten linke Lügen von unbilliger Provenienz sich erkennen lassen an der Schicht, die sie besonders goutiert, weil die inzwischen massendemokratische »Mimikry« dieser Lügen (ebd.: 280) der Unwissenheit in den Seelen ihrer Träger_innen schmeichelt: jener »Zwischenschicht« von »Agenten, Journalisten, Personalchefs«, die »nur den Erfolg visiert«, obschon sie doch nur dessen Abklatsch einfährt (ebd.: 279), und so, zwar ganz und gar auf Konsum gestellt, doch hin und wieder gern (Forschungs-)Produkte sieht, die ihr die gehobene »Traurigkeit des Saturierten« zu prätendieren gestatten (ebd.: 283). Dem gegenüber stünde als die einzig unvermeidliche, ehrenhafte Lüge, die linker Politik an der neoliberalen (wie an der keynesianischen) Universität ihre allgemeine Richtung geben könnte, dass einstweilen die zukünftig befreite Menschheit einer politisch-ökonomisch nicht-objektifizierten Einrichtung dieses Namens bedürfe.

Literatur

BENJAMIN, WALTER (1972): *Linke Melancholie*. S. 279-283 in: ders., *Gesammelte Schriften*. Band III: Kritiken und Rezensionen. Herausgegeben von Hella Tiedemann-Bartels. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

PLATON (1972): *Πολιτεία – Der Staat*. Werke in acht Bänden. Griechisch und Deutsch. Vierter Band. Herausgegeben von Gunther Eigler. Bearbeitet von Dietrich Kurz. Griechischer Text von Émile Chambry. Deutsche Übersetzung von Friedrich Schleiermacher. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

RÜEGG, WALTER (2010): *Themen, Probleme, Erkenntnisse*. S. 21-45 in: ders. (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa*. Band IV: Vom zweiten Weltkrieg bis zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. München: C.H. Beck.

Peter Gostmann

Wenn ich über den Campus Bockenheim gehe, bekomme ich von Zeit zu Zeit das Gefühl, dass mich die Universität an diesem Ort in Form von Vergänglichkeit anweht. Nach dem hier die universitäre Meute vor Jahren ausgezogen ist, um den I.G. Farben Campus zu ihrem neuen Revier zu machen, scheinen die Gebäude – ganz gleich, ob in Benutzung oder leerstehend – nun dem eigenen Verfall überlassen zu werden. Während die neoliberale Massenuniversität Frankfurter Provenienz, eingehüllt in eine Architektur der Repräsentation von Macht und Geld, nun woanders stattfindet, stemmt sich hier gleichwohl ein engagiertes Sammelsurium an Menschen, Kollektiven und Initiativen gegen den Bockenheimer Abriss und Leerstand. Unter ihnen befinden sich auch solche, für die der architektonische Verfall sinnbildlich für einen viel tiefer gehenden Verlust steht: den Verlust einer spezifischen Idee von Universität und die ihr entsprechende Praxis akademischer Bildung, die mit dem Bockenheimer Campus und den hier in Forschung und Lehre wirkenden Akteuren geistes- und universitätsgeschichtlich eng verknüpft sind. Keine Angst, es soll hier keine Ruinenromantik betrieben, keine umherspukenden genialischen Geister beschworen werden – mit Adorno als »Ehrwürdigem des Gipfels« (vgl. Asterix und Obelix erobern Rom). Es soll auch nicht polemisiert werden, frei nach dem Motto früher war alles besser: die Lehrenden, die Studierenden, das Wissen. Es soll auch nicht moralisiert werden, wie verwerflich und verderblich es sei, die Universität in ein Hightech-Unternehmen zur Produktion hyperindividualisierter und erfolgshungriger Wissensarbeiter_innen, die einander wenig gönnen und viel verleiden, verwandelt zu haben. Ich will nur dies tun: mir die unterschiedlichen Weisen, mit jenem Verlust umzugehen, einmal genauer anschauen.

In seinem Aufsatz *Trauer und Melancholie* (1917) beschreibt Freud die Trauer als eine regelmäßige »Reaktion auf den Verlust einer geliebten Person oder einer an ihre Stelle gerückten Abstraktion wie Vaterland, Freiheit, ein Ideal usw. [...] Wir vertrauen darauf, daß sie nach einem gewissen Zeitraum überwunden sein wird, und halten eine Störung

»...DER UNWISSENHEIT
IN DEN SEELEN
IHRER TRÄGER_INNEN
SCHMEICHELT.«

derselben für unzweckmäßig, selbst für schädlich.« Zu trauern bedeutet, sich innerhalb eines als schmerzhaft erfahrenen Prozesses Schritt für Schritt von einem geliebten und nun verlorenen Objekt, wie z. B. eine bestimmte Vorstellung und Erfahrung von akademischer Praxis, abzulösen. Gelingt die Trauerarbeit, d. h. gelingt es, den mit heftigen

Schmerzen verbundenen Trauerprozess zu ertragen und ihn an einem Punkt auch abschließen zu können, führt dies häufig dazu, dass das Verlorene vergessen wird. Ohne an dieser Stelle einen ursächlichen oder unmittelbaren Zusammenhang behaupten zu wollen, kam mir bei der kleinen Anfrage des *diskus* recht schnell eine Frage in den Sinn: Kann der Erfolg linker Akademiker_innen und ihres kritischen Habitus' womöglich auch als Ausdruck eines gelungenen, eines abgeschlossenen Trauerprozesses gelesen werden?

Denke ich an die 2000er und den Beginn der 2010er Jahre wies zunächst eher wenig auf einen gelingenden Trauerprozess in der Zukunft hin. Der Widerstand gegen Bologna war noch (zu) groß, eine vielfältige, vielstimmige und breit getragene Kritik weigerte sich den neuen Zustand zu akzeptieren. Man stemmte sich gegen die neoliberale Transformation der universitären Lehre und der Studienstrukturen und gegen die politisch erzwungene Verpflichtung der Forschung auf Innovation und Performance. In zahlreichen Streitschriften, Stellungnahmen, in feuilletonistischen und wissenschaftlichen Artikeln und in Sammelbänden wurden die ökonomischen, die wirtschafts- und sozialpolitischen Hintergründe sowie die unvermeidlichen Folgen dieser Entwicklungen differenziert und umfänglich dargelegt (und nur ganz nebenbei auf die eigene Publikationsliste gleich miteingezahlt). Es wurde versucht, mit großen und kleinen Demonstrationen und Protestaktionen, den letztlich unausweichlichen Ausverkauf von Hochschulbildung und Forschung aufzuhalten oder zumindest zu vermindern. Und auch nachdem die ministeriale Wissenschaftsbürokratie ihre universitäre Agenda machtpolitisch durchgesetzt hat, bemühte man sich zunächst noch darum, den strikten Rahmen dessen, was von Bildungspolitik und Hochschuladministration erwartet und aufgelegt wurde, kreativ zu unterlaufen.

Seit geraumer Zeit jedoch scheinen auch ›linke Akademiker_innen‹ den neuen Zustand – ob nur äußerlich oder schon in heimlicher Überzeugung – weitgehend akzeptiert und sich in der neuen Normalität des akademischen Alltags eingerichtet zu haben. Hierzu noch einmal Freud: »Die Realitätsprüfung hat gezeigt, daß das geliebte Objekt nicht mehr besteht, und erläßt nun die Aufforderung, alle Libido aus ihren Verknüpfungen mit diesem Objekt abzuziehen [...] Das Normale ist, daß der Respekt vor der Realität den Sieg behält.« Hie und da pflegt man in der Klasse der akademischen Angestellten noch den eigenen Widerstandsgeist, gibt mal ein kritisches Seminar zur Transformation der Hochschule, verweigert sich der von der Bildungsadministration vorgegebenen ›freiwilligen‹ Evaluationslogik, setzt einen kritischen Post bei Bluesky ab oder begibt sich in eher wohlmeinenden Abstand zum Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip – in dem sich selbst täuschenden Vertrauen, dass man der Verführungskraft des kompetitiven Karriere- und Förderungssystems widerstehen könnte; in dem naiven Glauben, dass man der politisch und nicht selten von Ordinarien gewollten Prekarisierung wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse rational und solidarisch begegnen könnte; oder in der verblendeten Überzeugung, dass wider des männerbündischen Sogs und des unter männlichen Wissenschaftlern verbreiteten Wunsches, die eigene Klugheit oder gar Genialität vorrangig ineinander zu spiegeln, Platz für weibliche Intellektualität – auch in der Zusammenarbeit mit Männern – wäre. Stattdessen scheint es mir weiterhin so: Männliche Wissenschaftler ersuchen voneinander Anerkennung, von ihren weiblichen Kolleg_innen hingegen verlangen sie Bewunderung – alles unbewusst natürlich.



Im Gros der emsigen und erfolgreichen Trauerarbeiter_innen gibt es aber auch noch die *melancholic few*, die in der Routine des universitären Normalbetriebs zwar auch gut funktionieren, schließlich haben sie die Veränderung der akademischen Realität ganz gut verstanden und praktisch antizipiert, aber einer wirklichen Akzeptanz der einschneidenden Veränderungen der Universität scheinen sie dennoch irgendwie auszuweichen. Diese Ambiguität zwischen Realitätsprinzip und Realitätsverweigerung mündet nicht selten in Melancholie – als Gemütszustand, nicht als psychologische Diagnose, insofern die Ablösung vom verlorenen Objekt nicht wirklich gelingen will. Der Verlust einer Idee und auch einer Realität universitärer Bildung und Forschung, die es so (wahrscheinlich) auch nie wirklich gegeben hat, wird in Form der Sehnsucht wahrgenommen. Melancholisch – und für manche auch ideologisch – fehlgeleitet sehne ich mich als Angehörige des Wissenschaftsbetriebs ...

... nach dem wissenschaftlichen Streit um die Sache, um angemessene Forschungsmethoden und neue Zugänge (gerne langwierig, anstrengend und außerhalb des eigenen ›Stamms‹), statt ausschließlich wohliger Borniertheit in der eigenen Theorie- und Forschungs-Bubble;

... nach einem Ringen um die Wahrheit, Bedeutung und den Sinn von Phänomenen statt der bloßen Erforschung von Wirkung(en), der permanenten Überhöhung des Innovationscharakters der eigenen Forschung und ihrer (häufig eher herbeiphantasierten) Relevanz- oder Signifikanzbehauptung;

... nach Theorie- und Lektürefreudigkeit sowie Sachlichkeit, statt des weit verbreiteten Auslebens des eigenen Unmittelbarkeitsfetischs, demnach Wissen vor allem dann relevant ist, wenn es mit der persönlichen Erfahrung direkt verknüpft werden kann, weshalb vielerorts eine eher anekdotenhafte und abgeflachte Form der Wissensvermittlung mit möglichst vielen digitalen Tools gewünscht und geliefert wird;

... nach langsamem und eigensinnigem Denken, das den Zweck der Urteilsfähigkeit, des Verstehens ins Zentrum stellt, statt der vornehmlichen Ausrichtung von Bildung und Forschung auf Praxis, was im Übrigen sowohl den Fokus des universitären Studiums auf die Entwicklung von beruflichen Handlungskompetenzen bezieht, als auch auf die Forderung nach unmittelbarer Übersetzbarkeit von Wissen in politische Positionen und politischen Aktivismus.

... nach einer wirklichen und umfassenden Anerkennung von denkenden Frauen und ihrem Begehren nach Wissen, statt einer weiterhin aktiv betriebenen Produktion und Reproduktion von Abwertungsstrategien, mit deren Hilfe man(n) die gefährlich erscheinende Begegnung mit begrifflich arbeitenden Frauen bewältigen kann.

Nun sind meine melancholischen Anteile dann doch so ausgeprägt, dass ich den Ehrwürdigen des Gipfels zum Abschluss noch einmal herabsteigen und in Sachen Bildung, Kritik und melancholisches Bewusstsein zu Wort kommen lassen will:

»Die Haltung der melancholischen Versenkung ist ja wohl die Verhaltensweise, an der überhaupt die philosophische Verhaltensweise sich gebildet hat [...]. Und dieses: das Eingedenken an das Vergangene, die Erinnerung in dem Phänomen selber, ist die Verhaltensweise oder [...] das Schema, nach dem Deutung sich vollzieht; ist aber zugleich auch, eben als eine solche Haltung der Schwermut, die in allem Geschichtlichen der Vergängnis innewird, eine kritische Haltung«

An diese Worte denke ich von Zeit zu Zeit beim Gang über den Bockenheimer Campus.

Ricarda Biemüller

Die Studierendenproteste in Frankfurt trugen 2003, 2006 und 2009 die Forderung nach »freier Bildung für alle« auf die Straße. Anlass waren der kürzlich auf EU-Ebene beschlossene Bologna Prozess sowie die Rücknahme des Verbots von Studiengebühren in Deutschland. Damit sollte das Studium nicht nur massiv verschult werden, man musste nun auch dafür bezahlen. Natürlich war auch vor Bologna nicht alles rosig und die »Fordistische Massenuniversität« bot ausreichend Anlässe für Kritik. Trotzdem wollte man zukünftig nicht auf die selbstbestimmte Gestaltung des Studiums im Magisterstudien-gang verzichten, welcher jetzt durch Bachelor und Master ersetzt werden sollte.² Überdies wurde die Goethe-Uni zu einer Stiftungsuniversität, Bildung drohte zunehmend zu einem Service oder einer Ware zu werden.

Während die Studiengebühren in Hessen damals auf Druck der Studierendenbewegung hin erfolgreich abgeschafft werden konnten, hat die Bologna-Reform das Hochschulwesen hingegen fest im Griff. Ob die Universität auch heute ein Ort der »freien Bildung für alle« zu sein vermag, ist eine Frage, mit der sich auch heutige Studierende und Lehrende (wieder) auseinandersetzen möchten. Vielleicht kann die Erinnerung an den bundesweiten Bildungsstreik und ältere Studierendenproteste mit Inspiration, Beispielen, Analysen und Begriffen dienen, die heute neu aktualisiert werden können.

Gefordert hatten die Studierenden, die Universität nicht bloß als einen Ausbildungs-ort zu verstehen, welcher lediglich auf einen bestimmten Beruf und den Arbeitsmarkt vorbereitet. Hervorgehoben wurde vielmehr der Wert von Bildung als Selbstzweck. Dass die Uni Potenzial hat, einen Ort des Lernens, Ausprobierens und Vergesellschaftens darzustellen, sollte sich in Lernform und Lerninhalten widerspiegeln, aber auch struk-turell abzeichnen.

Inhaltlich sollte nicht der Status Quo reproduziert, sondern vielmehr gelernt und ein-geübt werden, diesen (selbst-)kritisch zu hinterfragen. Die Verbindung von Theorie und Praxis war dabei ebenso zentral wie das Betrachten von vermeintlich individuellen oder subjektiven Verhältnissen als systemische Zusammenhänge. Prekäre Beschäftigungsver-hältnisse an der Universität sollten überwunden und auch Wissensformen jenseits des Kanons behandelt werden. Überhaupt sollte Wissen nicht länger als unhinterfragbare Wahrheit gelten. Vielmehr sollte dessen Produziertheit und die gesellschaftlichen und sozialen Prozesse verstehbar werden, die dazu führen, dass eine bestimmte Wissensform als wahr angesehen wird.

Auf gesellschaftspolitischer Ebene wurde eine radikale Demokratisierung von Bil-dung angestrebt. Möglichst vielen sollte die Chance offenstehen, den eigenen Lerninter-essen frei von fremdbestimmten Verwertungslogiken nachzugehen und sich dabei als ein politisches Individuum zu verstehen lernen. Sich zu einem Gesellschaftsmitglied heran-zubilden, das die Verhältnisse aktiv mitgestaltet, sollte kein Privileg von Menschen sein, die es sich finanziell leisten können. Der Idee nach dient freie Bildung eher dem allge-meinen Zugang zu wichtigen und sich jedem Autoritarismus verweigernden Fähigkeiten wie Selbstwirksamkeit, Gestaltungswillen und Konfliktfähigkeit, was die Gesellschaft in Richtung Demokratisierung, Freiheit und Emanzipation von jeglicher Unterdrückung lenken kann.

Zugänglichkeit von Bildung bedeutet hier nicht, einfachere und reduzierte, qualita-tiv minderwertigere Inhalte zu verarbeiten. Zugänglichkeit gewährleisten heißt, so eine weitere zentrale Forderung der Studierendenproteste, sich Zeit und Raum zu nehmen für die Auseinandersetzung mit den Komplexitäten der Verhältnisse. Problematisiert wurde,



Foto: Sara Nabili



Im neuen Gewand – Islamismus

Außerdem: Roma in der Ukraine | Protestform
Hungerstreik | Venezuela im Film

52 Seiten, € 7,-

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

dass mit dem Umzug der Uni weg aus Bockenheim auf den I.G. Farben Campus studentische und selbstverwaltete Räume selten wurden und die »Politik der weißen Wand« am neuen Campus jeglichen Ausdruck von Freiheit und Kreativität verbietet. Gefordert wurden ausreichend große und barrierefreie Räume, wo sich Studierende jenseits von Kontroll-³ und Konsumzwängen zusammenfinden können zum Diskutieren, Erproben, Streiten, Kontroversen führen, sich demokratisch organisieren und für ihre Belange einsetzen.

Dass ständig Prüfungen absolvieren, parallel mehrere Hausarbeiten im Akkord anfertigen und ECTS-Punkte sammeln müssen ebenso wenig Zeit übriglässt wie nebenher Jobben – oder schlimmstenfalls all das auf einmal – wurde als eine heikle hochschulpolitische und gesellschaftliche Entwicklung benannt. Wenn das Studium in Deutschland bis auf die Semesterbeiträge heute auch »kostenlos« ist, heißt es nicht gleich, dass damit automatisch die Miete, das Essen und Studienmaterialien abgegolten sind. Ganz zu schweigen von den Kosten, die für die unabdingbare soziale und kulturelle Teilnahme anfallen. Gerade in immer teurer werdenden Studierendenstädten wie Frankfurt braucht es erschwungliche Möglichkeiten, während des Studiums – und darüber hinaus – am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Zeit für wichtige Bildungsprozesse haben bedeutet daher auch dringend: Mieten und Lebenshaltungskosten senken

Bildung. Für alle. Und zwar umsonst!

- 1 Motto der Pariser Studierendenproteste gegen das veraltete, hierarchische und paternalistische Hochschulwesen.
- 2 Mit der Kombination aus zwei eigenständigen Hauptfächern oder zwei Nebenfächern bei einem Hauptfach war der Magister ausgelegt auf eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit einem breiteren, selbst gewählten Themengebiet aus verschiedenen, auch interdisziplinären, Perspektiven. Traditionellerweise wurden geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer im Magister angeboten, man konnte diese aber auch mit Sprachwissenschaften, Psychologie, VWL, BWL und Rechtswissenschaften – oder auch nur diese untereinander – weitgehend frei kombinieren. Auf Antrag konnten auch andere Fächerkombinationen gewählt werden.
- 3 Etwa durch Angebote der Uni, studentische Gruppen offiziell einzutragen und damit zu kontrollieren.

Mona Mour

Ansatzpunkte für kritische Kommentare zur Entwicklung der Unis gibt es fast zu viele – allein, dass nun Lehraufträge für Kritische Theorie ausgeschrieben werden, so dass jene, die sich noch mit dergleichen befassen, in Konkurrenz um schlecht bezahlte Stellen gesetzt werden (und sich setzen), nur um der Uni dann einen Haufen Prüfungsleistungen quasi umsonst zu liefern, ist ein offensichtliches Zeichen dafür, wie heruntergekommen die Strukturen sind und was sie an subjektiver Anpassungsleistung fordern. Dass die Zustände in der Wissenschaftslandschaft miserabel sind, macht aber leider andere Arbeitsverhältnisse auch nicht besser.

Robin Mohan

Liebe Freund_innen vom *diskus*!

Ich beschäftige mich zur Zeit mit anderen Fragen (z. B. neue Weltordnung). Daher kann ich aus dem Stand keinen Beitrag zur Bildungsdebatte liefern. Das tut mir leid.

PS.: Ich habe von 1961 bis 1964 in Frankfurt Soziologie studiert und kann mich noch sehr gut an die linke Studentenzeitschrift *diskus* erinnern.

Frank Deppe



GRAND HOTEL AUFBRUCH

Ein Essay zur freiheitstheoretischen
Problematik privat
finanzierter Forschung

DAVID WINTERHAGEN

Die wachsende Bedeutung wettbewerbsgebundener Geldquellen gegenüber der Grundfinanzierung der Universität steigert die Attraktivität privat geförderter Forschung in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Dabei kann man sich auf eine ehrwürdige Tradition des Mäzenatentums berufen – von der Gründung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung bis hin zu dessen Hamburger Namenszwilling. Ein neues, schillerndes Beispiel bildet das *New Institute* des Reeders Erck Rickmers: luxuriös, umstritten und jetzt schon wieder geschlossen. Dieser Fall zeigt: Die private Wissenschaftsfinanzierung hat ein strukturelles Freiheitsproblem.

Rickmers ist 60 Jahre alt. Ein Artikel in der *ZEIT* beschreibt ihn als einen »Mann mit einnehmender Art, offenem Hemdkragen und der gepflegten Lässigkeit eines amerikanischen Start-up-Investors«. ¹ Sein Geld hat er wie alle hoch Vermögenden gemacht, die etwas auf sich halten: Durch Geburt in eine Familienunternehmer-Dynastie, deren Grundstock an Kapital er durch eigene Investitionen weiter vermehrte. Und wie alle Vermögenden, die etwas auf sich halten, ereilte ihm nach dem Ausstieg aus dem unternehmerischen Tagesgeschäft eine *Midlife-Crisis*. So erfährt man, dass Rickmers nach dem kurzen Versuch einer sozialdemokratischen Politikerlaufbahn auf Sinnsuche in die USA aufbrach und dort drei Jahre Religionswissenschaft studierte. In diesem Zuge fiel ihm auf, dass den Geistes- und Sozialwissenschaften in unserer heutigen Welt zu wenig Aufmerksamkeit zuteilwerde. Dieser Geistesblitz war zugleich der Impuls hinter dem *New Institute*.

Long story short: Rickmers kaufte neun Hamburger Stadtvillen in bester Lage und ließ sie für mehrere Millionen Euro herrichten, um sie zur Heimstätte einer Denkfabrik zu machen, die nichts Geringeres beanspruchte, als die menschliche mit der nicht-menschlichen Natur und ökonomische mit moralischen Werten zu vereinen. ² Das sollten

bis vor kurzem noch Aktivistinnen, Künstlerinnen, Journalistinnen, Unternehmerinnen und Wissenschaftlerinnen als Fellows leisten, die in verschiedenen *research areas* mit so konzisen Titeln wie *The Human Condition in the 21st Century* angesiedelt waren.³ Doch in den Stadtvillen wurde nicht nur am Jahrhundertmenschen gewerkelt, man wohnte auch luxushotelähnlich und wurde durch haus-eigene Köchinnen verköstigt. Doch damit soll nun endgültig Schluss sein.

PRIVATE OFFENSIVE: ZUR LAGE DER UNIVERSITÄT

Nun kann man sich über die Tatsache amüsieren, dass in teuren Villen, an teuren Schreibtischen im Herzen des teuersten Viertels in Hamburg über »Konzeptionen menschlichen Gedeihens« nachgedacht wurde⁴, nur um am Ende zähneknirschend einzugestehen, dass das Ganze sein Geld nicht wert ist. Doch bevor man in Häme abdriftet, sollte man Rickmers Vorhaben im Kontext der Entwicklungen der Universitätslandschaft der letzten Jahrzehnte sehen. Diese legt Peter-André Alt, ehemaliger Präsident der FU Berlin sowie der Hochschulrektorinnenkonferenz, in seinem zwar wenig radikalen, aber informativen Buch *Exzellent!? Zur Lage der Deutschen Universität* ausführlich da.⁵ Auf die durch die Warnungen vor einem drohenden Bildungsnotstand hervorgerufene Phase der Bildungsreform und expansion sowie die Umstellung zur Massenuniversität ab Mitte der 1960er Jahre, folgte eine Phase der Stagnation. Die Integration der ostdeutschen

Universitäten nach der Wende brachte eigene Herausforderungen mit sich, was eine Verzögerung dringend notwendiger Veränderungen der buchstäblich verfallenden westdeutschen Universitäten zur Folge hatte. In den 90er Jahren kam allmählich wieder Schwung in den Betrieb – allerdings deutlich neoliberaler Prägung. Die dominanten und schließlich erfolgreichen Reformvorschläge beschränkten sich auf ein funktionalistisches Bildungsverständnis. Die Universität sollte in erster Linie schlanker sowie leistungs- und wettbewerbsorientierter werden. Um das zu gewährleisten, wurde der Fokus auf eine primär an Resultaten und Zwecken bemessene Finanzierung gelegt. Das hat zur Folge, dass die staatliche Grundfinanzierung zugunsten der Einwerbung von zusätzlichen (öffentlichen oder privaten, aber in jedem Fall erfolgsorientierten) Drittmitteln in den Hintergrund rückt, was unsichere Arbeitsverhältnisse im Mittelbau und eine Papierflut an Projektanträgen schafft. Zusätzlich sorgt die Notwendigkeit zur allgemeinen Überprüfbarkeit von Forschungserfolgen für einen Wust an Evaluations-Bürokratie – von der mit dem Konkurrenzdruck einhergehenden Normierung der wissenschaftlichen Methoden und Inhalte ganz zu schweigen.

Das Tragische dabei: Unter dieser Entwicklung leiden die Geistes- und Sozialwissenschaften tendenziell stärker, da ihr ökonomisches Anwendungspotenzial geringer ausfällt. Das zeigt etwa ein Blick auf die wohl aktuell wichtigste zusätzliche Finanzierungslinie, die sogenannte Exzellenzstrategie. Die dadurch bereitgestellten öffentlichen Mittel von mehreren hundert Millionen Euro sind an einen Wettbewerbsmechanismus gebunden, bei dem per Beschluss eines Expertinnengremiums mit intransparenten Kriterien schließlich einige wenige wissenschaftliche Projekte – und im Nachgang die daran beteiligten Universitäten⁶ – im Geld schwimmen, während die übrigen Forschungsfelder und Institutionen weiterhin auf Sparflamme brennen. Aus der für die nächste Periode eingereichten 143 Antrags-skizzen haben es vergangenes Jahr nur 41 Forschungsinitiativen in die zweite Runde geschafft.⁷ Von dieser ohnehin nur sehr geringen Zahl weisen die allerwenigsten eine genuin sozial- oder geisteswissenschaftliche Orientierung auf.⁸ Das ist nicht zuletzt für den Frankfurter Kontext interessant: Das mit viel bürokratischen und wissenschaftlichen Mühen aufgebaute sozialtheoretische Projekt ConTrust (an dem so schillernde Namen wie Martin Saar, Rainer Forst, Nicole Deitelhoff und Thomas Biebricher beteiligt sind)⁹ scheiterte am Gremium – genau wie seinerzeit der Verlängerungsantrag des Ex-Exzellenzclusters *The Formation of Normative Orders*.

Nun sind es aber genau solche Forschungsbereiche, deren Bedeutung angesichts der derzeitigen Krisen kaum genug betont werden kann – und deren Aufmerksamkeitsverlust Erck Rickmers mit der Gründung des *New Institute* explizit entgegenwirken wollte. Vor dem Hintergrund

Wir machen Gebrauchsgrafik.

Und gestalten. Zum Beispiel Ausstellungen.
Und Bücher. Und Logos, Flyer, Zeitschriften,
Plakate, Websites. Und, und, und ...

PS: Wir suchen Verstärkung. Du bist
Gestalter*in und suchst ein Kollektiv?
Melde dich bei uns!

Kontakt und mehr:
institut.gebrauchsgrafik.org

INSTITUT FÜR
GEBRAUCHSGRAFIK

dieser (bildungs-)politischen Entwicklungen erscheint die private Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften in einem neuen Licht. Akut bietet sie einen Ausweg aus Geldnot, prekärer Arbeit, Normierungsdruck und Antragsstapeln. Außerdem kann sich dieses Finanzierungsmodell auf eine ganze Tradition des sozialtheoretischen Mäzenatentums in Deutschland stützen.

ONLY NIXON COULD GO TO CHINA: PRIVATFINANZIERTER SOZIALTHEORIE IN DEUTSCHLAND

Zu dieser Tradition zählte zuvorderst das berühmte Frankfurter Institut für Sozialforschung (*IfS*), das 1923 aus den privaten Mitteln von Lucio Felix José Weil gegründet wurde – Sohn des deutsch-argentinischen Unternehmers Hermann Weil, der Millionen mit dem Handeln von Getreide verdient hat. Diese privaten Eigenmittel wurden zu einem schlagenden Verkaufsargument in den schwierigen Gründungsverhandlungen des Instituts mit der Frankfurter Universität und den zuständigen Ministerien.¹⁰ Sie sicherten der Forschungseinrichtung trotz seiner klar marxistischen Ausrichtung während der turbulenten Jahre bis zur Naziherrschaft und später im Exil eine wissenschaftlich-politische Unabhängigkeit¹¹, die in der öffentlichen Forschungslandschaft ansonsten niemals zu haben gewesen wäre.¹²

als erfolgreich.¹³ Besonders in Bezug auf seinen Themenschwerpunkt der Gewaltforschung ist es eines der wichtigsten sozialwissenschaftlichen Institute überhaupt – mit hochkarätigen Veranstaltungen, hauseigenem Verlag, Zeitschrift, Podcast und Blog. Dieser wissenschaftliche Erfolg lässt sich nicht ohne die Unabhängigkeit von den langwierigen, öffentlich finanzierten Forschungszyklen denken, die aus dem Finanzierungsmodell folgt: Seit Jahrzehnten wird das Institut von Reemtsma fast gänzlich aus privaten Mitteln finanziert.¹⁴

Daneben findet sich gegenwärtig noch ein Beispiel privatfinanzierter Sozialforschung, das nicht nur strukturell, sondern auch inhaltlich in der Frankfurter Tradition steht: Das *Centre for Social Critique* geleitet von den kritischen Theoretikerinnen Rahel Jaeggi und Robin Celikates. Angegliedert an die Humboldt-Universität zu Berlin, aber 2018 aus privatem Vermögen gegründet und am Laufen gehalten, beschäftigt sich das Institut mit den Krisen von Kapitalismus und Demokratie.¹⁵ Von außen ergibt sich der Eindruck, dass das gut zu klappen scheint, denn der öffentliche Auftritt des »Centres« schindet Eindruck. Unter dem Namen *Critical Theory in Berlin* organisiert und bewirbt es zahlreiche Veranstaltungen mit großen Titeln und Namen: von Workshops über Summer Schools bis hin zu den alljährlichen *Walter Benjamin Lectures* mit hochkarätigen Vortragenden.¹⁶ Die dafür notwendigen Millionen stammen ausgerechnet aus der *New Institute Foundation* – und damit aus der Brieftasche des uns bereits bekannten Readers Erck Rickmers.



Auch dessen Namenszwilling an der Elbe, das Hamburger Institut für Sozialforschung (*HIS*), wurde von einem Mäzen ins Leben gerufen: Dem aus einer wohlhabenden Tabakwarendynastie stammenden promovierten Literatur- und Sozialwissenschaftler Jan Philipp Reemtsma. Der Millionär verkaufte in den Achtzigern seine Geschäftsanteile am Zigarrenimperium und gründete 1984 das *HIS*, das er auch selbst fünfundzwanzig Jahre leitete. Und das mehr

BILLIGER HOHN

Die Ähnlichkeit, die diese Auflistung prominenter Fälle nahelegt, soll nicht über etwaige eklatante Differenzen hinwegtäuschen. Gewiss ist oder war die genaue organisatorische Struktur in jedem Fall unterschiedlich, von den inhaltlichen Ausrichtungen der Forschung, der Motivation der Gründer und dem Gesamtkontext ganz zu schweigen.

Der ausladende Stil der klassizistischen Hamburger Stadtvillen samt Privatkoch sind etwas anderes als die klösterlich-asketische Aura des ersten *I/S*-Gebäudes. Anders als Rickmers waren bzw. sind solche Figuren wie Weil und Reemtsma ausgebildete Wissenschaftler. Und trotz allen Geredes von »Transformation« sollten die Vorstellungen der jeweiligen Finanziere davon, worin dieser Gesellschaftswandel genau bestehen soll, von Fall zu Fall variieren. Daneben gibt es jedoch diese eine Gemeinsamkeit: Das Prinzip der privaten Finanzierung einer Sozialtheorie mit kritischem Anspruch.

Warum erntete also gerade Rickmers *New Institute* so viel Kritik? Bisherige Kommentierungen konzentrieren sich auf den Corporate-Jargon der Öffentlichkeitsarbeit, das Luxusdesign der Immobilien, die Personalie des Mäzen und den Mangel an seriösem wissenschaftlichem Output.¹⁷ Das mag richtig sein, doch dadurch wird eine tiefere Ebene verpasst, die nicht allein das *New Institute*, sondern die private Finanzierung insgesamt betrifft: Die Gleichzeitigkeit von Abhängigkeit und Unabhängigkeit, die diesem Forschungsformat innewohnt.

WISSENSCHAFTSFREIHEIT DER NICHT-BEHERRSCHUNG

Auch wenn sich die Wissenschaft durch private Mittel eine gewisse Unabhängigkeit erkaufte, macht sie sich in anderer Form abhängig. Denn wirklich unabhängig ist sie eben nur, solange der Geldgeber sein Geld gibt. Dass das nicht nur theoretisch gilt, zeigt neben dem *New Institute* auch das *HIS*. Ausgereicht in seinem vierzigjährigen Jubiläumsjahr verkündete Reemtsma die Abwicklung des Projektes. Der Betrieb läuft noch bis 2028 weiter, danach werden hauseigener Verlag und Zeitschrift eingestampft – genau wie die Verträge der aktuellen Mitarbeiterinnen. Angesichts der wissenschaftlichen Bedeutung des Instituts sind die Gründe für die Entscheidung nicht ganz ersichtlich. Reemtsma fühlt sich wohl zu alt und will das *HIS* bislang an keine andere Einrichtung angliedern.¹⁸

Das *New Institute* folgte diesem Trend kurz darauf. In einem Interview mit der *ZEIT* begründet Erck Rickmers den Entschluss mit der Kluft zwischen Idealität und Realität: Eigentlich habe das Institut einen Beitrag nicht nur zu Theorie, sondern auch zur Praxis leisten wollen, was auf die Schnelle nicht zu leisten war. Die derzeitigen Krisen erlauben jedoch kein »jahrzehntelanges Rumprobieren«, wie es in den Geistes- und Sozialwissenschaften üblich sei. Insofern das Projekt ebenso effektive wie tiefgründige Interventionen in den Diskurs in Aussicht gestellt habe, sei es an den eigens geschürten Erwartungen gescheitert – *overpromise and underdeliver*.¹⁹ Im Juni diesen Jahres soll Resümee gezogen und eine Abschlusskonferenz gehalten werden, danach endet die interdisziplinären Krisenverständigung in der Altbauvilla.

Beide Fälle verdeutlichen die Abhängigkeit der Forscherinnen von dem Spendergeist des Mäzens. Diese Abhängigkeit lässt sich mit dem Politischen Theoretiker Philipp Pettit als eine spezielle Form der Unfreiheit deuten. Pettit hat ein Freiheitskonzept entwickelt, das er als die »Freiheit der Nicht-Beherrschung« bezeichnet. Dieses Konzept ist zugleich strenger und weniger streng als herkömmliche Vorstellungen. Es ist weniger streng, da nicht jede äußere Intervention als Eingriff in die eigene Freiheit zu gelten hat, sondern allein *willkürliche*. Das sind Eingriffe, »die nicht die relevanten Interessen des Betroffenen widerspiegeln«.²⁰ Einen Alkoholikerin vom Konsum abzubringen ist in diesem Sinne kein Eingriff in die Freiheit – jemandem ein Bier aufzudrängen, in der Regel jedoch schon. Andererseits ist Pettits Begriff strenger: Nicht bloß tatsächlich stattfindende willkürliche Interventionen schränken die Freiheit ein, sondern auch solche, die potenziell stattfinden *könnten*. Bereits wenn jemand über die bloße Möglichkeit verfügt, mich willkürlich einzuschränken, bin ich seiner Herrschaft hilflos ausgeliefert (»to live at the mercy of another«²¹) und damit unfrei.

Man kann sich zum Beispiel einen aufgeklärten Despoten aus dem 18. Jahrhundert vorstellen, der zwar im Moment ein geringes Maß an freier Presse zulässt, aber jederzeit wieder die Zensur in Gang bringen könnte, wenn er seine Meinung ändert. Auch ein Publizist, der in einem solchen Regime scheinbar alles veröffentlichen kann, was er will, wäre nicht wirklich frei. Dafür müsste es dauerhaft niemandem möglich sein, willkürlich in die Pressearbeit einzugreifen. Pettit zufolge sollen liberaldemokratische Institutionen wie etwa Parlamente und unabhängige Gerichte dem Zweck dienen, die Freiheit als Nicht-Beherrschung so gut es geht für alle Bürgerinnen zu garantieren.

DER PREIS DER BILDUNG

Die Ausführungen zu Pettits Theorie verdeutlichen, inwiefern privatfinanzierte Wissenschaftsinstitutionen bei aller Freiheit der Forschung ein Freiheitsproblem aufweisen. Alle Beteiligten sind dem Gründer in finanzieller Hinsicht hilflos ausgeliefert: *They are at his mercy*. Entscheidet er von heute auf morgen, dass ihm die Transformation der Gesellschaft sein Geld nicht wert ist, ist auch die Erforschung der Gesellschaft beendet. Die Brieftasche des Gründers kennt keine vermittelnden Instanzen, keine öffentliche Debatte oder Einklagbarkeiten. In Sachen Geld ist er ein aufgeklärter Despot: Der Laden läuft, solange er so freundlich ist, ihn am Laufen zu halten. Alle an dem Laden beteiligten sind somit unfrei, Privatköchin hin oder her. Das *HIS* und das *New Institute* bringen diese Problematik auf den Punkt. Das *Center for Social Critique* erhält seine Finanzspritzen noch bis 2028 – wer weiß, was danach kommt.

Das zeigt im Umkehrschluss, worauf der politische Fokus gelenkt werden sollte: Anstatt die Auslagerung der sozialwissenschaftlichen Forschung auf private Geldgeber hinzunehmen, sollte die öffentliche Forschungslandschaft selbst umstrukturiert werden. Maßnahmen wie die Exzellenzstrategie zeigen, wie willkürliche Entscheidungen zu der Stilllegung wichtiger Forschungsprojekte und zu Missverhältnissen zwischen den Fachbereichen führen. Anders als im privaten Bereich gibt es hier zwar einige freiheitsfördernde Kontrollmechanismen – mehr an der Mittelbewilligung beteiligte Personen, mehr Möglichkeiten der Debatte und eine mindestens indirekte demokratische Rückbindung –, doch was freier als etwas Unfreies klingt, ist noch lange nicht wirklich frei. Bis diese Mechanismen nicht ausgebaut werden, die Wissenschaftslandschaft nicht weitgreifender sozialisiert und demokratisiert wird und eine solide Grundfinanzierung gegenüber wettbewerbsgebundenen Finanzspritzen in den Vordergrund tritt – solange wird der Preis der Bildung mit ihrer drohenden Preisgabe bezahlt.

*.notes

- 1 **PIEGSA, OSKAR**, *Was kostet es, die Welt zu retten?* ZEIT, <https://www.zeit.de/2024/14/the-new-institute-forschungsinstitut-hamburg-erck-rickmers> [01.03.2025].
- 2 Mit diesen Worten wird die »Mission« des Instituts auf der hauseigenen Webseite beschrieben: <https://thenew.institute/en/about/our-mission> [01.03.2025].
- 3 Zu den bisherigen Forschungsprogrammen des New Institute s. <https://thenew.institute/en/programs> [01.03.2025].
- 4 Ebd.
- 5 Vgl. **PETER-ANDRÉ ALT**, *Exzellente!? Zur Lage der deutschen Universität*, München 2021, S. 11 ff. Zur Bedeutung dieses Buches auch für »linke« Kritiker des Universitätssystems s. Daniel Pascal-Zorn, *Süddeutsche Zeitung*, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/peter-andre-alt-sachbuch-1.5444881> [01.03.2025].
- 6 Die Exzellenzstrategie besteht aus zwei Ebenen: Die Exzellenzcluster und die Exzellenzuniversitäten. Während die erste Ebene eine Förderung von einzelnen Projekten mit einer Laufzeit von bis zu zweimal sieben Jahren unter der Verwaltung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) umfasst, stellt die zweite Ebene eine dauerhafte gesamtinstitutionelle Finanzspritze für die Universitäten dar. Diese zweite Förderlinie wird von dem Wissenschaftsrat (WR) betreut, wobei allein diejenigen Universitäten antragsberechtigt sind, an denen bereits mindestens zwei Exzellenzcluster angesiedelt sind. S.: https://www.wissenschaftsrat.de/DE/Aufgabenfelder/Wettbewerbliche_Begutachtungen/Exzellenzstrategie/exzellenzstrategie_node.html [01.03.2025].
- 7 Die endgültige Entscheidung darüber, welche dieser Initiativen zu einem Cluster ausgebaut wird, erfolgt am 22. Mai 2025. Zum genauen Zeitplan s.: <https://www.dfg.de/resource/blob/175568/ded20af990cb1dbeb8a15c4cc22caf2c/extra-zeitplan-2-wettbewerbsphase-data.pdf> [01.03.2025].
- 8 S. die Pressemitteilung des DFG zu der Projektauswahl: <https://www.dfg.de/de/service/presse/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung-nr-04> [01.03.2025]. Eine Auflistung der erfolgreichen Projekte findet sich hier: <https://www.dfg.de/resource/blob/325916/ad1ee09c2e3f981e45af0ccab68bd681/liste-antragsskizzen-zweite-wettbewerbsphase-data.pdf> [01.03.2025].

- 9 S. <https://contrast.uni-frankfurt.de/> [01.03.2025].
- 10 Vgl. **PHILIPP LENHARD**, *Café Marx. Das Institut für Sozialforschung von den Anfängen bis zur Frankfurter Schule*, München 2024, S. 20 ff..
- 11 Lenhard veranschaulicht auch, inwiefern das Beharren auf Unabhängigkeit in Kombination mit der politischen Gesinnung der frühen Mitarbeiter – viele von ihnen waren KPD-Mitglieder – in den Jahren nach der Gründung immer wieder für Konflikte mit Politik und Universität gesorgt haben.
- 12 Der Grundhaushalt des IfS wird seit der Rückkehr des Instituts aus dem durch die Nationalsozialisten erzwungenem Exil aus öffentlichen Mitteln gestemmt, während die Forschungstätigkeit größtenteils drittmittelgebunden ist. Mit der Übernahme der Leitung des Instituts durch Stephan Lessenich im Juli 2021 ist diese jedoch wieder institutionell an eine Kooperationsprofessur an der Goethe-Universität gebunden und der Grundetat wurde durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst erheblich aufgestockt. Das ermöglicht zwar neue Handlungsspielräume, aber bedingt auch den Widerspruch »sich mit einem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse, das die herrschende gesellschaftliche Verfasstheit grundlegend in Frage stellt, den Prioritäten und Rationalitäten öffentlicher Forschungsförderung stellen zu müssen« (Stephan Lessenich, *Petite Auberge Aufbruch*. Zu den Möglichkeitsräumen kritischer Sozialforschung heute, in: *SOZIOLOGIE*, 51 (2022), H. 2, S. 115-126, hier: S. 117).
- 13 Bekannt und berichtigt wurde das Institut in der Mitte der Neunziger durch eine öffentlichkeitswirksame Ausstellung über die Beteiligung der Wehrmacht an den Nazi-Verbrechen, die aufgrund von Kritik und Kontroversen zurückgezogen und einige Jahre später neu aufgelegt wurde. Zu einer Rekonstruktion dieser Kontroverse s. Irene Altenmüller, *NDR*, <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Wehrmachtsausstellung-loest-1995-Proteste-aus,wehrmachtsausstellung100.html> [01.03.2025].
- 14 Vgl. **THOMAS THIEL**, *Abschied mit Ansage*, *FAZ*, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/reemtsma-will-hamburger-institut-fuer-sozialforschung-schliessen-19447757.html> [01.03.2025].
- 15 So lautet die Beschreibung auf der Webseite der Humboldt Universität zu Berlin: <https://www.philosophie.hu-berlin.de/de/lehrbereiche/jaeggi/hscberlin/hscberlin> [01.03.2025].
- 16 Zum Programm s.: <https://criticaltheoryinberlin.de/> [01.03.2025].
- 17 **S. PATRICK BAHNERS** et al., *Beim Weltretten aus dem Zeitplan gekommen*, *FAZ*, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/new-institute-in-hamburg-haelt-die-denkfabrik-was-sie-verspricht-19461134.html> [01.03.2025].
- 18 S. hierzu die oben zitierte Darstellung des Falls von Thomas Thiel in der *FAZ*. Aktuell gibt es immerhin Gespräche zum Erhalt des Blogs Soziopolis und des Archivs per Angliederung an andere Institutionen; s. Tobias Rapp, *Spiegel*, *Perle für Hamburg?*, <https://www.spiegel.de/kultur/institut-fuer-sozialforschung-in-hamburg-wie-koennte-eine-zukunft-aussehen-a-3aa635dd-34d6-4979-b557-b8044cf4d1a3> [01.03.2025].
- 19 Vgl. das von **OSKAR PIEGSA** und **ANNA-LENA SCHOLZ** geführte Interview in der *ZEIT*, <https://www.zeit.de/2024/37/erck-rickmers-the-new-institute-hamburg-wissenschaft-forschung> [01.03.2025].
- 20 Vgl. **PHILIPP PETTIT**, *Republicanism. A Theory of Freedom and Government*, Oxford 1997, S. 55.
- 21 Ebd., S. 4.

Vielleicht kann es ewig so weitergehen. Eingeschrieben bleiben, nebenher was Kleines arbeiten, solange das Geld irgendwie reicht. Und dann einfach irgendwann in Rente gehen – Moment, die bekommt man dann gar nicht, oder? Jedenfalls: Vielleicht liegt der Gedanke, dass das Studium irgendwann einmal aufhört, für dich noch in weiter Ferne. Das ist schön. Genieß es.

Vielleicht schaust du aber auch auf ein fast fertig gefülltes Credit Point Konto und bald bleibt nur noch die Abschlussarbeit, egal ob es bis hierhin 3 oder 13 Jahre gedauert hat. Wenn du schon mittdrin steckst, Glückwunsch! Dann kommt die Krise passenderweise zusammen mit dem Druck der Abgabe. Polykrisen sind gerade total im Trend.

»Was für Krisen?«, fragst du, die neue *diskus* zitternd in den Händen haltend. Die Hände, mit denen du doch erst vor kurzem noch dein Abitur absolviert hast. Eigentlich kennst du die Krise schon von damals, nur ging sie in der jugendlichen Allgemeinaufregung unter, im Sommer nach den letzten Klausuren und zwischen all den ersten Malen (Liebe, Hass, Konsum). Sie ließ sich ganz leicht durch den Beginn eines Studiums vergessen, dank wöchentlicher Barabende und neuen Freundschaften.

Mit den Worten deiner Eltern oder Lehrer heißt die Krise: »Was soll aus dir werden?« Mit denen von Lenin: »Was tun?«

Die Rede ist von keiner geringeren Frage als der nach dem eigenen Lebensweg. Was passiert nach dem Studium? Besonders dann, wenn selbiges auf dem sumpfigen Gebiet der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften lag und man die zögerliche Frage »...auf Lehramt?« immer siegesbewusst mit »Nö.« beantwortet hat. *Too cool for school.*

Manchmal scheint es wie eine Wahl zwischen »irgendwas machen mit dem man Geld verdienen kann« oder »was Sinnvolles tun« und als müsste man sich nur durchringen, dem eigenen Gewissen zu folgen oder es zu besiegen. Querbeet bewerben und Glück haben ist dann angesagt und oft genug wird das vermutlich auch klappen. Dann steht erstmal das nächste Abenteuer an, als »Community Manager_in, Teilzeit (remote)« in irgendeinem Greenwashing-Unternehmen.

Aber spätestens, wenn man keine neuen Stellenanzeigen findet oder von der Flut derer überwältigt ist, für die man nicht qualifiziert ist, verspürt man vielleicht zum ersten Mal Existenzängste. Zweifel, die man in einem Studium aus ideellen Gründen

stets beiseitegeschoben hat, dass man wirklich keinen einzigen hard skill hat, auf dem man aufbauen kann. Das kommt vor, und zwar gar nicht so selten, wenn man mehrere Jahre lang nebenbei für 510 € im Monat einem renommierten Lehrstuhl die Seminarliteratur illegal im Internet beschafft. Gestern noch über die Durchrationalisierung der Hochschule mit seinem Career Center geschimpft und heute darüber, dass selbiges einen nicht fit genug für den Arbeitsmarkt macht.

Eins ist klar: Freiwillig zurück zu den Eltern oder in die Provinz geht es nicht, egal wie viel Wohnraum da schlummert. Soweit kommt's noch! Am besten gleich zusammen mit Oma, in das freie Zimmer, weil die so einsam ist, seitdem... Stopp. Kommt, wie gesagt, nicht in Frage.

Doch sind auch für diejenigen, die dort kein Elternhaus stehen haben, Detmold, Duisburg oder Chemnitz selten eine Option, Kulturhauptstadt hin oder her. Selbst wenn der Quadratmeter in diesen Nestern 5 € kostet und sich die lokale Antifa noch so sehr über tatkräftige Unterstützung freuen würde. Es ist nämlich vielleicht nicht (nur) die finanzielle Art von Existenzangst, die uns plagt, sondern auch die um den Verlust der eigenen Identität. Als Studentin. Als Linke. Als jemand, die frei ist. Die den eigenen Interessen folgend jeden Tag freiwillig aufs Neue zu dem Natursteinhaus-Ensemble mit dem großen Garten im Frankfurter Westend radelt, dort alle ihre Freunde trifft und gemeinsam vergünstigt zum Mittag isst (bibben und menschen).

Wenn man erstmal richtig in die Routine des Studierens gefunden hat, vergisst man leicht, dass man sich nie ernsthaft mit dem Gedanken auseinandersetzt, wofür man sich da eigentlich qualifiziert. Und was es bedeuten würde, einen ganz normalen Job zu haben. Wusstest du zum Beispiel, dass »bei Lidl an der Kasse arbeiten« für die meisten Leute, die das tun, gar kein Joke ist?

»Aber was ist das denn dann für ein Leben? Haben die Kassiererin und ich, wir Zwei im selben Boot, nicht beide mehr verdient?«, fragst du, die neue *diskus* nun erbost ablegend, sicherheitsuchend nach der Tasse greifend und, sie findend, die Wärme der aufgeschäumten Milch schmeckend. Mit den Händen, die noch etwas angestrengt davon sind, dass sie eben eine Woche Kroatien in den Semesterferien gebucht haben; die Flüge waren günstig, das AirBnB ein guter Deal und in der Gegend, die dir die Kommilitonin aus dem

»DAS ENDE DER UNIVERSITÄTSUTOPIE IST BEILEIBE NICHT DAS ENDE DER UTOPIEN. EIN INSTITUTIONELLER ABSCHNITT UNSERER WISSENSCHAFTSGESCHICHTE IST VORBEI. VIELLEICHT GEWINNEN WIR EINEN KLAREREN KOPF, WENN WIR NICHT LÄNGER DEN GEIST EINER INSTITUTION ZU RETTEN VERSUCHEN, SONDERN UNS SELBST.«

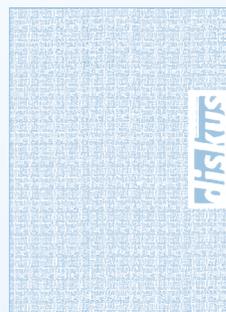
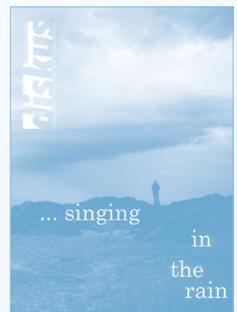
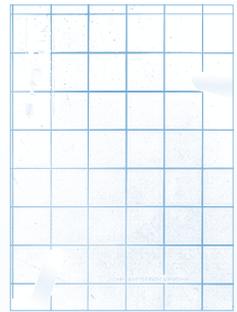
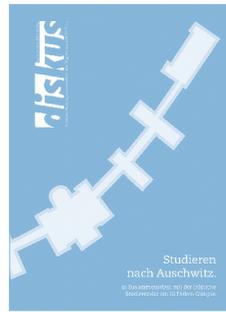
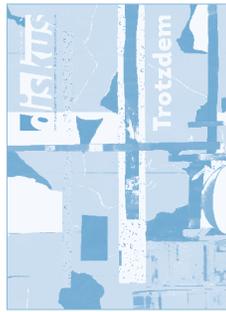
KLAUS HEINRICH, 1987, ZUR GEISTLOSIGKEIT DER UNIVERSITÄT HEUTE

Brecht-Seminar empfohlen hat, sollen nur ganz wenige Touris sein, besonders keine Deutschen. Endlich Urlaub, dieses Semester waren mehrere Seminare bereits um 10:15 Uhr und mit den Wochenstunden auf der Arbeit, dem Plenum usw. usf. summiert sich das schnell zu einem Vollzeitjob. Und dass das eine Zumutung ist, hast du in »Einführung in die gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe des 19. Jahrhunderts« gelernt.

Wenn sich die Krise also irgendwann breitmacht, dann schämt man sich vielleicht vor der Einsicht, dass sie eben keine rein ökonomische und daher qua eigenem Linkssein durchschaute Krise ist, sondern dass man in Wahrheit auch den Statusverlust fürchtet. Den Abstieg aus der durch die Aufnahme des Studiums in Aussicht gestellten oder bereits durch die Geburt in eine Großbürgerregal-Familie geerbten Klasse. (Sagt man da jetzt wieder Klasse?) Man fürchtet, dass einem die Tür des lieb gewonnenen Akademikermilieus vor der Nase zugeschlagen wird und man in Zukunft draußen bleiben muss, bei den anderen. Und das, wo man doch bisher immer Anerkennung für das ganze Gelese und Geschreibe bekommen hat, eine Eins vor dem Komma und ein gutes Gefühl im Autonomen Tutorium.

Aber genug der Zweifel. »Was hast du denn Schlaues gemacht, wenn du es schon so sehr durchschaut hast?«, fragst du mich, die neue *diskus* längst wegen ihres Anti-Intellektualismus verfluchend, jenen tendenziell regressiv schimpfend. Na promovieren! Noch ein bisschen mehr Zeit kaufen, bevor die Krise wieder unter dem Bett hervorkriecht. Darauf pokern, dass Fachkräftemangel und Babyboomer-Renten den Arbeitsmarkt hoffentlich so tief in die Knie zwingen, dass jedem ein Quereinstieg als Straßenbahnfahrerin hinterhergeworfen wird. Mit Tarif und allem. Dann fahre ich euch vom Lesekreis sicher nach Hause und wünsche euch eine Gute Nacht.

J9



IMPRESSUM

diskus Frankfurter Student_innenzeitschrift
Heft Nr. 01.25, Juli 2025, 64. Jahrgang

*.address: Mertonstraße 26-28, 60325 Frankfurt

*.mail: diskus@copyriot.com

*.www: diskus.copyriot.com

Herausgeber_innen:

Christopher Gomer,
David Höhnerbach, Leonie Wüst

Redaktion:

Finn Gölitzer, Christopher Gomer,
Janine Hagemeister,
Julia Prassl, David Winterhagen,
Leonie Wüst, Hendrik Hebauf

Gestaltung & Satz:

Indre Richter
Institut für Gebrauchsgrafik
Frankfurt am Main

Belichtung & Druck:

Schmidl & Rotaplan Druck GmbH

Auflage: Zweitausend

Preis: Bis Offenbach gratis – auswärts 4 Euro

Erscheinungsweise: Halbjährlich

Druckkosten gefördert aus Mitteln
zur Verbesserung der Qualität der
Studienbedingungen und der Lehre (QSL)

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen
in der Verantwortung der Autor_innen

abo? backissues?

ALTE AUSGABEN GIBTS
FÜR DIE PORTOKOSTEN,
DAS ABO FÜR 3-5 € PRO
HEFT.

DISKUS
MERTONSTRASSE 26-28
60325 FRANKFURT



